

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hans Herzfeld
Zur Problematik
der Appeasement-Politik

Frhr. Hiller von Gaertringen
Dolchstoß-Legende
im Wandel von vier Jahrzehnten

B 16 / 63
17. April 1963

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht werden in dieser Ausgabe zwei Beiträge als Vorabdruck aus „Geschichte und Gegenwartsbewußtsein. Historische Betrachtungen und Untersuchungen. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag. Herausgegeben von Waldemar Besson und Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen“ veröffentlicht.

Hans Herzfeld, Dr. phil., geb. 22. Juni 1892, em. o. Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin.

Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen, Dr. phil., geb. 15. Januar 1923, Assistent am Historischen Seminar der Universität Tübingen. Veröffentlichungen u. a.: Fürst Bülow's Denkwürdigkeiten, Tübingen 1956; Wilhelm Groener „Lebenserinnerungen“ (Herausgeber), Göttingen 1957; Die Deutsche nationale Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.

Herausgeber: Bundeszentrale für Heimatdienst
53 Bonn / Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „aus politik und zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2000 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von DM 1.89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5.— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten richten Sie bitte an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2000 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „aus politik und zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zur Problematik der Appeasement-Politik

Parallele zur Gegenwart

Der Westen Europas hat in den Jahren 1933 bis 1939 vergeblich versucht, den sehr bald drohenden und dauernd befürchteten Zusammenstoß mit dem Nationalsozialismus durch eine Politik der Kompromisse und Konzessionen zu beschwören. Diese Politik des Appeasement gehört zu jenen Themen in der Geschichte der ersten Jahrhunderthälfte, deren Problematik auch heute noch ungeschwächt lebendig und erregend ist. Die gegenwärtige Koexistenz einer kommunistischen und einer nichtkommunistischen Welt stellt die gleiche Frage, ob der „Gegensatz prinzipieller Vorstellungen vom Menschen und seiner Würde“¹⁾, ob die daraus entspringende „Bürgerkriegssituation“ der modernen Welt „Ausnahmefall der Weltgeschichte“ und damit ein der Beruhigung durch die Bereitschaft zum Miteinanderleben zugängliches „Zwischenspiel“ zu sein vermag. Ist es den Mitteln politischer Behandlung durch Geduld und Entgegenkommen zugänglich, oder muß dieser Versuch der Koexistenz an der Tiefe und Dauer der grundsätzlichen Spannungen notwendig scheitern?

In der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges unablässig geführten historisch-politischen Debatte über die Beurteilung jener Appeasement-Politik, die Adolf Hitler 1933 passiv zur Macht gelangen ließ und ihm bis 1939 ohne ernsthaften Widerstand gestatte, in steter Steigerung die gewagten Vorstöße seiner Außenpolitik durchzuführen, ist nicht nur dem Historiker die Aufgabe gestellt, die jüngste Geschichte zu „bewältigen“, sondern spiegelt sich auch stets die Auseinandersetzung um das noch ganz anders zur Schicksalsfrage gewordene Problem unserer gegenwärtigen Lage: die Frage, ob Koexistenz und Appeasement-Bereitschaft nur einen unzulänglichen, weil den Schwierigkeiten nur ausweichenden „Zynismus einer sogenannten Realpolitik“²⁾ darstellen, oder ein berechtigtes und zulässiges Rechnen mit dem steten Wandel der weltgeschichtlichen Entwicklung sind, das es in gefestigter eigener Grundposition wagen darf, auch schwere Krisen des Übergangs in der Haltung einer bewußten Defensive zu überdauern.

1) H. Rothfels, Gesellschaftsordnung und Koexistenz, in: Zeitgeschichtliche Betrachtungen, Göttingen 1959, S. 201 ff.

2) Ebenda S. 213.

Eine Betrachtung des Appeasement, die von dieser Parallele ausgeht, ist freilich doppelt verpflichtet, die historische Besonderheit dieses Phänomens der dreißiger Jahre zu beachten, die ihm bei allen Zügen der Verwandtschaft mit unserer Nachkriegslage ein durchaus eigenes Gepräge verleiht und jede Analogie nur mit dem Zwang zum Vorbehalt gegen eine mechanische Gleichsetzung zuläßt. Wohl kennen auch wir heute jenen Zweifel an der Leistungsfähigkeit der freiheitlichen Demokratie, der die Träger des Appeasement

Hans Herzfeld:

**Zur Problematik
der Appeasement-Politik . . . Seite 3**

Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen:

**„Dolchstoß“-Diskussion und
„Dolchstoß“-Legende im Wandel
von vier Jahrzehnten . . . Seite 25**

so schwer belastet hat³⁾, aber die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges wie die Erfahrungen von Kriegsende und ersten Nachkriegsjahren haben die Frage der Entscheidung zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur sehr viel grundsätzlicher gestellt als vor 1939. Die Fronten haben sich seit 1945 sehr viel schärfer und härter als zwischen 1933 und 1939 ausgeprägt, und die Warnung vor ihrer Erweichung ist sehr viel wirksamer geworden.

Debatte über den Nationalsozialismus konzentriert sich auf Hitler

Auch die Tendenz zur Verkörperung der Diktatur in der Person des Diktators besteht sicherlich nach wie vor und ist durch die sowjetische Debatte um den Personenkult seit dem Tode Stalins nicht etwa aufgehoben. Vor allem bleibt der tiefe Unterschied bestehen, daß der revolutionäre Kommunismus sich seit einem halben Jahrhundert als weltgeschichtliche Kraft ersten Ranges behauptet hat. Die vergleichsweise enge Begrenzung und selbst Hohlheit des Nationalsozialismus ist trotz der augenblicklichen Vehemenz seiner Dynamik in den zwölf Jahren von 1933 bis 1945 nicht zu verkennen; das gleiche gilt vom Faschismus

3) Vgl. Keith Feiling, The Life of Neville Chamberlain, London 1947, S. 210. 6. VII. 1932.

Mussolinis. Beide Bewegungen blieben selbst in ihrem Appell an die populärsten Tendenzen der ersten Jahrhunderthälfte, an den Nationalismus und an einen sehr bezeichnend verkürzten Sozialismus, weit hinter der Intensität zurück, mit der das System des Ostens bis heute immer wieder die Grundfrage nach dem Ordnungsprinzip der sozialen Welt gestellt hat. Die beiden mitteleuropäischen Diktatorsysteme bedeuten dagegen deutlicher, als es den Zeitgenossen war, eher einen Versuch, die Sprengkraft einer Fragestellung auszubeuten, die sie gleichzeitig durch weitgehende Kompromisse mit der historischen Überlieferung abschwächten und im Grunde niemals zur vollen Entladung zu bringen gedachten. Die Unsicherheit, mit der die Beobachter der westlichen Welt den Ereignissen in Italien seit 1922 und denen in Deutschland seit 1933 gegenüberstanden, beruhte nicht zum mindesten auf der Tatsache, daß bei diesen mitteleuropäischen Explosionen der Zwischenkriegszeit die auch der russischen Revolution immer wieder entgegengehaltene Frage, ob ihre Ergebnisse nicht durch einen Prozeß fortschreitender Assimilation an die sie bald bedrohende, bald fürchtende Umwelt abgeschliffen werden würden, noch mit sehr viel stärkerer Berechtigung gestellt werden konnte und immer wieder gestellt worden ist. Dementsprechend sind sie auch noch sehr viel mehr als das Urteil über die russische Revolution von dem Urteil über Lenin und später Stalin abhängig geblieben von der Auffassung und Beurteilung ihrer zentralen Persönlichkeiten, des Duce und des Führers, die durch ihre eigene Programmatik Mitlebende wie Nachfolgende zu dieser persönlichen Zuspitzung der Problemstellung geradezu herausgefordert haben.

Bis zum gegenwärtigen Tage gilt vor allem, daß die Debatte über den Nationalsozialismus sich oft genug bis zur Überschattung der mit seinen Triumphfen verknüpften weiteren Problematik dazu geneigt hat, sich um die Person Hitlers zu konzentrieren. Gewisse populäre Versionen in der Beurteilung des Appeasement sind der Versuchung ausgesetzt, die Schwäche der Reaktion des Auslandes gegen seinen Aufstieg als Entlastung in der Frage des langsamen Auftauchens, der quantitativen Grenzen und der äußeren Erfolglosigkeit des deutschen Widerstandes anzurufen und damit der bedrückenden Frage nach den Ursachen und dem Grade auszuweichen, in denen die deutsche Nation sich für die Bestechung durch seine Schlagworte und Erfolge anfällig erwiesen hat.

Unterschiedliche Urteile des Auslandes

Aber die Kompliziertheit des Problems ist nicht einfach zu leugnen, wenn die Divergenz der noch heute möglichen Urteile des kritischen Auslandes als Maßstab zur Prüfung der Frage herangezogen wird. Gewiß besteht eine vorherrschende Linie in der historischen Beurteilung Adolf Hitlers, die seine bestimmende Bedeutung für den Gang der Ereignisse nicht verkennt. Alan Bullocks noch immer führende Biographie⁴⁾ gesteht ihm auch auf dem Felde der Außenpolitik „die Gabe aller großen Politiker“ zu, „die Möglichkeiten einer Lage schneller als seine Gegner“ zu erfassen, ein „Fingerspitzengefühl“ für die gefährliche Beherrschung der Massenemotionen, das ihm bis 1939 eine für den Verlauf der Appeasement-Politik nicht zu übersehende Einwirkung auf die öffentliche Meinung auch Frankreichs und Englands gestattete. Man kann bezweifeln, ob ihm mit Trevor Roper⁵⁾ eine „völlig durchkonstruierte politische Philosophie“ zugesprochen werden sollte. Aber der Hinweis dieses Autors auf die Konstanz seiner Zielsetzung seit der Niederschrift von „Mein Kampf“ im Jahre 1924 wird durch jedes neue authentische Zeugnis⁶⁾ ebenso bestätigt wie seine Feststellung, daß die Kriegserklärung Hitlers an Rußland nicht etwa der „größte Fehler“ seines Lebens, sondern die Erfüllung der immer wieder zäh aufgegriffenen Leitidee des „Lebensraumes“ gewesen sei. Der Kern der These, daß die Eroberung des Ostens für Hitler „der Traum seines Lebens, der Daseinszweck des Nationalsozialismus“ gewesen sei, hat durch die Quellenerweiterung der letzten Jahre immer wieder neue Bestätigung erfahren, auch wenn die Interpretation Trevor Ropers im einzelnen dazu neigen sollte, die Systematik, deren er fähig war, zu überschätzen.

Demgegenüber hat eben erst die weitgehende Zustimmung, die A. J. P. Taylors: *Origins of the Second World War*⁷⁾ gerade in England erfahren hat, gezeigt, wie leicht gerade in diesem Punkte der Beurteilung Hitlers mühsam gewonnene Forschungsergebnisse wieder in Frage gestellt werden können. Gewiß sind die letzten Folgerungen dieses auf Blendung durch Paradoxie gestellten Buches für die

4) Alan Bullock, *Hitler, A Study in tyranny*. New York 1952, S. 345.

5) Vgl. Kongreß für Zeitgeschichte in München, 24.—27. XI. 1959. Vjh. f. Zeitgesch. 8 (1960), S. 310 ff.

6) Vgl. neuerdings: *Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928*, hrsg. durch Gerh. L. Weinberg u. H. Rothfels (Quellen u. Darstellungen zur Zeitgesch. 7), Stuttgart 1961.

7) A. J. P. Taylor, *Origins of the Second World War*, London 1961.

ernsthafte historische Betrachtung kaum diskutabel. Taylor wird auf die Dauer wenig Zustimmung zu der Behauptung finden, daß die Außenpolitik Hitlers seit 1933, auch noch in den Jahren 1938 und 1939, nur ein passives Warten auf von der Gegenseite gebotene Gelegenheiten gewesen sei. Er verwechselt die Form im Wesen des Geschehens, wenn er selbst in das Hoßbach-Protokoll vom 5. 11. 1937 diese Passivität des opportunistischen Wartens auf Gelegenheiten von außen her hineindeutet, für die Neville Chamberlain sicherlich ein gegebener Kandidat⁸⁾ gewesen wäre. Der Satz: „Hitler did not make plans — for world conquest and for anything else. He assumed, that others would provide for opportunities, and that he would seize them“ bedeutet doch schlechthin, daß der Sinn dieser programmatischen Kundgebung mit ihrer gespannten Bereitschaft zum entscheidenden Expansionsvorstoß zur Eroberung des „Lebensraumes“ in das Gegenteil verkehrt wird.

Das gleiche gilt von der Beurteilung des von Hitler systematisch vorbereiteten, im entscheidenden Augenblick kaltblütig ausgelöst und bis zur letzten Grenze durchgeführten Anschlusses Österreichs, wenn Taylor⁹⁾ meint: „Yet he took his step unintentionally (!). Indeed he did not know that he had taken it (!).“ Die Bewertung des Abschlusses der Sudetenkrise in München als Triumph der britischen Politik¹⁰⁾ entspringt dem gleichen prä-tendierten Realismus einer Geschichtsbetrachtung, die sich auf die Dokumente beruft, um sie willkürlich zurechtzuschieben. Und er schlägt vollends in sein Gegenteil um, wenn schließlich die Katastrophe des Kriegsausbruches mit Polen¹¹⁾ — fast nach dem Satze der kleinen Ursachen und großen Wirkungen — auf eine geringfügige Verspätung von Hitlers letztem Angebot an England zurückgeführt werden soll¹²⁾.

Man mag mit der scharfen Kritik Trevor Ropers¹³⁾ dem Buch zugestehen, daß es im ein-

zeln eine Fülle von Kenntnissen und oft auch treffenden unkonventionellen Urteilen mit der Gabe schriftstellerischer Paradoxie und Gaminerie vereinigt, muß aber doch feststellen, daß es eine quellen-kritisch mehr als vereinfachende Methode ist, in Hitlers Außenpolitik nach 1933 die unveränderte Fortsetzung der Linie seiner Vorgänger und in allen Selbstzeugnissen seines Lebens von „Mein Kampf“ bis zu den „Bunkergesprächen“ nur „Tagträume“, nur die Verallgemeinerungen eines mächtigen, aber unausgebildeten Intellectes zu sehen, „Dogmen, die das Echo von Unterredungen in einem beliebigen österreichischen Café oder einem deutschen Bierhaus“ darstellen¹⁴⁾. Der Historiker Taylor, der in der Karikatur Ch. Chaplins das Wesen Hitlers, des mit dem Weltballon spielenden Diktators, erfaßt glaubt, endet mit der unhaltbaren Trivialität, daß der Diktator des Nationalsozialismus nur die allgemeine Immoralität der deutschen Forderung nach Revision des Versailler Friedens geteilt habe, aber nach Grundsatz und Doktrin nicht rüchloser und bedenkenloser gewesen sei als viele andere zeitgenössische Staatsmänner¹⁵⁾.

Unsicherheit in der zeitgenössischen Beurteilung führte zum Appeasement

So unhaltbar aber diese „casuistische Verteidigung¹⁶⁾“ der Außenpolitik Hitlers sein mag, so sehr ist sie geeignet, in die Unsicherheit einzuführen, mit der die Zeitgenossen bis 1939 der Entwicklung des Phänomens Hitler gegenübergestanden haben. Diese Unsicherheit ist als Nährboden des Appeasement eine der grundlegenden Ursachen für die Entwicklung dieser Politik gewesen, die nicht aus der rückblickenden Kenntnis des Historikers verdunkelt werden darf.

Schon die durchaus kritische und sehr ernsthaft zu nehmende Beurteilung Sir Horace Rumbolds im Jahre der nationalsozialistischen Machtergreifung zeigt das charakteristische Schwanken zwischen Optimismus und Pessimismus in der Beurteilung der deutschen Entwicklung. Sie registriert sofort nach den Wah-

8) Ebenda S. 134 ff. „an obvious candidate for this position.“

9) Ebenda S. 150.

10) Ebenda S. 150, „The settlement at Munich was a triumph for British policy, which had worked precisely to this end; not a triumph for Hitler, who had started with no such clear intention.“

11) Ebenda S. 278.

12) „Hitler may have projected a great war all along; yet it seems from the end that he became involved in war through launching on 29 August an diplomatic manoeuvre which he ought to have launched on 28 August.“

13) Vgl. die Kritik Trevor-Ropers in: Encounter Nr. 49, Juli 1961, S. 88—96.

14) Das bedeutet nahezu die Rückkehr zu der nach Samuel Hoare (Neun bewegte Jahre; Düsseldorf 1955, S. 111) Hitler durch Harold Laski gestellten Diagnose: „Hitler ist niemals etwas anderes als ein Symbol gewesen . . . ein zweitrangiger Akteur ohne ein reales politisches Ziel, . . . ohne wirkliche Begabung lediglich ein Produkt der Verhältnisse“, der sich einbilde, „ein deutscher Mussolini zu sein, aber seine Laufbahn in irgend einem bayerischen Dorf“ mit prahlerischen Erzählungen in seinem Freundeskreis beenden werde.

15) A. J. P. Taylor, a. a. O., S. 68—71.

16) Trevor-Roper, a. a. O., S. 96.

len vom 5. März 1933¹⁷⁾, daß der „Hurricane“ der nationalsozialistischen Agitation in dieser „bemerkenswertesten Wahl, die je abgehalten wurde“, zwar durch den überraschend starken Widerstand der ihren alten Parteien treu bleibenden Wähler moralisch mit einer Niederlage für die Partei geendet habe. Er verhehlt sich aber nicht, daß keine deutsche Regierung seit 60 Jahren eine solche unangefochtene Machtstellung erreicht habe, während der Beurteiler zugleich doch noch seine Hoffnung auf einen Prozeß der „unvermeidlichen Reaktion¹⁸⁾“ setzt. So klar der englische Diplomat¹⁹⁾ bald sieht, daß die drei führenden Persönlichkeiten der Partei, Hitler, Göring und Goebbels, „notorisch pathologische Fälle“ — vor allem Goebbels, der „Demagoge schlimmsten Typs“ — seien, möchte er sich doch damit trösten, daß es Hitlers Außenpolitik in sehr kurzer Zeit fertig gebracht habe, praktisch die ganze Welt gegen sich aufzubringen. Die Erkenntnis, daß es unfair sein würde²⁰⁾, „Deutschland als Ganzes für die Handlungen seiner gegenwärtigen Regierung zu verdammen“, trifft sicher zu, aber ist politisch wenig hilfreich. Obwohl in diesen Berliner Berichten die Einzelelemente der deutschen Lage oft überraschend einsichtsvoll gezeichnet sind, bleibt doch ein Spielraum, der Baldwin²¹⁾ an dem Druck auf das verbündete Frankreich festhalten läßt, weil er glaubt, durch den Abschluß einer Abrüstungskonvention die Loyalität Deutschlands auf vier Jahre sicherstellen zu können. Der Nachfolger Rumbolds, Sir Eric Phipps²²⁾, ist noch nach dem 14. Oktober von der Ehrlichkeit der Rede überzeugt, mit der Hitler den Auszug der deutschen Delegation aus dem Völkerbund begleitete, und dämpfte den Glauben, daß die gegenwärtige deutsche Regierung keinen Krieg plane, nur vorsichtig mit der Skepsis, daß der Diktator „ein abnormaler Mann mit einem artistischen Temperament“ sei, dessen „vergangene Geschichte keine Garantie für seine Zuverlässigkeit“ gebe. Die erste persönliche Begegnung mit Hitler²³⁾ bestärkte ihn noch in der Erwartung, „durch persönlichen Appell an seine Emotionen“ auf ihn einwirken zu können. Auch er empfahl daher, Deutschland eine Ruhepause

zu gewähren, damit es sich von seinen gegenwärtigen „dancing derwish-state“ erholen könne.

Diese Unsicherheit über die letzten Wesenszüge eines Mannes, der sich von Jahr zu Jahr ausschließlicher als Herr des deutschen Schicksals erwies, ist mit wenigen Ausnahmen bis zu der Besetzung Prags im Jahre 1939 bestehen geblieben. Lloyd George war bereit, Hitler als Mann des Geschicks anzuerkennen, und fand keinen Widerspruch gegen seinen Anspruch, daß Deutschland den Ersten Weltkrieg gewonnen haben würde, wenn es nur 1918 durchgehalten hätte. Selbst ein Winston Churchill glaubte noch im Januar 1938²⁴⁾, an Hitler mit der Beschwörung durch seine eigene Leistung appellieren zu sollen: „Es wäre in der Tat ein verhängnisvoller Schritt, wenn er all das, was er für das deutsche Volk getan hat, zunichte machte, indem er es in einen Krieg führte, der beinahe sicher zu einem Weltkrieg werden müßte.“

So erscheint es wenigstens einigermaßen verständlich, daß Neville Chamberlain in Berchtesgaden²⁵⁾ zwar nicht bestritt, daß Hitler abnormal, unberechenbar und von üblen Ratgebern umgeben sei, aber sich damit ermutigte, sein Eindruck von diesem ehemaligen „Hausanstreicher“ sei „eher unangenehm, besonders in der Ruhe und im ganzen sähe er gänzlich ohne Auszeichnung“²⁶⁾ aus. Dann meinte er aber doch, Hitler sei ein Mann, auf den man sich verlassen könne, „wenn er sein Wort gegeben habe“. Es ist ein handgreifliches Fehlurteil — gerade das, was Hitler erreichen wollte —, zu dessen Verständnis man aber an den resignierten Ausbruch des immerhin kritischeren und weniger zur selbstsuggerierten Dauertäuschung neigenden Halifax²⁷⁾ denken sollte: er suche sich stets der Notwendigkeit zu erinnern, nicht in der Psychologie dieses seltsamen Mannes fehlzugreifen; aber, alles gesagt und getan, taste man die ganze Zeit wie ein Blinder, der seinen Weg über einen Sumpf zu finden versuche, während ihm alle Welt von den Ufern verschiedene Informationen zurufe, wo sich der nächste Gefahrenpunkt befinde. Daladier²⁸⁾ mochte gelegentlich warnen, daß Mystizismus Geschicklichkeit nicht ausschließe, aber das konnte

17) Sir Horace Rumbold, 7. und 14. III. 1933. Documents on British Foreign Policy Second Series, Vol. V (DBFP II, 5) Nr. 258/263.

18) Ebenda S. 461.

19) Ebenda H. Rumbold, 30. VI. 1933, Nr. 229.

20) Ebenda S. 389.

21) Ebenda S. 617, Nr. 406.

22) Ebenda Nr. 492. Sir Eric Phipps, Berlin 25. X. 1933.

23) Ebenda 26. X., Nr. 495.

24) Vgl. Zitat bei Boris Celovsky, Das Münchener Abkommen 1938 (= Quellen und Darstellungen z. Zeitgesch. 3), Stuttgart 1958, S. 265.

25) Keith Feiling, a. a. O., S. 365.

26) „Entirely undistinguished.“ Ebenda S. 367.

27) DBFP Third Series, Vol. II (DBFP III, 2) 6. IX. 1938.

28) Ebenda Nr. 928. Prot. vom 18. IX. 1938.

einen Nevile Henderson weder hindern, mit seinen deutschen Freunden in Hitler immer wieder einen Schutzwall gegen die Extremisten der Nationalsozialistischen Partei zu erhoffen, noch helfen, wenn er dann wieder verzweifelnd zugestand²⁹⁾, daß der Kanzler niemals und auf niemandes Rat höre. Deutschland sei auf Gnade und Ungnade einem pathologischen Individuum ausgeliefert. Daß er in Nürnberg³⁰⁾ auf der Höhe der Sudetenkrise feststellen mußte, die Form von Hitlers Genialität (Genius) liege an der Grenzlinie des Wahnsinnes („on the borderline of madness“), hat ihm zu einer endgültigen Klärung dieser bei ihm persönlich auch das Jahr 1939 durchziehenden Unsicherheit über die Grundkategorien im Wesen des gefürchteten deutschen Gegenspielers nicht verhelfen können. Es sollte nicht übersehen werden, daß auch ein so feinsinniger Beobachter wie der Schweizer Carl J. Burckhardt noch im August 1939³¹⁾ das Element der „Femininität“ in Hitler unterstrichen und gemeint hat, daß seine prahlerischen Rodomontaden auf die Wurzel der Furcht zurückgeführt werden sollten, wenn man die Schwierigkeit der Deutung des Phänomens im ganzen Umfang ermessen will.

Diese von der Position des rückblickenden Historikers so ganz verschiedene Unsicherheit des Urteils über den Führer des Nationalsozialismus ist eine erste wesentliche Grundlage für die lange Kette von den heute greifbar widerlegten Fehlurteilen gewesen, mit denen die verschiedenen Kreise und Schichten der „Appeaser“ seine verwirrende Laufbahn begleitet haben. Sie beginnen mit englischen und französischen Presseurteilen³²⁾, die 1933 versicherten, Hitler wisse, daß man die Folgen eines verlorenen Krieges tragen müsse, oder annahmen, daß es nach dem Plebiszit an der Saar keine Frage mehr zwischen Deutschland und Frankreich geben werde, während Taylor gegen die historische Widerlegung dieser Illusionen noch heute³³⁾ uneingeschränkt die These der Legalität der Machtergreifung vertritt und seinen kritischeren Fachgenossen vorwirft, daß dies Ereignis dichter als die Ankunft Hengists und Horsa in Kent von Legenden eingesponnen sei; Hindenburg habe seine Ernennung zum Kanzler aus „soliden demokratischen Gründen“ vorgenommen. Die englische öffentliche Meinung³⁴⁾ begrüßte

auch 1935 Hitlers Rede über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht als „großen Beitrag zur Sicherung des Friedens“, während die Labour Party durch Herbert Morrison die schüchterne Mahnung Baldwins zur Vorsicht mit der Erklärung beantwortete, daß der Premierminister die Gelegenheit zu einer großen und erhabenen Geste versäume. Die Reaktion dieser Öffentlichkeit auf das Wagnis der Rheinlandbesetzung 1936³⁵⁾ ging dahin, daß der Deutsche damit ja doch nur in den Hintergarten des eigenen Hauses zurückkehre, während die Times³⁶⁾ erklärte, daß eine klare Verständigung mit Deutschland nicht nur alle Problematik der Welt lösen, sondern auch eine starke Grundlage darstellen würde, „auf der man aufbauen könne“. So konnte Neville Chamberlain 1937 wieder das völlig vage Ergebnis des Halifax-Besuches in Berchtesgaden — im Zeitpunkt der Hoßbach-Rede — als „großen Erfolg“³⁷⁾ ansehen, nämlich daß Hitler ernsthaft bereit sein werde, seine Politik an die englische Vorbedingung von „reasonable agreements, reasonably reached“ zu binden. Chamberlain meinte, daß Hitlers und Görings Beteuerungen ihrer Abneigung gegen Krieg ehrlich seien: „I think we may take this as correct at any rate for the present.“

Nach der auf dem Fuße folgenden Überraschung des erzwungenen österreichischen Anschlusses war es dann zu spät für die außerdem nur vorübergehende Erkenntnis³⁸⁾, daß Gewalt das einzige Argument sei, das dieses Deutschland verstehe. Denn diese Einsicht war nicht nur mit dem Wissen von der Ohnmacht Englands und Frankreichs verkettet, sondern auch schon wieder mit der Illusion, die Lage Europas werde sich beruhigen, wenn es gelinge, einen weiteren Gewaltstreich in der Tschechoslowakei zu vermeiden; eines Tages könnten dann die „Friedensgespräche“ mit den Deutschen wieder aufgenommen werden. Es ist das die unerschütterlich bleibende, persönliche Einstellung des Premierministers gewesen, der erst im Zeitpunkt der grausamen Zerstörung seiner Hoffnungen durch den Prager Staatsstreich im März 1939 vor der Abwendung der öffentlichen Meinung wie seiner Mitarbeiter im eigenen Lande kapitulieren und sich zu der Warnung seiner Birmingham-Rede vom 17. März bereit finden mußte, nach-

29) Ebenda Nr. 560. 30. VII. 1938.

30) Ebenda S. 649. 10. IX.

31) DBFP III, 6 Nr. 659. 11. und 14. VIII. 1939.

32) Vgl. Bullock, S. 284 ff. über Daily Mail und Matin.

33) A. J. P. Taylor, a. a. O., S. 68/69.

34) Sir Samuel Hoare, a. a. O., S. 122.

35) Ch. Loch Mowat, Britain between the wars, 1918—1940. London 1955, S. 564. Urteil von Lord Lothian.

36) Times 9. III., ebenda S. 565.

37) Vgl. Feiling, a. a. O., S. 333, und Bullock, a. a. O., S. 336: „It needed remarkable obstinacy, however, to believe this.“

38) Feiling, a. a. O., S. 341/342.

dem er selbst schon gegenüber den Herausforderungen Hitlers im vorhergehenden Winter geklagt hatte: es brauche zwei, um ein Übereinkommen zu erreichen³⁹⁾). Aber auch jetzt weigerte er sich doch noch, nach wie vor, endgültig zu resignieren: „As always, I want to gain time, for I never accept the view that war is inevitable“⁴⁰⁾). Chamberlain hat noch im Juni des Jahres 1939 bei aller Erschütterung durch die Zuspitzung der deutsch-polnischen Krise über Danzig, die ihn nun endlich selbst an der Möglichkeit zweifeln ließ, den Krieg zu vermeiden, in sehr bezeichnender Weise niedergeschrieben: „Wenn die Diktatoren nur ein bescheidenes Maß von Geduld besitzen würden, könne er sich vorstellen, daß ein Weg gefunden werden könne, den deutschen Ansprüchen gerecht zu werden und zugleich Polens Unabhängigkeit und wirtschaftliche Sicherheit zu retten.“ Es ist jenes selbe Traumbild, das seine Politik und die Hoffnungen der englischen Nation im Vorjahre auf den Weg von der Vermittlung der Runciman-Mission zu der praktischen Preisgabe der Tschechoslowakei als unabhängiger Staat in München und von München zu der Prager Katastrophe geführt hatte.

Appeasement ein Ausdruck der Kriegsgefahr als eines Grundgefühls der Epoche

Die ununterbrochene Kette dieser in ihrer Hartnäckigkeit und Konsequenz heute so erstaunlich anmutenden Illusionen und Demütigungen, die zwar die englische Politik in erster Linie bestimmt haben, mit einem größeren Beisatz von Demütigung, Auflehnungsversuchen und Zynismus auch die widerwilligen Kapitulationen des gleichzeitigen Frankreichs charakterisierten, wäre aber nicht verständlich, wenn man sie nur als das nicht zu leugnende und nicht abzuschwächende Versagen der einzelnen Persönlichkeiten, von denen keine das Durchschnittsmaß außenpolitisch verantwortlicher Staatsmänner überragt hat, ansehen würde. Sie alle sind erst verständlich als Opfer einer revolutionären Epoche, die über das Ausmaß der sie fortreibenden Krise in tiefgehender Unklarheit befangen war und von den stürmisch vorwärtsdrängenden Ereignissen der dreißiger Jahre mit wenigen Ausnahmen völlig überrumpelt worden ist. Das geschah gerade durch den Ernst ihres Bestrebens, die Ursachen des Ersten Weltkrieges zu vermeiden und den Ausbruch eines zweiten Weltkrieges in der gleichen Generation zu verhüten. In dieser Haltung aber sind

sie Repräsentanten der von ihnen geführten Nationen gewesen. Denn das Appeasement war ein echter Ausdruck für allgemein bestimmende Kräfte der Epoche, denen sie zum Opfer fielen, vor allem der auf diesen Wegen nicht zu beschwörenden revolutionären Gärung in dem kontinentalen Europa der Zwischenkriegszeit.

In Deutschland wurde diese Lage durch die Auflehnung gegen den Frieden von 1919, durch die Dauer des inneren Krisenzustandes und die Demagogie der von diesen Bedingungen lebenden Extreme einigermaßen verdeckt. Aber auch hier wurzelte doch die Furcht vor einer Wiederholung der Schrecken des Ersten Weltkrieges sehr tief, die in England und Frankreich bis zum Eintritt der Katastrophe eine der stärksten Kräfte der Zwischenkriegszeit geblieben ist. Sie bestimmte in England die Zähigkeit, mit der man sich bis 1936 an das Programm der kollektiven Sicherheit durch den Völkerbund geklammert und bis 1935 dauernden Widerstand gegen militärische, vor allem landmilitärische Rüstung in jeder Form geleistet hat, weil man an Sicherheit durch den Völkerbund auf Grund gegenseitiger Verständigung der Nationen glaubte, ohne zu einer die einzelstaatliche Souveränität schmälernenden kollektiven Streitmacht bereit zu sein. Es ist leicht, heute diese Position zu kritisieren und mit G. M. Young⁴¹⁾ in dem Programm der kollektiven Sicherheit „die sinnloseste der sinnlosen Phrasen“ zu erblicken, die jene Generation erfüllt hätten. Die Konservativen sind allerdings gegen sie skeptisch geblieben⁴²⁾, haben sich aber bezeichnenderweise bis 1936 der Stärke dieser Strömung nicht widersetzen können. Das gilt auch und gerade für das Kabinett der nationalen Koalitionsregierung von 1931⁴³⁾, in dem eine besonders große Zahl von ehemaligen Kriegsteilnehmern gesessen hat. Die Folge war freilich, daß man auch in die Abrüstungskonferenz seit 1932 nur mit der Waffe des Appells an die öffentliche Meinung gegen die Ungeduld Deutschlands und das Mißtrauen Frankreichs hineingehen konnte. Chamberlain⁴⁴⁾ bedauerte etwa 1934, daß England sich durch diese Lage habe zwingen lassen, zuviel Aufmerksamkeit auf die Einzelheiten der Abrüstung und zuwenig auf das Problem der Sicherheit zu verwenden, so daß man Hit-

41) G. M. Young, Stanley Baldwin. London 1952; S. 173

42) Ebenda: „Baldwin never whole-heartedly believed in the League of Nations as an effective force in the affairs of the world.“

43) Feiling, a. a. O., S. 248.

44) Tagebuch Januar 1934. Feiling, a. a. O., S. 251.

39) Ebenda S. 392. 11. XII. 1938.

40) Ebenda S. 461. 19. III. 1939.

lers Vorschlag von zehnjährigen Nichtangriffsverträgen nicht eingehend genug geprüft habe, obwohl die englische Regierung noch immer geneigt sei, sie für aufrichtig zu halten. Das Ergebnis war, daß die führenden Labour-Mitglieder der Regierung, MacDonald und Arthur Henderson, ebenso wie nach ihnen Chamberlain und Halifax gezwungen waren, mit stumpfen Waffen zu arbeiten. Auch wenn man gelegentlich ⁴⁵⁾ Deutschland als Quelle und Ursprung aller europäischen Wirren und Ängste anklagte und daraus folgerte, daß man nicht allzu schroff („stiff“) mit Frankreich umgehen dürfe, blieb man auf dem Wege der steten Anknüpfung von Verhandlungen, das zur tiefen Enttäuschung des französischen Verbündeten mit dem Flottenabkommen von 1935 endete. „Hitlers Germany is the bully of Europe; yet, I don't despair.“ ⁴⁶⁾ Auch als Eden, der selbst den Verzicht auf die Sanktionen gegen Italien durchgeführt hatte, Anfang 1938 aus dem Kabinett Chamberlain ausschied, stand er mit seiner Resignation an der Fruchtbarkeit dieser Politik noch in der Minderheit. Hore-Belisha ⁴⁷⁾ war zwar nach dem Untergang Österreichs schon über die Folgen dieses Ereignisses tief besorgt: England verliere das Vertrauen aller südeuropäischen Staaten. Aber die Befürchtung, Hitler ganz in die Arme Mussolinis zu treiben, die Illusion der Appeasement-Möglichkeit mit Rom, ließ ihn doch für die Politik des Premierministers optieren. Wenn man unbestritten Gespräche führen müsse, warum nicht? So hat er Neville Chamberlain nach seinem eigenen Geständnis bis München seine volle Unterstützung gewährt ⁴⁸⁾, obwohl er sich schon im Verlauf der Sudetenkrise darüber klar wurde, daß nur noch eine Verschiebung des Unheilstages erreicht werden könne.

Überwältigende Friedenssehnsucht der britischen Völkerfamilie

Die konservative Skepsis ist aber bei allem dadurch gelähmt worden, daß niemals ein Zweifel an der überwältigenden Friedenssehnsucht der englischen Nation im ganzen bestehen konnte. Das berühmte Peace-Ballot von 1934/35 ⁴⁹⁾, das unter der Leitung von Sir Robert Cecil dank der Abgabe von 11,5 Millionen Wählerstimmen die „High Watermark“

45) Chamberlain 1934, ebenda S. 254.

46) Feiling, S. 256.

47) R. J. Minney, *The Private Papers of Hore-Belisha*, London 1960, S. 101. 20. III. 1938.

48) Ebenda S. 142 und 151.

49) Mowat, a. a. O., S. 541 f. — Hoare, a. a. O., S. 116.

von Nachkriegspazifismus und Völkerbundsmanie wurde, hat über die Neigung der Nation für „peace by wishing“ ⁵⁰⁾ nicht den geringsten Zweifel gelassen, mit dem man einen „Opportunismus der besten Art“ ⁵¹⁾ zu betreiben gedachte. Damit hatten sich 27,9% aller Wähler über 18 Jahre für diese beherrschende Linie der englischen Politik ausgesprochen und im Ausland, gerade auch in Frankreich, schon damals und nicht erst 1938, den Eindruck erweckt, daß England den Frieden um jeden Preis wolle. Die Wahlen des Jahres 1935 ⁵²⁾ gaben zwar den Konservativen 10,5 Millionen Stimmen und 387 Sitze gegen 154 der Labour Party und damit ein erdrückendes Übergewicht im Unterhaus, aber die Stimmenzahl von 8,3 Millionen der Arbeiterpartei und 1,4 Millionen der Liberalen beweist, daß die führende Partei, wollte sie das Land nicht gefährlich spalten, in ihrer Außen- und Rüstungspolitik keineswegs der Rücksicht auf die mögliche Stärke der Opposition enthoben war.

Weit mehr noch als das weitgehend zur Form gewordene Fortbestehen der nationalen Koalitionsregierung hat diese Kräftelage die Regierung gezwungen, die bis Ende 1938 doktrinär konsequente außenpolitische Haltung der Labour Party als Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit zu berücksichtigen. Denn diese erschöpfte sich in dem ideologischen Festhalten an der Politik der kollektiven Sicherheit, des „Friedens durch den Völkerbund“ ⁵³⁾, eines „Kreuzzuges für den Frieden“, der auf völlige Abrüstung der nationalen Heere und ihren Ersatz durch eine internationale Polizei drängte und im Kriegsfall mit dem Generalstreik drohte. Auch wenn der linke Flügel des religiös-pazifistischen Lansbury und des für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion empfänglichen Sir Stafford Cripps auf die Dauer sich gegen Attlee und Bevan, die realistischen Männer der aufsteigenden Generation, nicht durchsetzen konnte, teilten diese vorläufig noch die grundlegenden Illusionen des Parteiprogrammes und traten den konser-

50) Hoare, S. 116. Einschränkend ist aber mit Wheeler-Bennett (*Munich, Prologue to Tragedy*. London 1948, S. 248) festzustellen, daß zwar 10½ Millionen von 11,5 Millionen der Teilnehmer sich für eine radikale Abrüstung erklärten und 9½ Millionen die Luftwaffe durch internationales Abkommen abschaffen wollten, aber doch 10 Millionen für nichtmilitärische Sanktionen gegen eine Aggression und immerhin 6—8 Millionen im Notfall auch zu militärischen Sanktionen bereit waren.

51) *Spectator*, vgl. ebenda S. 541.

52) Mowat, a. a. O., S. 354.

53) Vgl. Mowat, a. a. O., S. 538 ff., 548 ff.

vativen Führern der eigenen Regierung mit einem mindestens ebenso tiefen Mißtrauen wie dem Ausland entgegen, während sie gleichzeitig zu radikalem Widerstand gegen das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland aufforderten. Attlee⁵⁴⁾ warf in der Krise der Sanktionspolitik während des Abessinienkrieges der Regierung vor, die Ehre des Landes verraten zu haben, erklärte aber noch 1936 wiederholt⁵⁵⁾, daß die Regierung mit ihrer Skepsis gegen die kollektive Sicherheit zu Nationalismus und Isolierung Englands zurückkehren wolle und diese Politik nur zu einem Weltkrieg führen könnte. Der im Kabinett verbliebene MacDonald mußte stets befürchten, daß die Regierung von der eigenen Partei der Kriegstreiberei beschuldigt wurde. Dabei drängte Attlee selbst so unaufhörlich zum Kriege gegen die Aggressoren, daß ihm Eden⁵⁶⁾ ironisch vorhalten konnte, Palmerston verblasse zur Bedeutungslosigkeit neben der kindischen Aufgeregtheit des „right honourable gentleman“. Erst 1939 hat sich diese Lage langsam gewandelt. Noch im vorhergehenden Herbst wollte nach der Beobachtung Dirksens⁵⁷⁾ „die große Masse nicht kämpfen und war passiv; jetzt hat sie der Regierung gegenüber die Initiative übernommen“, eine Erscheinung, die er als „eine ernste Realität“ beachtet wissen wollte. Aber wenn 1939 Hore-Belisha selbst im Kreise der Regierung Mühe genug hatte, Chamberlain zu der Einführung der allgemeinen Dienstpflicht zu drängen⁵⁸⁾, so stellte sich Attlee⁵⁹⁾ der Wehrpflicht noch immer mit dem Argument entgegen, daß sie England nur teilen und schwächen werde; das Land könne als Munitionslieferant seiner Verbündeten und Träger einer starken Luftwaffe nicht auch noch eine starke Landarmee aufstellen — womit er nur ein Argument verwendete, das die Regierung selbst bisher dem französischen Verbündeten gegenüber immer wieder gebraucht hatte.

54) Ebenda S. 557.

55) Mowat, S. 569; Feiling, S. 262.

56) Feiling, S. 270.

57) Akten zur Deutschen Außenpolitik 1918—1945 Serie D (ADAP), Bd. VI Nr. 645. Dirksen, London 10. VII. 1939.

58) R. J. Minney, a. a. O., S. 187. Sir Horace Wilson, 28. III. 1939: „On political grounds (conscription) was impracticable.“ — S. 194. Chamberlain zu Hore-Belisha, 18. April: „that I had been in my bonnet about conscription“ ... „he felt“ (mit Hinweis auf die Zusagen Baldwins an die Labour Party) „it would be a very dangerous course to pursue.“

59) Ebenda S. 302.

Zu dieser inneren gewichtigen Belastung kam, daß die seit 1919 bestehende Abneigung der Dominien — mit der einzigen Ausnahme Neuseelands — gegen erneute Verflechtung in einen europäischen Krieg sich noch 1938 mit nicht zu übersehender Deutlichkeit und Schärfe anmeldete⁶⁰⁾. Die Politik von München hat die völlige Billigung der Dominien⁶¹⁾ besessen. Sie haben noch Ende September 1938 Neville Chamberlain durch ihre High-Commissioners sehr ernst darauf hingewiesen, daß ein Scheitern seiner Vermittlungspolitik „einen Krieg heraufführen könnte, für den sie nicht vorbereitet seien, und zwar über einer Frage (issue), der gegenüber viele in ihren Völkern indifferent seien.“ Der Vertreter Kanadas mochte persönlich über die „Trägheit“ Mackenzie Kings und das unerwartete Bild einer ängstlichen und isolationistischen Regierung Kanadas schelten. Tatsache blieb, daß in den Dominien noch zu diesem Zeitpunkt jede „Kreuzzugsbereitschaft“ fehlte und der kanadische Premierminister Chamberlain als den großen Friedensmann, „the great pacifier“, rühmte: was Großbritannien in den letzten Jahren getan habe, um Gegensätze zu beruhigen, sei etwas, was die übrige Welt kaum richtig einzuschätzen beginne.

Zweifel an der Weisheit der Friedensmacher von 1919

So gibt die Friedenssehnsucht der Generation nach 1919 den elementar bestimmenden Nährboden der Appeasement-Politik ab. Diese erhält in England ihr besonderes Gewicht durch die bis in den diplomatischen Einzelverlauf entscheidende Enttäuschung der führenden Kreise wie der öffentlichen Meinung an den Ergebnissen der in England vom Augenblick ihrer Entstehung an angefochtenen Friedensschlüsse von 1919 und 1920. Der „Guilt-Complex“ ist in einem nicht leicht zu überschätzenden Umfang für die englische Politik seit 1933, gerade in dem Augenblick also, in dem dieses Motiv seine Fruchtbarkeit verlor, maßgebend geworden. A. J. P. Taylor, auch hier im einzelnen nicht übermäßig konsequent, hat das von Locarno bezeichnete Vorspiel dieser Politik als völlig unfruchtbar und verfehlt kritisiert. Locarno⁶²⁾, nach ihm der größte Triumph des Appeasement — sofern nicht München

60) Hore-Belisha. 20. VIII. 1938. Ebenda S. 138.

61) Vgl. Nic. Mansergh, Survey of British Commonwealth Affairs. Problems of War-Time Cooperation and Post-War Changes, 1939—1952. RJJA. London 1958, S. 13 und 15—16.

62) A. J. P. Taylor, S. 53—54. Vgl. ebenda S. 48: „Appeasement was to have been attempted only in 1938, and by then it was too late.“

ihm diesen Rang streitig macht — habe „Sicherheit für Frankreich“ nur „in einer Wolke von Worten“ gebracht, die Politik Stresemanns und Briands bis 1930 mit völligem Mißerfolg geendet. „Eine Beruhigung wurde nicht erreicht, im Gegenteil, die deutsche Auflehnung war größer am Ende als im Beginn.“ Aber über die englische Vermittlungslinie in der Locarnophase hinaus hat sich die englische Kritik an den bitteren Früchten des Vertrages von Versailles während der folgenden Jahre — wenigstens in der vorwiegenden Strömung der öffentlichen Meinung — noch immer weiter vertieft, um erst nach einem letzten Höhepunkt im Jahre 1938 dann mit einem schroffen Rückschlag weitgehend zu verblassen. Mit der Kritik am Frieden verband sich lange auch die Kritik an der Politik der englischen Bindungen vor 1914, die ebenfalls erst 1938 ihre Kraft zu verlieren begann, als sich langsam wieder die entgegengesetzte Sorge Bahn brach, den deutschen Gegner vor einer Unterschätzung der englischen Entschlußkraft im Notfall warnen zu müssen.

„Die Engländer dachten tief über die Irrtümer ihrer Politik in den Vorkriegsjahren nach“⁶³⁾ und fühlten sich dadurch zum Rückfall in stärkere Distanzierung gegen den Kontinent, auch gegen das verbündete Frankreich als den Hauptträger der Versailler Lösung, bestärkt. Auch ein für diese Friedensverträge so verantwortlicher Politiker wie Lloyd George⁶⁴⁾ war jetzt in der Fortsetzung seiner schon 1919 deutlichen Zweifel so kritisch gegen die zu Lasten Deutschlands betriebene „Balkanisierung“ des östlichen Mitteleuropa, gegen den Chauvinismus der Nachfolge- und Randstaaten, aber auch gegen die Abtrennung Ostpreußens vom Reich geworden, daß diese Lösungen geradezu als „Herausforderung von Geschichte und Vernunft“, ihre Berichtigung als das „größte praktische Ziel einer den europäischen Frieden suchenden Diplomatie“ erscheinen mochte. Die von Harold Nicolson's Buch über die „Friedensmacher 1919“ vertretene Kritik⁶⁵⁾ wies in die gleiche Richtung. Und ein selbst mit ihrer Entstehung so eng verbundener Vertreter der Kritik an dem alten Österreich-Ungarn wie Seton-Watson war der „moralischen Krise“ Englands über die Zulässigkeit der Auflösung des Habsburger Staates, dem Zweifel an der Wertbeständigkeit

63) So Taylor, S. 39.

64) Vgl. Feiling, S. 246.

65) Vgl. den Hinweis bei Helmuth K. Rönnefarth, Die Sudetenkrise und die Internationale Politik. Wiesbaden 1961, S. 143.

des „unechten Nationalstaates“ der Tschechoslowakei zugänglich geworden.

So konnte⁶⁶⁾ eine emotional gefärbte Beurteilung zu dem Schlusse kommen, daß der „Hitlerismus“ als Ganzes nur eine Auflehnung gegen die „Erniedrigung“ Deutschlands darstelle. Chamberlain ging seit dem November 1937 als Premierminister an die Fühlungnahme mit Deutschland in der Bereitschaft heran, ihm trotz aller Schwierigkeiten in der Kolonialfrage entgegenzukommen, wenn, etwa durch den Verzicht auf Tanganjika, der Weltfriede zu erreichen sei. Wenn sich Lloyd George 1936 in Berchtesgaden überzeugte, daß Deutschland die englische Freundschaft wünsche und wenn ein „neues Locarno“ das eigentliche Sehnsuchtsziel der Politik Chamberlains seit 1936 wurde, so hängt das auf das engste mit der für Nevile Henderson⁶⁷⁾ noch im Juli 1939 feststehenden Überzeugung zusammen, daß der grundlegende Irrtum nicht in München, sondern in Versailles und durch die ganze von Frankreich gedeckte Politik der Tschechen während der 20 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg begangen worden sei.

Im tiefsten Kern dieser englischen Selbstkritik, die wohl den Höhepunkt des außerdeutschen „Revisionismus“ gegen Versailles darstellt, ist freilich noch eine weitere Ursache von entscheidendem Gewicht enthalten: Die Bereitschaft, anzuerkennen, daß das auf liberale Ideen aufgebaute britische Commonwealth sich nicht auf die Dauer und nicht mit gutem Gewissen gegen die Anwendung des Grundsatzes der Selbstbestimmung auch auf Deutschland wenden könne. Hat das die englische Politik schon in der Krise des österreichischen Anschlusses belastet und noch in den Verhandlungen von 1939 über Danzig und den Korridor eine nicht zu übersehende Rolle gespielt, so hat dieses Motiv doch das Höchstmaß seines Gewichtes in dem lang hingezogenen Verlauf der Sudetenkrise von 1938 vor, während und nach der Vermittlungsmission Lord Runcimans erreicht.

In der Anschlußkrise Österreichs setzte man zwar dem deutschen Anspruch, daß es sich „um nichts als eine Familienangelegenheit“⁶⁸⁾ handle, den Vorwurf⁶⁹⁾ entgegen: das gewaltsame Vorgehen Hitlers habe „dem europäischen Vertrauen(den) härtesten und schwersten Stoß“ versetzt. In der Sudetenkrise aber

66) Feiling, a. a. O., S. 300.

67) DBFP III,6 Nr. 337, 17, VII, 1939.

68) Vgl. Göring 12. III, 1938. ADAP Bd. II, S. 125.

69) Halifax 16. III. Ebenda S. 138.

wurde es⁷⁰⁾ den Tschechen gegenüber ein Hauptargument Hendersons, er könne nicht sehen, wie die englische Jugend eingesetzt werden solle, um gegen das Prinzip der Selbstbestimmung zu kämpfen, das die Grundlage der Verfassung des britischen Reiches darstelle. Chamberlain hat fast gleichzeitig⁷¹⁾ in den Londoner Debatten mit Daladier das gleiche Argument verwendet. In der anschließenden Krise des August 1938⁷²⁾ mahnte der englische Botschafter in Berlin von neuem, es sei „das wahrste britische Interesse, sich auf die Seite der höchsten moralischen Grundsätze“⁷³⁾ zu stellen — noch mit dem Optimismus, daß eine dadurch erreichte deutsch-englische Verständigung den Weltfrieden für wenigstens eine Generation bedeute. Er gebrauchte dabei in einer fast greifbar von seiner deutschen Umgebung gefärbten Weise eine Art von „Rassen“-These: Teutonen und Slawen seien unversöhnbar, gerade so wie es Briten und Slawen sind. Daher weigerte er sich mit fast leidenschaftlicher Schärfe, einen deutsch-englischen Krieg über die sudetendeutsche Streitfrage auch nur als zulässig zu betrachten⁷⁴⁾, weil er zwar bereit sei, morgen für eine gute Sache gegen Deutschland zu kämpfen, sich aber weigern müsse, dies für die Sudetenfrage zu tun.

Britische Presse für Ausgleich mit Deutschland

Die viel behandelte Frage des Anteils, den die englische Presse und große Teile der Oberschicht der englischen Gesellschaft an Konzeption und Durchführung der Appeasement-Politik besessen haben, mag im einzelnen zu zusätzlicher Kritik herausfordern, bestätigt aber als ganzes doch nur die Tiefe und Kraft dieser so schwer sterbenden Strömung auch in ihren Illusionen. Mochten in der englischen Öffentlichkeit 1938 Liberale und Sozialisten, Finanz und City zu der Sache der Tschechoslowakei neigen, so hat doch in der großen Presse die entgegengesetzte Strömung das

70) DBFP III,2 Nr. 286, 10. IX. 1938. — Henderson war freilich schon im Frühjahr (ebenda III,1 Appendix S. 621 ff. Brief an Halifax vom 13. IV.) stets der Überzeugung gewesen, Österreich sei dazu bestimmt, in irgendeiner Form früher oder später ein Teil Deutschlands zu werden. Es sei die „Summe des ganzen Gegenstandes“, daß Verhandlungen über Mitteleuropa auf die moralische Basis des Selbstbestimmungsrechtes gestellt werden müßten.

71) Konversationen vom 18. IX. DBFP III,2 Nr. 928.

72) Henderson 12. VIII. Ebenda III. 3. Nr. 613.

73) Ders. an Halifax, ebenda Nr. 665, 22. VIII.

74) Ebenda: „I would fight Germany to-morrow for a good cause, but I refuse to contemplate on doing so for the Sudeten“

Übergewicht behalten, wenn nicht so explosive Fragen wie die Judenverfolgung Hitlers den englischen Liberalismus allzusehr herausforderten. Es ist sehr charakteristisch, daß auch noch im Jahre 1938 der evangelische Widerstand gegen Hitler⁷⁵⁾ neben den Stimmen der entschiedenen Sympathie auch englischen Zweifeln begegnete, ob nicht etwa Niemöller die Grenzen des Unentbehrlichen und Zulässigen überschritten habe. Die Times meinte: „We in this country have also to obey police instructions of this kind.“

Nun hat gerade ihr in enger Verbindung zu Chamberlain stehender Herausgeber, Sir Geoffrey Dawson⁷⁶⁾, sich noch 1940 dazu bekannt, daß er immer ein reueloser Verteidiger dessen bleiben werde, was man die Politik von München nenne; im Herbst 1938 hätten fast tägliche Besucher aus Kanada und Australien ihm immer wieder klar gemacht, daß ein Krieg gegen Deutschland zu dieser Zeit von einem Ende des Empires zum anderen mißverstanden und bedauert worden wäre. Das ist freilich schon eine nachträgliche realpolitische Rechtfertigung des eigenen Verhaltens, die der Energie seiner Anwaltschaft zugunsten eines deutsch-englischen Ausgleiches seit 1933 nicht mehr völlig gerecht wird. Die Front großer Blätter, die wie die Times, der Daily Express Lord Beaverbrooks, die Daily Mail Lord Rothermeres, wie Garvin im Observer⁷⁷⁾ diese Linie vertreten haben, ist so ausgedehnt, daß hinter dem Gewicht dieser Stimmen ihre Verknüpfung mit engen Kreisen der sozialen Oberschicht, wie des um Lord Lothian und Lady Astor sich sammelnden „Cliveden Set“ zwar nicht an Bedeutung verliert, aber doch weniger bezeichnend ist als die Feststellung, daß diese Argumentation bis 1938 einen sehr erheblichen Einfluß auf die Formung der öffentlichen Meinung der englischen Nation besessen hat. Lloyd George und Dawson⁷⁸⁾, sonst scharfe Gegner, stimmten doch in der Forderung überein, daß man „Deutschland die volle Gleichberechtigung zu geben“ habe. Nicht zum wenigsten diese Presse hat bewirkt, daß die Politik des Appeasement in weitem Maße zur Annahme dessen durch die britische Regierung wurde, was englische Politik nach Hitlers Ansicht sein sollte — zum wenigsten solange auch der deutsche Diktator im Bedarfsfall sich in der Beherrschung der Sprache

75) Vgl. Alfred Wiener, Untersuchungen zum Widerhall des deutschen Kirchenkampfes in England, 1933—38, in: On the Track of Tyranny ed. by Max Beloff London 1961, S. 211—212.

76) History of the Times IV,2, S. 1022. 8. XI. 1940.

77) Mowat, a. a. O., S. 591.

78) Sir Samuel Hoare, S. 111.

von Genf als unübertroffener Meister zu zeigen bemühte⁷⁹⁾.

Der Höhepunkt dieses Einflusses liegt zweifellos wieder in dem tragischen Schicksal des Appeasement 1938, in dem Times und Observer⁸⁰⁾ darin einig waren, daß Großbritannien „niemals daran denken würde, Deutsche und Ungarn unter der tschechischen Herrschaft zu halten“, während der Daily Telegraph im Juli und August eine „Großoffensive“ von 21 Artikeln mit schärfster Kritik an der Rolle füllte, die Benesch auf der Pariser Friedenskonferenz gespielt hatte. Nachdem der New Statesman als Auftakt zu dem Nürnberger Reichsparteitag am 27. 8⁸¹⁾ erklärt hatte, daß der strategische Wert der böhmischen Grenze nicht zum Anlaß eines Weltkrieges gemacht werden dürfe, folgte am 7. 9. der berühmte Times-Artikel⁸²⁾ mit der Aufforderung an die Tschechoslowakei, den Vollzug der Umwandlung in „einen homogenen Staat“ nicht zu verkennen und sich mit der Abtrennung des „Saumes ihrer fremden Bevölkerungen“ abzufinden. Selbst Lord Halifax antwortete auf die Beschwerde des französischen Botschafters über diese offene Aufforderung der englischen Politik zur Kapitulation in der Daseinskrise eines befreundeten Staates, es sei für ein angelsächsisches Volk unmöglich, gegen das Selbstbestimmungsrecht zu den Waffen zu greifen. Dawson berief sich gegen das offizielle Dementi der Regierung darauf, daß Lord Halifax privat mit der These des Artikels übereinstimme. Zusammengenommen mit dem Verhalten Hendersons in Berlin und Nürnberg kann es daher kaum erstaunen, daß die englische Regierung 1938 Hitler niemals den Eindruck wirklicher Entschlossenheit machte und daß dieser Eindruck auch 1939 weiter seine verhängnisvolle Nachwirkung ausgeübt hat. Denn wenn die Labour Party schon am 19. 9. 1938⁸³⁾ die Politik der Regierung als „schändlichen Verrat eines friedlichen und demokratischen Volkes“ angegriffen hatte, mußte dies doch völlig vor dem Jubel verblasen, der Chamberlain begrüßte, als er mit dem Glauben an „Frieden für unsere Zeit“ aus München zurückkehrte und die Times⁸⁴⁾ ihn feierte: kein Triumphator, der von einem Sieg auf dem Schlachtfeld zurückkehrte, sei mit edleren Lorbeeren geschmückt gekommen.

79) Bullock, S. 284 ff. „The Counterfeit of Peace“, besonders S. 308.

80) Dawson und Garvin vgl. Wheeler-Bennett, S. 63, und Rönnefarth, a. a. O., S. 322 ff.

81) Rönnefarth, S. 499 f.

82) Ebenda S. 499 f. und Anmerkungsband S. 242—244 mit den Anmerkungen 6, 8 und 11.

83) Wheeler-Bennett, S. 116, Anm. 1.

84) Times 1. X.; vgl. Wheeler-Bennett, S. 180.

Großbritannien hat trotz der Anerkennung der Rheinlinie als seiner militärischen Verteidigungsgrenze bis 1939 an der These oder Illusion festgehalten, seine Verflechtung in die Frage des Kontinents begrenzen zu können. Es bereitete seinem französischen Verbündeten immer wieder die doppelte Enttäuschung, daß es sich weigerte, konkrete militärische Zusagen für den Kriegsfall zu geben und politische Verpflichtungen für den territorialen Besitzstand jenseits der deutschen Ostgrenzen zu übernehmen⁸⁵⁾. Unter dem Schutz des Glaubens an die Durchführbarkeit dieses Vorbehaltes hat sich England gewissermaßen den realpolitischen Luxus weitgehend grundsätzlich motivierter Reaktionen auf die Entwicklung des Nationalsozialismus zu leisten versucht, bis die Stunde der bitteren Enttäuschung im März 1939 schlug. Die Dialektik zwischen dem Anspruch Frankreichs auf die führende Großmacht in Europa, dem tatsächlichen Absinken seiner Macht und Leistungsfähigkeit, beides gesteigert durch die Spannungen seiner inneren Krise in den dreißiger Jahren⁸⁶⁾, erklären das sehr viel größere Ausmaß von Sprunghaftigkeit, Bitterkeit und Unsicherheit, das die Rolle Frankreichs in der Politik des Appeasement bezeichnet.

Resignation in Frankreich

Im Grunde fehlt hier zu jeder Zeit der Optimismus, mit dem man von der englischen Insel her an die Lösbarkeit des deutschen Problems durch eine Korrektur der zugestandenen Fehler des Friedenswerkes von 1919 zu glauben bereit war. Es fehlt im französischen Lager keineswegs an Ansätzen zu der Einsicht, daß die weitgehende Machtstellung von Versailles unhaltbar zu werden drohte. Vor allem empfand man mit oft erschütternder Stärke die Gefahr des Weißblutens der eigenen Nation im Falle eines neuen Krieges gegen den volkreicheren Nachbarn. Daladier, der „Patriot ohne Stärke des Willens“, ist zweifellos mit der gleichen Echtheit wie Neville Chamberlain „ein Mann des Friedens bis in

85) Vgl. G. M. Young, S. 180, und Wheeler-Bennett, S. 32 ff. Baldwin: „When you think of the defence of England, you no longer think of the chalk cliffs of Dover, you think of the Rhine.“ — Eden (Rede in Lexington, 20. XII. 1936): „Nations cannot be expected to incur automatic obligations save for ones where their vital interests are concerned.“ — Lord Halifax im House of Lords, 3. III. 1938: „We are unable to define beforehand what be our attitude to an hypothetical complication in Central or Eastern Europe.“

86) Vgl. zusammenfassend: Rud. von Albertini, Zur Beurteilung der Volksfront in Frankreich 1934—1938. Vjh. für Zeitgesch. 7 (1959), S. 140—162.

den Grund seiner Seele“⁸⁷⁾ gewesen, der sich ganz als „alter Frontkämpfer“ empfand und eben deshalb 1938 und 1939 zu großen Opfern für die Rettung des Friedens bereit war, um Europa⁸⁸⁾ vor der Verödung durch „Kosaken- und Mongolenhorden“ zu retten. Schon 1938 hat er in den englisch-französischen Besprechungen vom 18. 9. in London⁸⁹⁾ erklärt, daß er bereits seit Jahren „kein fanatischer Anhänger des Versailler Vertrages“ gewesen sei und Frankreich auf keinen Fall durch die Fesseln dieses Friedens in einen Krieg verstrickt sehen wolle. Wenn er sich nur schrittweise und widerstrebend zur Preisgabe der verbündeten Tschechoslowakei hat drängen lassen und dies Verhalten mit dem Interesse des europäischen Friedens rechtfertigte, ist dies für seine Person doch wohl erzwungene taktische Rechtfertigung, die England zum Vortritt auf dieser Bahn zu nötigen versuchte, und echte persönliche Überzeugung zugleich gewesen. Er wie andere Persönlichkeiten der französischen Rechten und der Mitte haben sich nicht gescheut, deutschen Gesprächspartnern ein diskretes Maß von Verständnis für den deutschen Antisemitismus — mit heftigen Angriffen gegen den Chauvinismus jüdischer Kreise, der zum Kriege dränge — zu erkennen zu geben. Noch der letzte Briefwechsel Daladiers mit Hitler beschwor am 25. 8. 1939 die Vision herauf, daß der sicherste Sieg in dem bevorstehenden Kriege nach nur 25 Jahren der Waffenruhe zwischen den beiden Völkern der Triumph „der Zerstörung und der Barbarei“ sein werde. Und auch dem amerikanischen Botschafter Bullitt hat er schon im September 1938 nicht verschwiegen, daß nach seiner Ansicht ein Krieg nur die Prophezeiung Napoleons auf St. Helena erfüllen werde, daß die Kosaken Europa beherrschen würden⁹⁰⁾.

Die Summe der in der Nation verbreiteten Müdigkeit und Abneigung gegen jeden Krieg ist in Frankreich sicher nicht geringer gewesen als in England. Die Versuche, einen möglichst großen Anteil des 1918 erlangten status quo auch in dem Prozeß notgedrungener Teilrevisionen des Friedens zu retten, gehen mit überwältigender Stärke auf ein sicherlich echtes und als berechtigt empfundenen Sicherheitsbedürfnis schon in den Jahren zurück, die noch nicht wie 1938 unter dem Druck eines zu spät als überwältigend groß erkannten Rüstungsdefizites standen. George Bonnet ist

sicherlich in seiner Vertretung dieses Standpunktes bis zum kaum mehr verhüllten Zynismus gegangen. Aber selbst bei ihm läßt sich gelegentlich der Zug der ehrlichen, radikalen Verzweiflung nicht verkennen, wenn er in einer Privatunterredung nach den französisch-englischen Gesprächen des 28. und 29. 4. 1938 im Mai geäußert haben soll: „Machen wir nicht in Heroismus, wir sind dazu nicht in der Lage. Frankreich kann sich nicht mehr einen Aderlaß wie den von 1914 gestatten.“⁹¹⁾

Schon 1933 zog sich das Land in die Mystik der Maginot-Linie zurück und benutzte diese Zuflucht, um in weitgehender Passivität die Augen vor der Bedeutung des steigenden deutschen Einflusses in Mittel- und Südeuropa zu schließen. Während nur Barthou als letzter Poincaré-Schüler⁹²⁾ Hitlers „Mein Kampf“ gelesen hatte, suchte Daladier, der sein erstes Kabinett wenige Tage nach Hitler bildete, durch die Entsendung Brinons — der im *Matin* das Bild eines friedliebenden Hitlers entwarf, der vor allem den Krieg vermeiden und eine Verständigung mit Frankreich wollte — sofort die Fühlung mit dem nationalsozialistischen Deutschland aufzunehmen.

Auch wenn man sich 1938⁹³⁾ zu der formellen Warnung aufraffte, daß Frankreich im Falle der Tschechoslowakei zu seinen Bündnispflichten stehen werde, wurden dahinter doch die Zweifel, ob die Hilfe überhaupt wirksam werden könne, auch im Kreise der französischen Regierung so schnell und allgemein deutlich, daß der Protest der französischen Presse gegen das: „Mourir pour la Tchéco-Slovaquie“ kaum notwendig gewesen wäre, um die innere Hohlheit dieser Demonstrationen der Verzweiflung über die drohende Bloßstellung Frankreichs zu enthüllen. Wenn sich die Mehrheit der Kammer unter dem Einfluß Léon Blums zu der Politik der Vertragstreue bekannte, war es doch ein offenes Geheimnis, daß führende Persönlichkeiten der Rechtskreise wie Pierre-Etienne Flandin⁹⁴⁾ ganz offen den Standpunkt vertraten, Frankreich müsse seine Bindungen in Osteuropa aufgeben und sich hinter die Maginotlinie zurückziehen. Dies war aber keineswegs nur im Defaitismus einzelner Persönlichkeiten und Gruppen, sondern auch in der Masse der Nation eine noch 1938 alles überwiegende Strömung, die der englische Botschafter⁹⁵⁾ lapidar dahin

87) Wheeler-Bennett — nach Pertinax — S. 67.

88) ADAP Bd. II, S. 258, 25. V. 1938. — DBFP III,3 Nr. 928.

89) DBFP III,3 Nr. 928.

90) Vgl. Celovsky, S. 440, nach: Foreign Relations of the United States 1938, Vol. I S. 686 ff.

91) Wheeler-Bennett, S. 65, Anm. 1 nach P. Lazareff, *De Munich à Vichy*. New York 1944, S. 32—33.

92) Wheeler-Bennett, S. 232 ff.

93) Paul-Boncour 4. IV. 1938. ADAP Bd. II, S. 171.

94) 7. III. 1938 vgl. Wheeler-Bennett, S. 32.

95) Sir Eric Phipps 24. IX. 1938. DBFP III,2 Nr. 1075 und 1076.

charakterisierte, das Beste, was in Frankreich vorhanden sei, sei fast um jeden Preis gegen den Krieg. Er warnte daher, man dürfe die Gefahr nicht übersehen, daß sich ein geschlagenes Frankreich gegen England wenden werde. Hatte er doch eine Äußerung Flandins zu berichten, daß die ganze Bauernklasse gegen den Krieg sei und ihre Herzen nicht bei ihm sein würden, obwohl sie im Falle der Notwendigkeit marschieren würden. Wie er hatte schon vorher Caillaux⁹⁶⁾ zu einem Mitglied des Stabes der englischen Botschaft geäußert, Frankreich würde niemals für die Tschechoslowakei marschieren und das ganze Verhalten der Regierung sei nur ein — bisher erfolgreicher — Bluff. Wie die deutschen sind auch englische und amerikanische Beobachter in Paris⁹⁷⁾ einig gewesen, daß Frankreich nach den Worten seines Außenministers Bonnet nicht bereit sei, 10 Millionen Menschen für 3,5 Millionen Sudetendeutsche zu opfern. Die traditionelle Politik in Mittel- und Osteuropa besaß im Grunde nur noch vereinzelte Anhänger wie Reynaud, während der Versailler Vertrag oft genug als das „törichteste Dokument“ gescholten wurde, das jemals angefertigt worden sei: es gelte gerade so maßgebenden Männern wie Daladier und Bonnet bereits als revisionsbedürftig.

Zum mindesten die fast unverhüllt auf eine Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland rechnenden Rechtspolitiker wie Flandin haben denn auch die Besetzung Prags im März 1939 sofort als eine „irreparable Wendung der Lage“⁹⁸⁾ beklagt, die kaum mehr einen Ausweg offen lasse und die Arbeit aller Freunde der Annäherung in den letzten Jahren völlig zerstöre. „Nur etwas ganz ‚Großes‘ könne die gegenwärtige Krise überwinden.“ Er mußte endlich begreifen, welche Antwort Hitler auf seine schon im Frühjahr 1938 gestellte Frage: „Will Deutschland überhaupt verhandeln?“ zu geben entschlossen war.

Französische Haltung noch schwankender als die britische

Die sicherlich zweideutige Gestalt Bonnets ist sich schließlich doch in einem konsequent geblieben, in der Zähigkeit, mit der er, der Schwäche Frankreichs voll bewußt, bestrebt blieb, einem Zusammenstoß mit dem mächtigen Nachbarn unter allen Umständen aus

dem Wege zu gehen. Hatte die Außenpolitik seines Vorgängers Paul-Boncour noch versucht, wenigstens die Würde Frankreichs zu wahren, läßt sich für ihn doch das scharfe Urteil Celovskys nicht widerlegen, daß sein Streben, die Ablehnung der Vertragspflichten gegen die Tschechoslowakei durch den Schleier der englischen Initiative zu verdecken, sich mit völliger Skrupellosigkeit gegen den zuverlässigsten Verbündeten Frankreichs im Osten gepaart hat. Es war nur die Krönung dieser politischen Linie, daß er im Verlauf der Krise von 1938 sich kaum weniger scharf als London gegen die Widerstandsversuche des Präsidenten Benesch wendete und den alten Träger des französisch-tschechischen Zusammengehens schließlich mit vollendeter Kälte opferte. Nicht anders als Flandin ist er je länger je mehr zum Repräsentanten einer Politik des Friedens um jeden Preis geworden.

Schon in dem Auftakt der Krise von 1938⁹⁹⁾ verstand es Bonnet, dem deutschen Geschäftsträger in Paris deutlich zu machen, daß er sich als den „ausgesprochenen Vertrauensmann“ maßgebender konservativer Elemente und Wirtschaftskreise in der radikalsozialistischen Partei betrachtete. Er sprach dem deutschen Geschäftsträger nicht nur Sympathien für deutsches Wesen und Kultur, sondern auch seine Bewunderung für die Stärke und die Errungenschaften des „neuen Deutschlands“ aus und suchte fast flehentlich um deutsche Mitarbeit bei der Lösung der tschechischen Frage zu werben. Nimmt man hinzu, daß die deutschen Beobachter in diesem Zeitpunkt¹⁰⁰⁾ behaupteten, auch Francois-Poncet habe in Berlin seine Warnungen vor einem neuen deutschen Gewaltakt in der Form nicht konziliant genug einkleiden und nicht weit genug von Teilen der französischen Presse abrücken können, die eine schärfere Tonart vertraten, daß auch er seine Warnung vor einem „Weltbrand“ vor allem mit der Haltung Englands begründete, so begreift man, daß die französische Politik in Berlin 1938 noch weniger den Eindruck der Festigkeit zu machen vermochte als diejenige Londons. Schon Mitte September¹⁰¹⁾ bedrückte Bonnet der Alpdruck eines Dreifrontenkrieges, den sein Land gegen Deutschland, Italien und Spanien zugleich zu führen habe. Frankreich gedenke diesen Sprung vom Eiffelturm nicht zu tun.

Als er dann auf dem Höhepunkt der Krise¹⁰²⁾ nur noch bestrebt war, den Frieden um jeden

96) Phipps 14. VI. 1938. DBFP III,1 Nr. 484.

97) Vgl. Rönnefarth, S. 537, und For. Rel. of the United States 1938, I, S. 602.

98) Bericht Bräuer, Paris 22. III. 1939, ADAP Bd. V, Nr. 69.

99) Bericht Welczek 1. V. 1938. ADAP Bd. II, S. 200.

100) Ebenda 17. V. Nr. 163, S. 224 ff.

101) Genfer Britische Delegation 11. IX. Nr. 83. DBFP III,2 Nr. 835.

102) E. Phipps DBFP III,2. 29. IX., Nr. 1206.

Preis zu retten, ließ er auch dem englischen Botschafter gegenüber die Maske über die Ausdehnung seiner Bereitschaft zu Zugeständnissen völlig fallen: man müsse sich auf die Notwendigkeit vorbereiten, schrittweise eine friedliche Modifikation mancher Grenzen in Europa zuzugestehen, da der Vertrag von Versailles zusammengebrochen sei.

Gewiß wurde er dann nach der demütigenden Rettung von München langsam besorgt, daß ihm Hitler eine dauernde Abdankung Frankreichs zumuten werde¹⁰³). Noch aber scheint er sich als Rivalen gegen François-Poncet empfunden zu haben, der gleichfalls Anspruch auf die Vaterschaft der Lösung von München erhob. Er wurde dadurch ebenso wie durch die Eifersucht auf die Chamberlain gegebene Friedenszusage Hitlers in seinem Streben bestärkt, mit London wie Berlin gleichzeitig in Fühlung zu bleiben, weil sich bereits die Gefahr einer Zusammenarbeit der englischen mit der französischen Opposition gegen seine Politik abzeichnete¹⁰⁴). Es ist für Bonnet charakteristisch, daß er dagegen behauptete, 90% der Nation stände noch immer hinter seiner, nur von „Juden und Kommunisten“ kritisierten Politik, die auch von zwei Drittel der sozialistischen Fraktion gebilligt worden sei.

Offensichtlich hat er auch in den Besprechungen mit Ribbentrop über die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938¹⁰⁵), die von der Voraussetzung ausging, daß zwischen Deutschland und Frankreich „keine Fragen territorialer Art“ mehr schwebten, dem deutschen Partner nicht nur seine Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sondern auch zu gemeinsamem Kampf gegen „kommunistische Zersetzung“ zu erkennen gegeben. Überdies glitt er über den Vorstoß des deutschen Außenministers, daß die Militärallianzen Frankreichs im Osten „ausgesprochene Überbleibsel“ des Versailler Vertrages oder der Versailler Mentalität seien, mit der Bemerkung hinweg, daß sich diese Verhältnisse seit München „grundlegend geändert“ hätten. Er hob sogar erneut hervor, daß „die französische Regierung absolut gegen den Bolschewismus“ sei, und deutete selbst an, er sei „an einer Lösung des Judenproblems sehr interessiert“.

Auch wenn er dann gegen deutsche Beschwerden schon in seiner Kammerrede vom 2. Janu-

ar 1939¹⁰⁶) wieder die französische „présence im Osten“ anmeldete, konnte dadurch der ermutigende Eindruck seines vollendeten Opportunismus nicht sehr eindrucksvoll abgeschwächt werden. Wenn sich fortan die Warnung auch so weitgehender Vertreter des Zusammengehens mit Deutschland, wie es Flandin und Déat waren, zu häufen begannen¹⁰⁷), obwohl sie noch immer beteuerten, daß das französische Volk nicht für Danzig zu fechten wünsche, so wurde doch ihr Widerstand gegen den sich nun auch in Frankreich verbreitenden „Kriegsfatalismus“ mehr und mehr durch die Erkenntnis matt gesetzt, daß der allgemeine Krieg unvermeidlich bevorstand. Das Ende war dann die subjektiv sehr viel ernstere Klage Daladiers¹⁰⁸), daß er durch die mit der Errichtung des Protektorates Böhmen vollendete Annexion von 7 Millionen Slawen durch Hitler „nicht nur getäuscht, sondern auch ridiculisiert“ worden sei, „und mit ihm das ganze französische Volk“. Der im Vergleich zu England stets mit halbschlechtem Gewissen verfolgte Lauf der französischen Appeasement-Politik hatte auch innerlich mit einer vollendeten Katastrophe geendet.

Diese Politik hatte auf ihrem Weg in die Niederlage durch einen entschlossenen skrupellosen Gegner bis zum Frühjahr 1939 niemals einen Halt gefunden, an dem sie sich grundsätzlich zum Widerstand entschließen konnte. Das ist aber nicht nur mit der unleugbaren Enttäuschung über die Ergebnisse der Pariser Friedensschlüsse von 1919/20, nicht nur mit der Sorge über die England wie Frankreich hemmenden, für die Demokratie vielleicht normalen innenpolitischen Spannungen und Gegensätze zu erklären, sondern ist ebenso folgenreich dadurch bewirkt worden, daß spätestens mit dem Ausbruch des Spanienkrieges 1936 das gärende Europa der Zwischenkriegszeit in eine akute Phase des 20. Jahrhundert durchziehenden Bürgerkriegs der Ideen eingetreten war. Demgegenüber zeigte sich die Staatsräson dieser ihrer Zukunft selbst nicht mehr sicheren Demokratie in Westeuropa, in Frankreich noch viel stärker als in England, nicht mehr der Aufgabe gewachsen, eine auch nur leidlich genügende Integration der inneren Spannungen für die Aufgaben der Außenpolitik zu bewirken.

103) ADAP Bd. IV, S. 397.

104) ADAP Bd. IV, S. 405: Feststellung, daß bei dem Besuch von Chamberlain und Halifax nicht nur die Linkspresse, sondern auch die rechtsgerichtete L'Époque die englischen Besucher scharf kritisierte

105) ADAP Bd. IV, S. 409 ff.

106) Ebenda S. 431.

107) ADAP Bd. VI, S. 574.

108) Welczek 12 VII. ADAP Bd. VI, Nr. 658.

Spannungen in der Frage der spanischen Intervention

In Großbritannien wird diese kritische Wendung, die hier nicht allzu lange dauern sollte und bereits 1939 in der Hauptsache überwunden wurde, dadurch verschleiert, daß die nationale Koalitionsregierung durch das Verbleiben von MacDonald und Henderson im Kabinett die Tragweite der jetzt auftretenden Risse einigermaßen verschleierte. Immerhin begann jetzt auch hier eine Übergangszeit¹⁰⁹⁾ des Klassenbewußtseins in Fragen der Außenpolitik, da die Opposition der Labour Party gegen die vorsichtige Politik Edens auf Intervention drängte und den Konservativen „Vorliebe für die Diktatoren“ vorwarf. Der New Statesman¹¹⁰⁾ erkannte ganz richtig, daß der Kampf für und gegen Franco in das Stadium des Ideenkrieges eingetreten war und dadurch die Nation im Tiefsten zu spalten drohte: „Die Demokratien machen gegen die Diktatoren Front — es ist ein Krieg der Ideen. Die Arbeiter machen Front gegen die Unternehmer — es ist ein Krieg der Klassen.“ Nicht einmal in den Reihen der konservativen Partei bestand in dieser Frage wirkliche Einheitlichkeit, obwohl der Radikalismus der bedrohten spanischen Republik ihr offensichtlich zum großen Teil tief widerstrebte. Ähnliche Schwierigkeiten sollte dann in England auch die Zusammenarbeit mit der französischen Volksfrontregierung bereiten, so daß die frühere Selbstverständlichkeit der Zusammenarbeit beider Länder während der Leitung des Foreign Office durch Austen Chamberlain und Arthur Henderson doch fühlbar gedämpft wurde. Denn den englischen Konservativen blieb trotz aller Rücksichtnahme Léon Blums — gerade in der Spanienpolitik — das nun einmal radikale Volksfrontexperiment ebenso verdächtig wie seinen Gegnern in Frankreich selbst. Die Vorliebe, die die englische Appeasementpolitik für die direkte Verständigung mit Rom und Berlin zeigte, ist offensichtlich dadurch bestärkt worden, daß in der jetzt ganz überwiegend starken konservativen Partei der „alte Haß gegen den Bolschewismus“ — auch mit dem Blick auf Spanien und Frankreich — noch keineswegs erloschen war.

Diese Spannungen haben die sehr viel schwächere Demokratie der französischen Dritten Republik noch sehr viel stärker belastet als Großbritannien. Die Bewegungsfreiheit Léon Blums ist in der Frage der spanischen Intervention nicht nur durch die Rücksicht auf Lon-

don, sondern auch durch die Wirksamkeit belastet worden, die Hitlers dauernder Appell zum Kampf Europas gegen den Bolschewismus im eigenen Lande ausübte. Die französische Rechte hat das Kabinett der Volksfront als Regierung der Girondisten und Kopie Kerenskys ganz offen mit dem Schlagwort „Lieber Hitler als Blum“¹¹¹⁾ befehdet. Die Rechtspresse begann jetzt, in der Sorge um die soziale Zukunft Frankreichs, den Kampf um die Außenpolitik förmlich als Klassenkampf zu führen und war bereit, für die Anklage empfänglich zu werden, daß Frankreich Europa dem Bolschewismus auszuliefern drohe. Die von rechts wie von links ständig angegriffene Regierung Léon Blums¹¹²⁾ ist dadurch notwendig um so mehr in das Schlepptau der englischen Spanienpolitik geraten, weil sie in der Zeit der Säuberungen Stalins von Mißtrauen gegen die Stärke Rußlands keineswegs frei war. Ihrem Wesen nach nur eine problematische, stets von Desorganisation bedrohte Koalitionsregierung, sah sie sich dauernd von dem bisherigen Kampf ihrer Führer gegen den bürgerlichen „Klassenstaat“ belastet, so daß auch die Leistungen ihrer Sozialreform keine Entspannung der inneren Lage zu bewirken vermochten. Der unverkennbare Zug des Defaitismus, der die französische Außenpolitik der letzten Jahre seit 1937 — und noch die Katastrophe des Jahres 1940 — durchzieht, ist seiner innenpolitischen Wurzel nach auch ein Ergebnis dieser nur äußerlich überbrückten Krise der Dritten Republik gewesen.

Furcht vor dem Bolschewismus

Unvermeidlich hat aber diese Unsicherheit durch die ideologischen Spaltungen in der westeuropäischen Demokratie zu der Zähigkeit wie zu der Ohnmacht des Appeasement auch dadurch beigetragen, daß sie Churchills Predigt der „Grand Alliance“ zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion bis in die Katastrophe des Hitler-Stalin-Paktes vom 24. August 1939 hinein notwendig mit Unfruchtbarkeit geschlagen hat. Schon in der Spanienkrise hat die heute säkular verständliche, in der Lage vor 1939 aber fast nur als Lähmung der politischen Entschlußkraft wirksame Furcht vor dem Bolschewismus eine erhebliche Rolle gespielt. Sie hat zu einem ständigen Wechselspiel von Mißtrauen und halber Annäherung gegen die so schwer zu enträtselnde Macht des europäischen Ostens geführt. Sie hat die Nationen des Westens vielfach ansprechbar für den Antibolschewis-

109) Mowat, a. a. O., S. 574 ff. und 590 f.

110) Ebenda 1. VIII. 1936.

111) Vgl. Bullock, S. 323 ff.

112) Vgl. Albertini, a. a. O., S. 140 ff.

mus Hitlers gemacht und, verbunden mit der Krise der Stalinschen Säuberung, einigermaßen widerspruchsvoll zugleich zu einer allgemeinen Unterschätzung, wenn nicht der augenblicklichen, so doch sicher der dauernden Stärke des revolutionären Rußland geführt.

Die Empfänglichkeit für die laut proklamierten Absichten des Nationalsozialismus, Deutschland zum Bollwerk gegen den Bolschewismus zu machen, hat schon den Aufstieg der Partei zur Macht begleitet. Die Daily Mail Lord Rothermeres¹¹³⁾ begrüßte bereits den Erfolg der Partei bei den Reichstagswahlen des Septembers 1930 als Verstärkung der Abwehr gegen diese Gefahr. An der gleichen Stelle konnte sich dieses Motiv¹¹⁴⁾ beim Ausscheiden Deutschlands aus dem Völkerbund mit der Befürchtung mischen, daß ein rigoroses Vorgehen gegen das Reich nur mit dem Sieg des Kommunismus in Deutschland enden würde. Es war das alte Motiv, das schon die Sieger von 1919 auf der Pariser Konferenz bedrückt hatte. Und auch die Times hatte noch 1934¹¹⁵⁾ das gleiche Bedenken. In den kommenden Jahren sei mehr Grund vorhanden, sich für Deutschland zu fürchten, als Deutschland zu fürchten. Die Formulierung von G. M. Young¹¹⁶⁾ wird im ganzen als zutreffend angesehen werden müssen: „Es gab unzweifelhaft viel Sympathie mit Hitler, und vielen Engländern war die Restauration Deutschlands als eine Schranke gegen den Kommunismus nicht unwillkommen.“

Für die Mehrzahl der englischen Konservativen¹¹⁷⁾ blieb wie für Chamberlain die Sowjetunion ein halbasiatisches Land, das militärisch als unzuverlässig galt und im Grunde eher danach strebte, andere Nationen in Konflikte zu verwickeln, als ihre Freiheit zu verteidigen. Die durch Stalins Säuberung bewirkte militärische Schwäche Rußlands wurde noch 1938 als so groß angesehen, daß der Vertreter Englands in Moskau¹¹⁸⁾ urteilte: „The Soviet Union must be counted out of European politics.“ Er befand sich damit in bester Übereinstimmung mit Hitler, der dem ungarischen Außenminister Teleky noch im April 1939 versicherte, Rußland, das eben erst 4000 Offiziere hingschlachtet habe, sei praktisch

außerstande, Krieg zu führen¹¹⁹⁾. Der polnische Nachbar der Sowjetunion¹²⁰⁾ glaubte sogar noch einen Schritt weiter gehen und auch den Mißerfolg des Fünfjahresplanes vorhersagen zu dürfen: Rußland stehe auf dem Gebiet des Verkehrswesens und der Industrieproduktion vor einer Krise, die es sehr bald — und zwar nicht nur für Monate, sondern für Jahre — aktionsunfähig machen werde; man stehe vor dem Beginn eines „Kraches“ in der ganzen Struktur der Sowjetunion.

Neville Chamberlain ist in dieser Frage bis 1939 nicht nur eine irrende Einzelpersonlichkeit, sondern die Verkörperung tief wurzelnder englischer Besorgnisse gewesen, die in weiterer geschichtlicher Perspektive vielleicht doch nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihres Mißerfolges im Augenblick beurteilt werden sollten. Noch in dem durch Hitler erzwungenen Wendepunkt seiner Politik¹²¹⁾ hat er dies Mißtrauen gegen die letzten Ziele Stalins zum Ausdruck gebracht, dessen Kern durch die spätere Entwicklung nicht einmal widerlegt worden ist: er müsse sich zu dem tiefsten Mißtrauen gegen Rußland bekennen, das er nicht nur mit dem Zweifel an der militärischen Fähigkeit der Roten Armee zur Offensive begründete, sondern in dem er sich durch den Widerstand aller Nachbarn der Sowjetunion von den Balkanländern bis nach Rumänien bestärkt fühlte. Denn auch er vermochte zu den Motiven des roten Zaren kein Zutrauen zu fassen, die ihm mit gutem Grunde „wenig Verbindung mit unseren Ideen von Freiheit“ zu besitzen schienen. Im Grunde hat er nur widerstrebend sein ursprüngliches Ziel aufgegeben, „eine Einigung Europas ohne Rußland“ zu bewirken, dessen Führer er im Verdacht hatte, „alle Drähte (zu) ziehen, um uns in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln“¹²²⁾.

A. J. P. Taylor kann also mit Recht sagen¹²³⁾, daß die englische Werbung um Stalin 1939 im Grunde mehr eine Sache der Opposition, der Churchill, Lloyd George und der Labour Party, gewesen sei, während die Regierung ihre tiefe innere Skepsis nie überwunden habe. Hitler sei für viele Konservative erst durch den Pakt mit Stalin zum Verräter an der Zivilisation geworden. Auch Lord Halifax hat sich doch erst sehr schrittweise zu einem Chamberlain

113) Vgl. Bullock, S. 144 f.

114) Lloyd George in Daily Mail, 13. X. 1933. DBFP II,5 S. 680

115) Taylor, a. a. O., S. 74.

116) G. M. Young, a. a. O., S. 182.

117) Mowat, S. 590 f.

118) Chilton 19. IV. 1938. DBFP III,1. Vgl. auch ebenda Nr. 151.

119) ADAP Bd. VI, Nr. 296. Aufz. Hewel, 29. IV. 1939.

120) General Stachiewicz. DBFP III,1 Nr. 411.

121) Feiling, S. 403, 26. III. 1939.

122) Tagebuch vom 20. III. 1938. Feiling, S. 347. Vgl. Rönnefarth, S. 573.

123) Taylor, S. 266.

vorausgehenden Realismus durchgerungen. Er hat angeblich noch bei seinem Besuch in Berchtesgaden im November 1937¹²⁴⁾ Hitler das Kompliment gemacht, daß er nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet, sondern durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem auch den Weg nach Westeuropa versperrt habe. Noch im November 1938¹²⁵⁾ hielt er fest, daß ein gesicherter Friede in Europa nur durch ein echtes Einvernehmen zwischen Deutschland, Großbritannien und Frankreich erreicht werden könne. Wohl beginnt er jetzt, mit der Möglichkeit eines deutschen Ukraine-Abenteuers zu rechnen, und rät Frankreich daher von einer Preisgabe seines Vertrages mit der Sowjetunion trotz der Gefahr ab, in einen deutsch-russischen Krieg verwickelt zu werden. Rußland sei nun einmal „ein Teil Europas, und wir können seine Existenz nicht ignorieren“. Aber selbst darin wird doch noch deutlich, wie schwer ihm der notgedrungene Gang nach Moskau 1939 werden mußte.

Das gleiche gilt im Grunde auch für die französische Politik dieser Jahre, trotzdem sie opportunistisch den Draht nach Moskau nie völlig hat abreißen lassen und 1939 zuletzt stärker auf Zugeständnisse an Stalin drängte, als dies in London gern gesehen wurde. Selbst der Generalstabschef Gamelin¹²⁶⁾ war — gleichzeitig mit dem Geständnis, daß Frankreich der Tschechoslowakei taktisch nicht helfen könne — geneigt, auf Rußland nur für die Front gegen Japan zu rechnen und zu hoffen, daß es in Europa neutral gehalten werden könne. Es ist ein Wunsch, in dem doch wohl nicht nur militärische Skepsis gegen die Rote Armee, sondern auch gewisse dem faschistischen Italien gegenüber besonders deutliche Untertöne der politischen Reserve mitklingen. Was der Soldat im Beginn der Sudetenkrise noch einigermaßen verhüllt andeutete, hat Bonnet in ihrem Verlauf brutal dahin ausgedrückt, es sei Rußlands einziger Wunsch, einen allgemeinen Krieg anzustiften, um dann in seinen getrübten Wassern fischen zu können¹²⁷⁾. Nicht umsonst hatte er bereits Ende 1937, noch als Finanzminister, zusammen mit dem damaligen Premierminister Chautemps¹²⁸⁾, auch Papen gegenüber ganz offen erklärt, daß er in den Reihen der radikalsozialistischen Partei mit aller Energie „gegen

die bolschewistischen Tendenzen“ ihrer Koalitionspartner arbeite und einen deutsch-französischen Interessenausgleich förmlich ersehne. Chautemps hat dies unter Hinweis auf die in Gang kommende „Gesundung“ der innerpolitischen Zustände Frankreichs mit dem Appell an Hitler bestätigt, es würde eine „weltgeschichtliche Tat“ sein, wenn beide Nationen „die europäische Politik auf eine neue und gesündere Basis stellen würden“. Es ist im Grunde schon das gleiche Angebot, das Bonnet auch noch bei den Verhandlungen des Dezember 1938 in Paris¹²⁹⁾ wiederholte, wenn er zugestand, daß Frankreich zwar nicht gleichzeitig im Osten den von Ribbentrop geforderten völligen Verzicht leisten und im Mittelmeer Zugeständnisse an Mussolini machen könne, aber doch versicherte, es „werde selbstverständlich keinerlei Politik im Osten treiben, die Deutschland störe“. Soviel ist sicher, daß dieser Mann am Quai d'Orsay nur durch eine ausweglose Notlage gezwungen wurde, den Faden der Beziehungen zu Rußland weiterzuspinnen. Auch hierin deckt sich seine Haltung mit derjenigen des Ministerpräsidenten Daladier, der in seiner Kriegssorge vor München (27. September 1938) dem amerikanischen Botschafter beteuert hatte: der einzige Gewinner würden die Bolschewisten sein, da das Ergebnis eines Krieges für jedes Land Europas in der sozialen Revolution und dem Siege des Kommunismus bestehen müsse.

Es ist diese Ahnung von der Unberechenbarkeit des bolschewistischen Rußland als Bundesgenossen, die wie ein roter Faden die Verhandlungen des Jahres 1939 durchzieht. Sie wurde nicht nur durch Polen, sondern ebenso sehr durch Rumänien bestätigt, wenn Gafencu bei seinem Londoner Besuch im April 1939 erklärte¹³⁰⁾: „Wenn Deutschland gewinnt, würde Rumänien ein Vasall sein. Wenn Rußland gewinnt, würde Rumänien bolschewistisch sein.“ Das war nicht nur eine exakte Prophezeiung des Kriegsausganges, sondern erklärt auch, warum die leitenden Männer der englischen Politik ihre Werbung um Moskau stets nur mit dem Gefühl innerer Auflehnung gegen den Druck geführt haben, mit dem die durch Hitler geschaffene Lage auf ihnen lastete. Halifax¹³¹⁾ klagte daher Anfang Juli: „The Russian business is quite infuriating, it blocks every thing and everybody's nerves“, während Strang¹³²⁾, je länger das hoffnungslose Ringen mit dem zähen Molotow dauerte,

124) 19. XI. 1937. ADAP Bd. I, S. 46 f.

125) An Sir Eric Phipps 1. XI. 1938. DBFP III,3 Nr. 285.

126) Pariser Besuch der englischen Regierung vom 24./25. IV. 1938; vgl. Minney, a. a. O., S. 120 f.

127) Sir E. Phipps DBFP III,2 Nr. 751, 2. IX. 1938.

128) ADAP Bd. I, S. 35.

129) ADAP Bd. IV, S. 409 ff.

130) DBFP III,5 Nr. 285, S. 331.

131) DBFP III,6 Nr. 272. 7. VII. 1939.

132) Strang 26. VII. 1939. Ebenda Nr. 376.

desto bitterer empfand, daß diese Verhandlungen im ganzen eine demütigende Erfahrung darstellten. Hitlers Stalinpakt, den vor allem Henderson mit Recht als „verräterischen Zynismus“ über jede Grenze der Glaubwürdigkeit hinaus empfand, hat diese innere Reserve im Grunde bestätigt¹³³⁾.

Militärische Schwäche der Westmächte

Schließlich tritt die Einwirkung der militärischen Schwäche auf die Politik der Westmächte zumindestens ebenbürtig neben alle bisher erörterten Motive der Appeasement-Politik. Vor allem die Ereignisse der Jahre 1936 (Rheinlandbesetzung) und 1938 (Sudetenkrise) haben dazu geführt, daß diese militärische Schwäche immer wieder als Hauptmotiv für die Haltung der Westmächte in den Vordergrund gerückt worden ist. Mehr als einmal ist diese Schwäche als der nahezu ausschließende Grund für den verhängnisvollen Gang der Ereignisse hervorgehoben worden. Es war vor allem Churchills faszinierende Darstellung im ersten Band seiner Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, die unter Berufung auf seinen vergeblichen Kampf für einen rechtzeitigen Beginn der englischen Wiederaufrüstung diesen Gesichtspunkt — in der Gestalt leidenschaftlicher Anklagen gegen die verantwortlichen Persönlichkeiten — eindrucksvoll herausgearbeitet hat.

Will man das Appeasement-Problem als Ganzes verstehen, wird freilich über allem Berechtigten dieser Auffassung nicht übersehen werden dürfen, daß auch die weitgehende Abrüstung der Westmächte — in England aus Grundsatz, in Frankreich aus Friedensbedürfnis und Schwäche — selbst ein Ausdruck der Tendenzen war, aus denen die Appeasement-Politik bis 1939 ihr Übergewicht gegen alle Warnungen behauptet hat. Nicht ohne Grund konnte man sich bis 1935 darauf berufen, daß dank der französischen Armee das eigene Übergewicht gegen das seine Aufrüstung von sehr bescheidenen Anfängen her beginnende Deutschland noch auf Jahre gesichert sei. Erst 1938 erwachte man zu der vollen Erkenntnis des Ernstes der Lage, da jetzt selbst französische Generale¹³⁴⁾ beweglich über die Schutz-

losigkeit der eigenen Städte gegen die allgemein eher überschätzte Gefahr eines deutschen Luftangriffes klagten und dadurch ihre englischen Zuhörer zu der Folgerung veranlaßten, „daß die Franzosen nicht die Absicht haben, zu kämpfen“. In der Herbstkrise des Jahres 1938 konnte sich Bonnet¹³⁵⁾ gegen Daladiers Drängen auf Generalmobilmachung darauf berufen, daß nach der Ansicht ihres verantwortlichen Chefs, des Generals Vuillemin, die französische Luftwaffe binnen 14 Tagen nach der Eröffnung der Feindseligkeiten ausgelöscht sein würde. Es war das Ergebnis dieser demütigenden Erfahrung, daß jetzt auch in Frankreich endlich nicht nur der verspätete Versuch eingeleitet wurde, die eigene Schwäche in der Luft auszugleichen, sondern angesichts der Ernüchterung der an München geknüpften Illusionen¹³⁶⁾ der noch immer zögernde englische Bundesgenosse zur Einführung der allgemeinen Dienstpflicht gedrängt wurde, an die sich das englische Kabinett freilich erst im März 1939 nach der Besetzung von Prag, und auch jetzt noch mit stärkstem innenpolitischen Bedenken, heranwagte.

Für Frankreich gilt aber, daß seine tiefe militärische Schwäche in den dreißiger Jahren ein getreuer Ausdruck für die allgemeine Abspannung einer tief friedensbedürftigen Generation ist, die selbst den Verlust der 1919 erreichten kontinentalen Vorrangstellung als Preis für die Erhaltung des Friedens zwar zögernd, aber bei leidlich schonender Durchführung der schmerzlichen Operation doch hinzunehmen bereit war. Die nach der Katastrophe von 1940 so erbittert umstrittene Schwäche Frankreichs im politisch-militärischen Führungsapparat entspricht genau einer die Nation beherrschenden Strömung, gegen die die Armee, objektiv gesehen, doch wohl ohnmächtig war. Nicht nur der die ganze Laufbahn des Verteidigers von Verdun durchziehende Konservatismus Pétains, sondern ebenso auch der resignierte Opportunismus von Gamelins Verhältnis zu der politisch verantwortlichen Regierung sind dieser Lage entsprungen. Die Einführung der einjährigen Dienstzeit — gleichzeitig mit dem Herankommen der schwachen Rekrutenjahrgänge aus den Schlußjahren des Ersten Weltkrieges —, ebenso die dauernde Anpassung der strategischen Konzeption an das zum Herrn des militärischen Denkens in Frankreich erhobene System der Maginot-Linie sind der genaue Ausdruck dieses Verhältnisses. Soldaten wie Gamelin mochten diese Resignation schamhaft mit der These verkleiden, daß

133) Henderson an Halifax 22. VIII. 1939. DBFP III,7 Nr. 158 — Henderson hatte noch vor kurzem (ebenda Vol. 6, S. 712. 9. VIII.) gefürchtet, daß ein Scheitern dieser Verhandlungen in Moskau verhängnisvoll sein werde, aber sich an die Hoffnung geklammert, daß eine Regelung mit Deutschland und Italien leichter werden könne, wenn man mit Moskau bei einem ganz farblosen Abkommen enden würde

134) General Dentz, vgl. Hoare, S. 284.

135) Vgl. Rönnefarth, S. 625, nach Lazareff.

136) Ende Januar 1939, vgl. Sir E. Phipps über das Drängen Daladiers. 19. I. 1939. DBFP III,4 Nr. 52.

auch die Defensive nicht so passiv zu sein brauche, wie sie dann im Winter 1939/40 tatsächlich geworden ist. Die Folgerungen der Politik waren unvermeidlich handgreiflicher. Angesichts der Tatsache, daß man von 1930 bis 1934¹³⁷⁾ bei einer Durchschnittsstärke von 560 000 bis 570 000 Mann im französischen Mutterlande nur 375 000 Mann zur Verfügung hatte, wagte sich ein Kriegsminister, Maurin, 1935 damit zu trösten, daß eine französische Offensive nicht mehr zu erwarten und nicht mehr nötig sei: würden wir töricht genug sein, um aus dieser Barriere herauszugehen, für ein, ich weiß nicht welches, Abenteuer?¹³⁸⁾. Der Abstand zwischen den traditionellen, aber der Nation selbst nicht mehr glaubhaften Ansprüchen der französischen Politik und der Struktur eines ganz defensiven Heeres war schließlich so groß geworden, daß die Katastrophe bei einer ernsthaften Belastungsprobe unvermeidlich war: sie konnte schon 1938 im Grunde kaum mehr verschleiert werden und wurde im Feldzug von 1940 zur unbarmherzigen Tatsache. Der Kapitulationsentschluß Pétains war die Konsequenz des von ihm als dem führenden Soldaten der Vorkriegsjahre vertretenen Prinzips der absoluten Defensive eines unbedingt friedlichen Frankreich: „Das grundsätzliche Element der französischen Sicherheit war die durch die Befestigungen geschützte durchgehende Front. Das friedliche und defensive Frankreich kann nur gegen die Motorisierung des Heeres sein (anti-motorisatrice)“, wie er gegen die Reformideen de Gaulles über die Bildung einer Stoßarmee als Instrument der europäischen Politik einwendete¹³⁹⁾.

137) Gamelin: *Servir* Vol. II, S. 12.

138) Ch de Gaulle, *Memoires de Guerre*; *L'Appel* 1940—1942. Paris 1954, S. 16 f.

139) Vgl. nach der politischen Seite hin auch die Sympathien Gamelins (*Servir* II, S. 173) für die faschistische Armee Italiens in der Episode der Stresafrent. Eine Parallele zu seinen Besprechungen mit Badoglio stellt auch der Kontakt mit Blomberg und Beck bei ihrer Begegnung in London anlässlich der Krönung Georgs VI. im Mai 1937 dar. Beck und Gamelin (*Servir* II, 282 ff.) fanden sich in der Sorge, daß ein Krieg das Ende der europäischen Zivilisation bedeuten würde. „Le bolchévisme seul en profiterait“. Aber auch Gamelins stets sorgfältig gewährte konstitutionelle Korrektheit, die jede politische Verantwortung des Soldaten zu vermeiden suchte, weiter seine dauernde Reserve gegen Präzisierung der französischen Verpflichtungen gegen Polen, seine tödliche Sorge vor jedem Mißerfolg im Beginn eines Krieges zeigen, daß die Lähmung der französischen Armee untrennbar mit dem allgemeinen Dilemma der zwischen Resignation und der Fortwirkung anspruchsvollerer Traditionen der französischen Politik in aussichtsloser Zerrissenheit schwankenden Führer der Armee von 1940 zusammenhängt.

Die militärische Seite der Katastrophe Frankreichs ist vor allem Ausdruck für die Begrenztheit der Kräfte der Nation nach dem Ersten Weltkrieg gewesen. Das dauernde Bewußtsein dieser Schwäche hat seine Sicherheitspolitik in dem zähen Ringen für die Deutschland einengenden militärischen Bestimmungen des Versailler Friedens bestimmt. Demgegenüber beruhte die englische „Abrüstung durch Beispiel“¹⁴⁰⁾ auf einem so stark phlegmatischen Sicherheitsgefühl des Inselstaates, daß erst das Heeresbudget des Schatzkanzlers Neville Chamberlain im Jahre 1932 den Tiefpunkt in der Kurve der englischen Rüstungen bezeichnet hat. Die ersten Mahnungen Baldwins zu realistischer Vorsicht nach dem Wiederbeginn des Rüstungswettlaufes wurden 1934 von der Opposition¹⁴¹⁾ mit der Ablehnung aller Militärausgaben beantwortet. Churchill hat Baldwin den bitteren Vorwurf gemacht, aus wahltaktischen Gründen die Interessen der konservativen Partei über die des Landes gesetzt zu haben. Gewiß trifft es nun zu, daß England seine Abrüstung weit über die Grenze der Sicherheit getrieben hatte, so daß man dies „den bestimmenden Schlüssel“ für seine Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen¹⁴²⁾ hat nennen können. Auch die Irrtümer Baldwins einschließlich der 1935 dramatisch schnell widerlegten, verhängnisvollen Unterschätzung der deutschen Luftrüstung beruhten aber doch auf einer Reihe von durch die Nation weithin geteilten Voraussetzungen. Gerade die Konservativen¹⁴³⁾ sind dem Bedenken zugänglich gewesen, daß Pakte und Konferenzen auf die Dauer nicht Schutz gegen das nationalsozialistische Deutschland gewährleisten würden. Baldwin hat sich immerhin schon 1934 für den Beginn eines stärkeren Ausbaus der Luftwaffe eingesetzt und den Defaitismus eines Sozialisten keineswegs geteilt, der meinte, wenn London drei Nächte hindurch mit Bomben belegt werde, könne nichts eine Revolution verhindern. Der Optimismus Baldwins: No inferiority to any power within striking distance sollte zwar sehr kurzlebig sein, ist aber wahrscheinlich subjektiv ehrlich gewesen. Denn im Gegensatz zu der Beunruhigung von Unterhaus und öffentlicher Meinung nach Hitlers Ankündigung zu Sir John Simon in Berlin (März 1935), daß Deutschland die Parität gegen England in der Luft bereits erreicht habe, meinte die englische Luftwaffe selbst damals noch, daß dies ein bloßer Bluff sei. So konnte der Nachdruck

140) Vgl. Taylor, S. 33 und 61.

141) Sir Samuel Hoare, S. 116.

142) G. M. Young, S. 36/37.

143) Ebenda, S. 178.

der nun sehr langsam einsetzenden englischen Rüstungen¹⁴⁴⁾ noch bis Ende 1938 ganz auf Flotte und Luftwaffe gelegt werden. Über dem allen sollte man aber nicht vergessen, daß Attlee¹⁴⁵⁾ auch jetzt noch die Verteidigungsdoktrin der Regierungen als verhängnisvoll und zum Kriege führend bekämpfte, so daß Baldwin bei einem energischen Vorgehen sehr ernsthaft Rückschläge bei künftigen Wahlen befürchtete.

Das Ergebnis dieses Zögerns war dann allerdings 1938 eine Lage, in der Warnungen der Westmächte nach Berlin im Falle eines Krieges¹⁴⁶⁾ nach Hore-Belisha dem Verhalten eines Mannes verglichen werden konnten, der einen Tiger angreifen wolle, ehe er sein Gewehr geladen habe. Bisher¹⁴⁷⁾ war man überzeugt gewesen, daß Flotte und Luftwaffe als Instrument der englischen Politik im Ernstfall genügen würden, und hatte den Ausbau einer Wehrpflichtarmee nach kontinentalem Muster als einen verhängnisvollen Fehler abgelehnt. Baldwin hat daher bis 1937 diese Lösung so entschieden verweigert, daß Chamberlain noch 1939 größte Scheu hegte, über diese Bindung der Partei einfach hinwegzugehen. Er wie der Leiter des Kriegsamtes, Hore-Belisha¹⁴⁸⁾, fühlten sich außerdem durch die Hartnäckigkeit gehemmt, mit er ein Teil der englischen Generale sich — so mit ihrem tiefen Mißtrauen gegen die moderne Bedeutung der Panzerwaffe — an völlig veraltete Traditionen klammerten. So kam es viel zu spät, wenn Lord Halifax¹⁴⁹⁾ Ende 1938 endlich den Schluß zog, die größte Lehre der Krise von München sei die Feststellung gewesen, daß es unweise sei, eine auswärtige Politik bei ungenügender Waffenstärke treiben zu wollen. Es ist bezeichnenderweise diese Argumentation, die ihn zu jenem Schluß veranlaßte, daß man Rußland im Bösen und Guten als Teil Europas beachten müsse und seine Existenz nicht ignorieren dürfe. Aber dieses Eingeständnis eines ihrer Träger, daß die ganze Politik des Appeasement auf brüchiger Grundlage aufgebaut gewesen sei, kam zu spät, um sie noch vor der Katastrophe zu bewahren. Es hebt auch nicht auf, daß dieser Irrtum nicht nur ein Irrtum der Persönlichkeiten, sondern Folge von Überzeugungen war, die den ganzen Gang der Geschichte seit dem Ende des Ersten Weltkrieges weitgehend bestimmt hatten.

144) Wheeler-Bennett, S. 200—202. — Hoare, S. 120.

145) G. M. Young, S. 194 f.

146) R. J. Minney, S. 146.

147) Für 1937 vgl. ebenda S. 97.

148) Ebenda, S. 55.

149) An Phipps 1. XI. 1938. DBFP III,3 Nr. 285.

Berufsdiplomaten ohne Einfluß

Etwas Ähnliches gilt für die Beantwortung der Frage, welche Rolle für die Jahrzehnte nach dem Ersten Weltkriege die charakteristische und in England besonders stark hervortretende Zurücksetzung der fachkundigen Berufsdiplomatie gegenüber dem politischen Amateur gespielt hat. Lloyd George zu Beginn dieser zwei Jahrzehnte und Chamberlain an ihrem Ende bilden die bekanntesten und dankbarsten Beispiele für den Nachweis dieser Tendenz, die auch in Frankreich eine nicht unwichtige, aber doch begrenzte Rolle gespielt hatte¹⁵⁰⁾. Das persönliche Mißtrauen Neville Chamberlains gegen die Fachleute, voran Vansittart, hat sicherlich die Arbeit des Foreign Office wesentlich erschwert. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß der aus dem Arbeitsministerium kommende Sir Horace Wilson „aus den besten Motiven . . . der schlechteste Berater auf dem Felde der Außenpolitik“¹⁵¹⁾ gewesen ist. Dagegen bereitet das Urteil über die Versetzung Nevile Hendersons von Buenos Aires nach Berlin größere Schwierigkeiten. Es ist daher neuerdings Einspruch gegen seine mitleidig verächtliche Beurteilung als eines bloßen „Nervenbündels“¹⁵²⁾ erhoben und darauf hingewiesen worden, daß er durch Vansittart selbst¹⁵³⁾ für diesen Posten ausgewählt worden sei. Wer die erdrückende Fülle der Dokumente über seine Tätigkeit in Berlin sorgfältig durcharbeitet, wird mit dem zwiespältigen Eindruck scheiden, daß hier Ahnung der wirklichen Gefahr und verzweifelt Widerstreben, dieser berechtigten Einsicht ihr volles Gewicht zuzusprechen, in einem mehr als tragischen Kampfe gestanden haben.

Vansittart selbst ist durch seine Rolle in der Kriegszielfrage während der letzten Jahre des Zweiten Weltkrieges für die deutsche Auffassung fast zu einer Inkarnation des Bösen geworden. Schon als er im Januar 1938 durch Chamberlain in die Rolle eines bloßen diplomatischen Beraters der englischen Regierung verwiesen wurde, atmeten die deutschen Diplomaten auf, weil er nun keine direkten Weisungen an die englischen Auslandsvertretungen mehr geben könne und damit praktisch weitgehend kaltgestellt sei. Immerhin hat aber

150) Zu der Frage im ganzen vgl. noch immer die das Problem der Diplomatie in der modernen Massendemokratie zuerst in lebendiger Übersicht zusammenfassende Arbeit von Gordon A. Craig und Fel. Gilbert, *The Diplomats 1919—1939*. Princeton 1953, vor allem Buch II, S. 311 ff.

151) Mowat, S. 593 ff.

152) Taylor, S. 92.

153) Hoare, S. 274.

auch er im November 1937¹⁵⁴⁾ Berlin gegenüber angedeutet, daß England auf die Dauer den Zusammenschluß Österreichs und Deutschlands für unvermeidlich halte, und nur vor den Gefahren des Putschweges dringend gewarnt. Es ist doch durch die Geschichte nicht eigentlich widerlegt worden, wenn er bereits in einer Denkschrift vom August 1933¹⁵⁵⁾ gewarnt hat, daß die Dynamik der nationalsozialistischen Revolution sehr viel gewaltsamer sein würde als der Faschismus in Italien, und sich daher gegen die von Lord Beaverbrook empfohlene Preisgabe des Bündnisses mit Frankreich zu Wehr setzte. Seine Charakteristik der neuen Lage in Deutschland, die er mit der Entwicklung Rußlands seit 1917, in Parallele setzte — „beide bedeuten die völlige Unterdrückung der Freiheit, beide sind auf dem Terror begründet, beide sind hochfahrende Tyrannis“ — hat die tatsächliche Entwicklung besser vorhergesehen als der Optimismus der Appeaser. Schon damals¹⁵⁶⁾ warnte er, es werde schwer sein, Hitler noch aufzuhalten, wenn er seine erste außenpolitische Runde gewonnen habe. Und ebenso hat er Recht behalten¹⁵⁷⁾, wenn er an die Richtigkeit der späteren Berichte über die Angriffspläne Hitlers geglaubt hat und dringend warnte: „Wir sind furchtbar schwach, wir müssen Zeit gewinnen, um stärker zu werden. Nur mit militärischer Stärke werden wir Hitler aufhalten, und im Augenblick besitzen wir sie nicht.“ Auf jeden Fall stellt auch die von ihm bis 1939 vertretene Linie ein Problem dar, das nicht nur im Lichte der letzten Kriegsjahre beurteilt werden sollte, wenn man nicht gegen die Warnung¹⁵⁸⁾ verstoßen will, Geschichte dürfe nicht rückwärts geschrieben werden, eine Warnung, die nirgends dringlicher ist als für die in der Katastrophe von 1939 endenden Jahre.

Praktisch hat allerdings auch nach englischem Urteil Chamberlain die Außenpolitik der Jahre von 1937 bis 1939 fast diktatorisch bestimmt und selbst Lord Halifax sich im Unterschied zu seinem Vorgänger Eden lange Zeit damit begnügt, die Rolle des „Mechanikers“ für ihn zu spielen. So ist der Premierminister selbst dafür verantwortlich zu machen, wenn einer seiner überzeugtesten Helfer, Sir Samuel Hoare, noch am 10. 3. 1939, kaum eine Woche vor Prag, in öffentlicher Rede das goldene

Zeitalter des Friedens feierte, in dem ein internationaler Fünfjahresplan den Wohlstand Europas¹⁵⁹⁾ auf unerhörte Höhe führen würde, und meinte, daß fünf Männer, die drei Diktatoren und die Premierminister Englands und Frankreichs, sich durch ihre Zusammenarbeit zu ewigen Wohltätern des Menschengeschlechts machen könnten.

Ein verzweifelter Versuch zur Rettung des Weltfriedens

Die heute so leicht greifbare Selbsttäuschung dieses verspäteten Appeasement-Traumes bedeutet freilich auch einen letzten Hinweis darauf, daß diese Haltung nicht nur als partikularer Ausfluß von Kurzsichtigkeit und Blindheit gegen die Wirklichkeiten der Stunde genommen werden sollte. Sie darf nicht nur nach dem Maßstab von Erfolg und Mißerfolg, nicht nur als Unzulänglichkeit der Personen historisch interpretiert werden. Der reine „Realismus“, der diese vergangene Geschichte heute wie eine Schlangenhaut abstreifen und verleugnen möchte, übersieht in solchen Urteilen das Ausmaß der Verflechtung von Realität und Idee in dem Schicksalsweg der Geschichte. Für den Historiker, der im Individuum die allgemeinen Kräfte der Epoche aufzuspüren sucht, bleibt es noch immer eine lohnende Aufgabe, einmal das zu Unrecht gelegentlich unterschätzte, breite Material der Dokumente, etwa zur englischen Außenpolitik des Appeasement, über die persönlichen Tragödien ihrer beiden vornehmsten Vertreter, Neville Chamberlains und Neville Hendersons, eingehend nachzuprüfen und die ganze Zwiespältigkeit ihres Schwankens zwischen stets neuen Ansätzen zu realistischer Erfassung der sie bedrohenden Gefahr und immer neuem Siege der Versuchung festzustellen, dieser Gefahr zu entgehen, indem man sie verleugnete. Schließlich hat man sich auch in London Anfang 1939¹⁶⁰⁾ der Einsicht nicht mehr einfach verschlossen, daß durch die Folgen der eigenen Politik die pax britannica in Mitteleuropa nicht mehr respektiert werde und Großbritannien nicht mehr hoffen könne, der „Polizist Europas“ zu sein. Selbst Henderson gestand schon im Oktober 1938¹⁶¹⁾ in einem Verzweiflungsausbruch zu, daß er nur „niedergeschlagen und mit einem schlechten Geschmack im Munde“ in Berlin arbeite und den Tag seiner Versetzung auf einen anderen Posten begrüßen würde. „Ich wünsche niemals wieder mit Deutschen zusammenzuarbeiten.“

154) ADAP Bd. II, S. 26.

155) Memorandum über die gegenwärtige und zukünftige Lage in Europa. 28. VIII. 1933. DBFP II,5 Nr. 371.

156) Ebenda, S. 55.

157) Hoare, S. 126 f.

158) G. M. Young, S. 143.

159) Wheeler-Bennett, S. 329.

160) DBFP III,3 S. 563.

161) An Halifax 6. X. 1938 ebenda.

Es ist vielleicht die beste Verteidigung dieser Politik, wenn Chamberlain im Stadium der spät beginnenden und um so drückenderen Unsicherheit über das Ergebnis seiner persönlichen Bemühungen im Januar 1939¹⁶²⁾ gemeint hat, wenn der Krieg einmal begonnen sei, könne man niemand sagen, wann oder wo er halt machen würde. Man hat darauf hingewiesen¹⁶³⁾, daß England seit dem Streit des ersten Jahrzehntes nach 1900 über die radikale Gesetzgebung der Liberalen politisch niemals so zerrissen gewesen sei, wie durch die Debatte über den Vertrag von München, der nicht nur von Liberalen und Arbeiterpartei, sondern auch von einer zunehmend starken Gruppe der Konservativen im Gegensatz zur Mehrheit von Unterhaus und Nation von Anfang an als demütigende Kapitulation kritisiert worden ist. Chamberlain hat sich im

Augenblick gegen diese Kritik hartnäckig verschlossen und selbst im März 1939 noch gezögert, die Widerlegung seiner Hoffnungen durch Adolf Hitler als völlig unwiderrufliche Tatsache zu akzeptieren. Aber in dieser seiner persönlichen Schranke ist zusammen mit seinem tragischen, offenen Geständnis bei Kriegsausbruch, daß nun sein ganzes Lebenswerk in Trümmer geschlagen sei, erst die ganze Doppelseitigkeit des historischen Problems enthalten, daß über die Einzelheiten des Verlaufs hinaus doch wohl ein notwendiges Phänomen der revolutionären Entwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen ist. Die Geschichte dieses halben Jahrhunderts würde nicht nur unvollständig, sondern auch ärmer gewesen sein, ohne die Irrtümer dieser verzweifelten Versuche zur Rettung des Weltfriedens in einer Generation, die von 1914 bis 1919 das Erlebnis des modernen Krieges zum ersten Male in seiner ganzen Schwere durchgemacht hatte.

162) 12. I. 1939. DBFP III,3 Nr. 500.

163) Wheeler-Bennett, S. 296.

„Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoßlegende“ im Wandel von vier Jahrzehnten

Die Geschichte der „Dolchstoßlegende“ und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der ihr zugrunde liegenden Vorstellung vom deutschen Zusammenbruch im Jahre 1918 ist ein aufschlußreiches Beispiel für Aufgabe, Bedingungen und Auswirkungen zeitgeschichtlicher Forschung. So liegt es nahe, das Thema des Verhältnisses von *Geschichte und Gegenwartsbewußtsein* gerade an diesem Beispiel aufzunehmen, um damit zugleich zur Erörterung von grundsätzlichen Fragen beizusteuern, denen Hans Rothfels sich im vergangenen Jahrzehnt wiederholt zugewandt hat¹⁾. Während im allgemeinen die Größe der Distanz dem Historiker Probleme aufgibt, muß er sich im Grenzbereich der Zeitgeschichte mit dem Fehlen zeitlicher Distanz — der Aufhebung jener im Gesamthema ausgedrückten Spannung — auseinandersetzen: Ist hier die Wechselwirkung zwischen Gegenwartsbewußtsein und Geschichte nicht so intensiv, daß dadurch die Möglichkeit historischer Forschung in Frage gestellt wird?

In der bisherigen Erörterung unseres Beispiels galt das Interesse fast ausschließlich der einen Richtung der Wechselwirkung, dem „verhängnisvollen Einfluß“ der „Dolchstoßlegende“ auf die deutsche Geschichte. Nach verbreiteter Ansicht wurde die These, daß der Zusammenbruch im Jahre 1918 allein auf Zersetzung und Verrat zurückzuführen sei, im innenpolitischen Kampf der zwanziger Jahre böswillig mißbraucht; eine falsche Aussage über einen historischen Vorgang wurde dadurch selbst zum „Dolchstoß in den Rücken des neuen Staates“²⁾. Als ebenso verhängnisvoll gilt, daß die „Dolchstoß“-Vorstellung — von der Propaganda genährt, von den Historikern nicht wirksam genug bekämpft — das deutsche Volk daran gehindert habe, seine historische Lage richtig einzuschätzen, das heißt sich bewußt zu werden, daß Deutschland mit dem Ende des Ersten Weltkrieges in die Rolle einer zweitrangigen Macht verwiesen war.

Die andere Richtung der Wechselwirkung ist bisher nicht näher untersucht worden, die Frage also, was das jeweilige Gegenwartsbewußtsein für Entstehen und Wandlungen der „Dolchstoß“-Vorstellung und für die wissenschaftliche Diskussion bedeutete. Die Parallelität von Legende und Forschung ist dabei für uns von großem Vorteil, da über die Veränderungen, die allein auf das Konto politischer Tendenz oder bewußter Anpassung an Tagesbedürfnisse kommen, die Geschichte der Legende Aufschluß geben kann. Wichtiger ist aber das beiden Bereichen Gemeinsame; mit gewissen Abstufungen dürfte für viele Zeitgenossen, für Historiker wie Propagandisten, gelten, was Fritz Ernst³⁾ beobachtet hat: man finde nicht selten Menschen, die „bis 1933 mit ‚Dolchstoß‘ in Bausch und Bogen operierten“, während sie nach 1945 mit der gleichen Entschiedenheit diese Behauptung als „Legende“ ablehnten. Doch wird es im folgenden noch um anderes gehen müssen als um Erscheinungen, die man allein auf politischen Opportunismus zurückführen könnte.

Die jüngst mit Recht geforderte⁴⁾ umfassende Untersuchung der „Dolchstoß“-Frage — der Vorstellung und der Legende — ist in dem hier gesteckten Rahmen nicht möglich^{4a)}. Obwohl es auch für diesen vorläufigen Versuch unerläßlich ist, einzelne Phasen ihrer Geschichte und insbesondere die Entstehung des Schlagwortes zu untersuchen, und obwohl wir hoffen, auch hierbei über das bisher Bekannte hinauszuführen und manche Irrtümer richtigzustellen, kann daher unser Ergebnis nicht so sehr in abschließenden Antworten für dieses Beispiel liegen als in Fragen, die sich für die grundsätzliche Problematik zeitgeschichtlicher

3) Zum Ende des Ersten Weltkrieges. In: *Die Welt als Geschichte*, 17. Jg. (1957), S. 61.

4) Fritz Ernst, ebd. S. 65, Anm. 6. Im Unterschied zur sonstigen Literatur weist sein Aufsatz auch auf die besonderen Bedingungen für die Entstehung der „Dolchstoß“-Vorstellung hin.

4a) Kurz vor Abschluß der letzten Korrektur erschien von marxistisch-leninistischer Seite eine erste umfassende Untersuchung: Joachim Petzold, *Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienste des deutschen Imperialismus und Militarismus* (= Schriften des Instituts für Geschichte an der deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I, Bd. 18) Berlin 1963. Auf sie konnte nur noch kurz eingegangen werden (vgl. insbes. unten Anm. 112a).

1) Vgl. Sinn und Aufgabe der Zeitgeschichte, in: *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, Göttingen 1959, insbes. S. 11—15; für die „Geschichte als Faktor in Entscheidungen der Gegenwart“: *Der handelnde Mensch in der Geschichte* (= Dortmund Vorträge Heft 43), 1960.

2) Albert Schwarz, *Geschichte der Weimarer Republik* (Handbuch der deutschen Geschichte, hrsg. von A. O. Meyer - O. Brandt - W. Just, IV. 3), Konstanz 1958, S. 57.

Untersuchungen und Wertungen aus diesem Einzelfall ergeben.

Die gestellte Aufgabe zwingt dazu, sich von den bisher vorherrschenden, an sich durchaus berechtigten Gesichtspunkten einer Vorgeschichte der „Dolchstoßlegende“ — wenn nicht gar des Dritten Reiches oder des Zweiten Weltkrieges — zu lösen und zunächst die Situation zu klären, in der das „Dolchstoß“-Bild entstanden ist. Aus dem gleichen Grund

sei auch darauf verzichtet, einen kritischen Überblick über die vielfältigen Bedeutungen, die das Schlagwort im Laufe der Zeit erhalten hat, voranzustellen, so nützlich das für eine erste Klärung sein könnte. Ebenso wie der Wandel in der Beurteilung der historischen Vorgänge wird uns auch der Wechsel der Bedeutung des Wortes — sein Schicksal in Politik und Geschichtswissenschaft — später beschäftigen.

Das „Dolchstoß“-Erlebnis im November 1918

Gehen wir von der Frage aus, wann und wo zum erstenmal öffentlich das Wort „Dolchstoß“ auftaucht⁵⁾. In einer Versammlung am 2. November 1918 in München rief der Reichstagsabgeordnete der Fortschrittspartei Ernst Müller-Meinungen nach seiner eigenen, durch einen Zeitungsbericht⁶⁾ weitgehend bestätig-

ten Schilderung⁷⁾ unter „ohrenbetäubendem Radau“ radikaler Sozialisten: „Solange die äußere Front hält, haben wir die verdammte Pflicht zum Aushalten in der Heimat. Wir müßten uns vor unseren Kindern und Kindeskindern schämen, wenn wir der Front in den Rücken fielen und ihr den Dolchstoß versetzten.“ Besonders wertvoll ist uns diese bisher nicht genügend beachtete Äußerung⁸⁾, weil der Redner die Lage Deutschlands durchaus realistisch schildert, dabei auch ausdrücklich die Verantwortung der Obersten Heeresleitung für das Waffenstillstands- und Friedensangebot festhält, dann aber doch vor der drohenden Revolution des Bolschewismus — Kurt Eisner hatte sie in der Versammlung angekündigt — eindringlich warnt⁹⁾: Die Heimat dürfe „unseren Feldgrauen“ nicht „das Rückgrat brechen“, von ihr sei als Dank für die Opfer der Front der „Schwur“ zu fordern, daß sie ihr „nicht in den Rücken falle“. Dieses Denken im Sinne des Durchhaltens war nicht vereinzelt und auch keineswegs auf militärische oder nationalistische Kreise begrenzt; am 6. November — einen Tag, nachdem das hier noch gefürchtete Ereignis eingetreten war und dem deutschen Volk bewußt wurde — notierte Gertrud Bäumer¹⁰⁾: „Auflösung — und wir *haben* doch noch keinen Frieden! Wehrlos

5) Die von Siegfried Kaehler als früheste literarische Zeugnisse bezeichneten „Dolchstoß“-Äußerungen im Tagebuch des Generalmajors Albrecht v. Thaer (Generalstabdienst an der Front und in der OHL [= Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Phil.-Hist. Klasse, 3. Folge, Nr. 40], hrsg. v. Siegfried A. Kaehler mit H. Rönnefarth, Göttingen 1958) können hier nicht verwertet werden, da ihre Echtheit nicht gesichert ist. Wie die Herausgeber an einigen zweifelsfreien Stellen — aber nur an diesen — anmerken, hat Thaer bei der nach 10 Jahren angefertigten Abschrift in den Text seiner Tagebücher Sätze eingefügt, ohne das immer ausdrücklich anzugeben. Wenn nun in einer Eintragung von der Jahreswende 1918/19, die einen erst seit 1926 möglichen Satz enthält (vgl. S. 287 Anm. 352), auch die Sätze stehen: „Hat Herr Ebert nicht jetzt vor einem Jahr seine Leute zum Munitionsarbeiterstreik aufgerufen? Nannte Hindenburg das nicht Dolchstoß von hinten? Und nicht mit Unrecht?“, dann ist es nach Thaers Abschreibetechnik denkbar, zumindest nicht ausgeschlossen, daß der Satz über Hindenburg auf dessen bekannte Aussage vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung im November 1919 (s. u. Anm. 60) anspielte. Gegen zwei frühere „Dolchstoß“-Stellen in Thaers „Tagebuch“ bestehen zusätzliche Bedenken: der Ausruf „Dolchstoß!“ am 7. November (S. 254) wirkt wegen des Wechsels im Bild nach dem Satz: „Der geliebte Pöbel . . . wird uns das Kreuz brechen“ eigentümlich angeklebt; die Frage am 15. November „Ist das nun Dolchstoß oder nicht?“ und die ironische Antwort „Nein, beileibe nicht!“ (S. 272) setzen eine Diskussion voraus, die in dieser Zeit wenig wahrscheinlich ist, abgesehen davon, daß hier „Dolchstoß“ schon in sehr übertragenem Sinn (Verrat operativer Pläne durch einen Soldaten des Hauptquartiers) gebraucht wird. — Ähnliche Einwände gegen die Echtheit dieser Stellen bei J. Petzold (wie Anm. 4a), S. 32, Anm. 19.

6) Münchener Neueste Nachrichten, Nr. 555 vom 3. Nov. 1918 (mit Fortsetzung in Nr. 556). Der Bericht hat nicht das Wort „Dolchstoß“, aber die sinn gemäßen Wendungen „das Rückgrat brechen“, „in den Rücken fallen“ (vgl. Text bei Anm. 9).

7) Ernst Müller-Meinungen: Aus Bayerns schwersten Tagen, Berlin/Leipzig 1923, S. 27.

8) Ein Hinweis auf sie in den Süddeutschen Monatsheften (Jg. 21, Heft 8), Mai 1924, S. 93, ist von den Gutachtern für den Untersuchungsausschuß des Reichstags — vgl. Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 (= Das Werk des Untersuchungsausschusses Reihe IV, im folgenden zitiert: WUA IV), Bd. 5 u. 6, Berlin 1928 — und der späteren Literatur nicht beachtet worden. Siegfried A. Kaehler, Neuere Geschichtslegenden und ihre Widerlegung, jetzt in: Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1961, S. 405, Anm. 11, erwähnt Müller-Meinungen, geht aber nicht auf ihn ein.

9) Wie Anm. 6.

10) „Tagebuch“ vom 6. Nov., veröffentlicht in „Die Hilfe“ vom 14. 11. 1918 (Nr. 46, S. 540).

werden, wenn es nur noch um Tage der Behauptung gegangen wäre!" Was bei Müller-Meinigen nur eine Befürchtung ausgedrückt hatte, diente schon wenige Tage später zur Feststellung und Bewertung einer inzwischen vollzogenen Tat: am 9. November veröffentlichte die „Deutsche Tageszeitung“ einen „Feldpostbrief“¹¹⁾, in dem ein „bayerischer Soldat“ an seine Mutter schreibt, bei allem Pflichtbewußtsein einer Armee könne man nicht erwarten, daß sie „sich gegen einen mehrfach überlegenen Feind erfolgreich weiterschlägt, wenn die Heimat ihr so in den Rücken springt“.

Der in diesen Äußerungen enthaltene Vorwurf gilt einer Tat, durch die das Weiterkämpfen verhindert werden sollte. Auch wer auf Grund seiner Kenntnis der Lage bei den Alliierten und seiner Einschätzung ihrer Mentalität im Augenblick des sich ankündigenden Sieges¹²⁾ daran zweifelt, daß eine Forsetzung oder Wiederaufnahme des Kampfes irgend etwas an den Waffenstillstands- und den späteren Friedensbedingungen gemildert hätte, sollte Verständnis dafür haben, daß Teile des Feldheeres und des Volkes in der Heimat auf Grund ihrer damaligen Kenntnis die Aussichten eines weiteren Kampfes anders beurteilten und daher aus ihrer Perspektive heraus die revolutionären Ereignisse als ein „In-den-Rücken-Fallen“, als „Dolchstoß“, empfanden. Gerade bei harten Kämpfen mit unglücklichem Ausgang wird man immer wieder beobachten können, daß das Bewußtsein, selbst durchgehalten und damit das Schlimmste verhindert zu haben, leicht dazu verführt, die Ursachen für den ungünstigen Verlauf in der schwächeren Leistung „der anderen“ zu suchen. Gilt das schon zwischen Verbänden innerhalb der kämpfenden Truppe, wieviel mehr konnte ein derartiger Vorwurf im Verhältnis der Front zur Etappe und zur Heimat entstehen. Daß er angesichts des unbestreitbaren Unterschieds in den Lebensbedingungen wie der Lebensgefahr schnell zum Vorwurf des „Verrats“ wurde, kann nicht verwundern. Wie die Nachricht über die Revolution und ihr Zusammenhang mit dem unmittelbar folgenden Waffenstillstand an der Front erlebt werden konnte, zeigt die Ansprache eines Regimentskom-

11) Abendausgabe (Nr. 572). — Für unsere Fragestellung behielte die Formulierung auch dann ihren Wert, wenn es sich bei ihr um eine Arbeit der Redaktion handeln sollte.

12) Fritz Ernst (wie Anm. 3. S. 25) spricht einleuchtend von einem „Kippmoment“, in dem bei den Siegern die Überzeugung vom endgültigen Sieg die eigene Schwäche überwunden habe.

mandeurs¹³⁾ am Tage des Waffenstillstands: „Diesen Augenblick, wo der Feind uns vorn an der Gurgel saß“ —, so heißt es nach einem Rückblick auf sieben Wochen schwerer Rückzugskämpfe gegen eine täglich wachsende Übermacht —, „benutzten Verräter in der Heimat, von selbstüchtigen Verführern aufgehetzt, um uns das Messer in den Rücken zu stoßen.“ Sie hatten die Bahnen und Rheinbrücken besetzt und damit der Front den Nachschub abgeschnitten — das war für das Feldheer „Verrat“, nicht obwohl, sondern gerade weil die Lage so verzweifelt war.

In den folgenden Wochen finden wir die Vorstellung und das Wort „In den Rücken fallen“ weit verbreitet. So schreibt am 28. November der damalige Major im Generalstab Ludwig Beck in einem Brief¹⁴⁾: „Im schwersten Augenblick des Krieges ist uns die — wie ich jetzt keinen Moment mehr zweifle — von langer Hand vorbereitete Revolution in den Rücken gefallen.“ Über die historische Wirkung dieser Tat sagt er nach einer sehr nüchternen Beurteilung der Lage: „Aber eines hätten wir noch gekonnt bei voller Mitarbeit der Heimat: uns auf einer kürzeren Linie — sei es Antwerpen-Metz oder Lüttich-Metz — erneut zum entscheidenden Widerstand stellen und erneut unseren Gegner vor die Wahl stellen, ob er gleich Frieden machen wollte oder den Krieg noch bis 1919 verlängern.“ Von ganz anderem Standpunkt aus gebraucht der Kieler Professor der Medizin W. Birk am 18. Dezember in den Blättern der Tübinger Burschenschaft

13) Ansprache des Majors Graf zu Eulenburg. Die frei gehaltene Rede wurde auf Wunsch einiger Offiziere noch am 11. November in einem Diktat festgehalten, das dem Offizierkorps vervielfältigt überreicht wurde (hiernach abgedruckt: Nachrichtenblatt Nr. 33 des 1. Garderegiments z. F. vom 15. 11. 1928, ferner: Das Erste Garderegiment zu Fuß im Weltkrieg 1914—18, Berlin 1934, S. 278 ff.). Dem Verf wurden der Vorgang selbst und die Überlieferung des Wortlauts durch folgende Zeugen bestätigt: Prinz Albrecht v. Hohenzollern (NAMEDY), Frhr. v. Buttlar (Bad Godesberg), M. Grimminger (Köln).

14) W. Foerster, Generaloberst Beck, München 1953, S. 16. Beck zu dem „in die Millionen gehenden Kreis gutgläubiger ‚Adressaten‘“ der Legende zu rechnen (so A. Schwarz, wie Anm. 2, S. 25), ist abwegig; er hat selbst die Revolution als „Dolchstoß“ erlebt. Seine in diesem Zusammenhang oft erwähnte Ansprache bei der 125-Jahr-Feier der Kriegsakademie am 15. Okt. 1935 (Militärwochenblatt 1935, Sonderbeilage) enthielt andererseits nicht die übliche „Dolchstoßlegende“ Wenn er sagte, der Grund für den Verlust des Krieges sei „nicht wie 1806 das militärische Versagen“ gewesen, so verneinte er damit (angesichts des Vergleichsjahres) ein Versagen der Truppenführung; er nannte das Heer auch nicht „unbesiegt“: es sei „mit dem Lorbeer der Unsterblichkeit bekränzt“ heimgekehrt.

„Derendingia“¹⁵⁾ das gleiche Bild: für ihn ist die Marinemeuterei in Kiel „dem Vaterland in den Rücken gefallen“. Dabei erhöht den Wert dieses Zeugnisses für unsere Fragestellung die Tatsache, daß er nicht einseitig gegen die Aufrührer Partei nimmt, sondern seinen Vorwurf auch gegen die leitenden Persönlichkeiten der Marine und das „mit Blindheit geschlagene“ Offizierskorps richtet, das „auch in des Vaterlandes Unglück immer nur auf das Wohlleben der eigenen Person bedacht“ gewesen sei.

Ein Artikel der Neuen Zürcher Zeitung

Stärkere Verbreitung in der Presse fand das „Dolchstoß“-Bild allerdings erst mit ausländischer Hilfe und als Auffassung von Ausländern, die an den innerdeutschen Gegensätzen nicht beteiligt waren. Mitte Dezember 1918 referierte die Neue Zürcher Zeitung¹⁶⁾ über zwei Aufsätze eines britischen Generals über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs und schilderte die Beurteilung dieser Frage in der englischen Öffentlichkeit. Der Artikel des Schweizer Korrespondenten schloß: „Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in das Wort zusammengefaßt werden: sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht.“ Dies war — wie wir gesehen haben — für deutsche Leser kein völlig neuer Gedanke, mußte aber als prägnante Formulierung, noch dazu (wie man glaubte) aus dem Munde eines „urteilsfähigen Feindes“ besonders wirken. Es war für sie eine wertvolle Bestätigung, von der gewiß nicht nur der Feldmarschall v. Mackensen sagte, sie sei ihm „leider aus der Seele gesprochen“¹⁷⁾. Daß nicht der General Sir Frederick Maurice, sondern ein Schweizer Journalist die Wendung „von hinten erdolcht“ gebraucht hatte, war für den Leser schwer erkennbar¹⁸⁾, bei der Über-

nahme als Schlagwort bedeutete der Unterschied im übrigen nicht viel¹⁹⁾. Für die spätere Verbreitung war die (irrtümliche) Berufung auf einen „britischen General“²⁰⁾ zwar nicht unwichtig, doch sollte man über diesem Irrtum und über dem späteren Mißbrauch nicht den Inhalt des Artikels vergessen: drei Wochen nach dem Waffenstillstand übermittelte ein Schweizer Journalist — ohne große Sympathie für das zusammengebrochene Kaiserreich — als herrschende Ansicht der englischen Öffentlichkeit die Formel „von hinten erdolcht“ und schränkt sie auch selbst mit keinem Wort ein.

19) Nach seinen Artikeln war Maurice im November 1918 von dieser Auffassung übrigens keineswegs so weit entfernt, wie Lindley Fraser (*Germany between two Wars*, London 1944, S. 17) es mit dem Hinweis auf sein im Herbst 1919 erschienenen Buch „*The last four Months*“, das das Wort „Dolchstoß“ nicht enthalte, wahrhaben will.

20) Die z. Z. herrschende Auffassung über den Beitrag eines anderen britischen Generals zur Entstehung der „Dolchstoßlegende“ ist m. E. nicht haltbar. Die Unterredung Ludendorffs mit dem Chef der britischen Militärmission in Berlin, Sir Neill Malcolm, die im Anschluß an J. W. Wheeler-Bennett (*Hindenburg, The Wooden Titan*, London 1936, S. 238) und Lindley Fraser (wie Anm. 19, S. 16) neuerdings von Siegfried A. Kaehler (wie Anm. 8, S. 320 f.) und K. D. Erdmann (in: *Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte*, 8. Aufl., Bd. 4, S. 117) als Ausgangspunkt der Legende herausgestellt wird, kommt aus mehreren Gründen dafür nicht in Frage. Malcolms Äußerung wird im Unterschied zu der von Maurice in den ersten Jahren nach 1918 nirgends erwähnt; die Unterredung fand in Wirklichkeit auch später statt als bisher angenommen, nicht „bald nach dem Waffenstillstand“ (so m. W. zuerst Fraser a. a. O. in Abwandlung der Erzählung bei Wheeler-Bennett; ferner Kaehler und Erdmann a. a. O. sowie der große Brockhaus, 16. Aufl., Bd. 3, S. 305), was angesichts der Tatsache, daß Ludendorff wenige Tage nach dem 11. November nach Schweden reiste, ohnehin kaum denkbar war, sondern im „Frühsommer 1919“ (so Wilhelm Breucker, *Die Tragik Ludendorffs*, Stollhamm 1953, S. 68, der L. im November 1918 betreute und ihm auch nach dessen Rückkehr aus Schweden nahestand; daß er den Kern des Gesprächs wörtlich übernimmt, ist andererseits in Anbetracht der sonst ziemlich fragwürdigen Überlieferung wichtig). In der Art, wie Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuß (s. Anm. 60) die Äußerung „eines englischen Generals“ als bekannt voraussetzte, konnte er nur die in der Öffentlichkeit schnell aufgegriffene (vgl. Anm. 17, 48, 55, 64), im Plenum der Nationalversammlung kurz zuvor zitierte (vgl. Anm. 59), dem General Maurice zugeschriebene meinen, nicht die Malcolms im Privatgespräch. — J. Petzold (wie Anm. 4a, S. 26 f.) sieht in der auch von ihm widerlegten Malcolm-Version den Versuch Kaehlers, Ersatz für die nicht haltbare Autorschaft von Maurice zu schaffen.

15) Abgedruckt in: WUA IV, Bd. 10, S. 218.

16) 17. Dezember 1918, Nr. 1675, 2. Morgenblatt. Die Artikel des Generals Sir Frederick Maurice, über die die NZZ referierte, waren vom 12. Nov. („Daily News“) und vom 30. Nov. („Star“); die Meldung aus London war mit dem 1. Dezember datiert.

17) August v. Mackensen, *Briefe und Aufzeichnungen*, hrsg. W. Foerster, Leipzig 1938, S. 382 (Brief aus dieser Zeit, der auf Einzelheiten des Artikels über Maurice eingeht).

18) Der Artikel der NZZ trug die Überschrift „Ein englischer General über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs“; ferner war der Schlußabschnitt über die englische öffentliche Meinung eingeleitet mit der Bemerkung: „In anderer Form habe ich so ziemlich überall, in den verschiedensten Kreisen dieselben Ansichten . . . gefunden, wie sie General Maurice aussprach . . .“

Der Überblick über diese Äußerungen ergibt einige gemeinsame Züge. Zum Bild des „Dolchstoßes“ gehört, daß das Opfer vernichtet oder zumindest gelähmt wird. Eine entsprechende Wirkung auf das Feldheer, dessen Kampfbereitschaft dem Wort der deutschen Unterhändler wenigstens noch etwas Gewicht geben sollte, wird überall vorausgesetzt, wo wir dies oder ein sinngemäßes Wort feststellen können. „Wir haben annehmen müssen“, schreibt am 11. November der Major i. G. Jarosch in Kiew in sein Tagebuch²¹⁾, „und müssen auch den uns angedrohten ‚Rechtsfrieden‘ annehmen. Wer sich selbst wehrlos macht, kann es nicht anders erwarten.“ Kronprinz Ruprecht von Bayern ist am 10. November²²⁾ der Überzeugung, die Bedingungen wären „nie so schmachvoll und so vernichtend ausgefallen, wüßten unsere Gegner nicht, daß in ganz Deutschland die Revolution zum Ausbruch gelangt ist — eine Revolution im Augenblicke der Verhandlungen mit dem Feinde! Man greift sich an den Kopf, ob solcher Verblendung“. Doch wird die Wirkung keineswegs nur von militärischen Führern so eingeschätzt. Max Weber verurteilte²³⁾ die Revolution, weil „sie Deutschland die Waffen aus der Hand geschlagen“, dadurch die amerikanische Hilfe für Frankreich entbehrlich gemacht und damit Wilsons mäßigen Einfluß ausgeschaltet habe. Auch Ernst Troeltsch, der als einer der frühesten Bekämpfer der Dolchstoßlegende²⁴⁾ gewiß unverdächtig ist, stellte noch Ende 1918 fest²⁵⁾: „Schon der Waffenstillstand wäre ohne sie (die Revolution) nicht so entsetzlich gewesen.“

Mit der Wahl der Bilder „Dolchstoß“ oder „In den Rücken fallen“ ist in diesen Wochen auch zweifellos der Vorwurf niedriger, ja verräter-

ischer Gesinnung verbunden — auch der Schweizer Journalist läßt keinen Zweifel darüber, daß die britische Öffentlichkeit die deutsche Heimatbevölkerung und insbesondere die Marine wegen ihres Verhaltens verachte. Wer noch unsicher war, ob Schwäche oder Verrat vorlag, wurde von den „Verrätern“ selbst oder von ihren Hintermännern belehrt, so, wenn Tschitscherin in einem Aufruf der Sowjetregierung an die Soldaten der Entente am 12. November feststellte²⁶⁾: „Der preußische Militarismus wurde zermalmt, nicht durch die Geschütze und Tanks des verbündeten Imperialismus, sondern durch die Erhebung der deutschen Arbeiter und Soldaten.“ Wieviele wollten die Revolution, nachdem sie Erfolg gehabt hatte, „gemacht“ haben! Mit der Einberufung einer „Versammlung der Urlauber und Deserteure Berlins“ zum 30. November²⁷⁾ wurden Drückebergerei und Fahnenflucht nun als verdienstvolle Tat in Anspruch genommen.

Schon tagespolitische Erfordernisse führten zur Suche nach Schuldigen; wer sich behaupten wollte, mußte Kräfte und Methoden der Revolution kennzeichnen. Major Jarosch, für den die sowjetrussischen Vertretungen in Kiew und Berlin schon seit langem „trojanische Pferde“ gewesen waren, ist am 10. November überzeugt²⁸⁾: „Die Drachensaat ist aufgegangen.“ Auch der Generalstabsoffizier Beck²⁹⁾, der keineswegs nur „Verrat“ für den Zusammenbruch verantwortlich macht, sondern sich über Fehler der deutschen Führung, auch Ludendorffs, und über die unmittelbare und mittelbare Wirkung der elementaren Kriegsnöte durchaus im klaren ist, erklärt doch einen großen Teil der „Mißerfolge seit dem 15. Juli“ damit, daß das Heer „in der Heimat seit Monaten revolutionär bearbeitet worden“ sei. „Der Gesamtorganismus war nicht mehr gesund, es waren zu viele Bazillenträger durch den Nachersatz hereingekommen.“ Für Ernst Troeltsch³⁰⁾, der die Vorgänge mehr aus der Distanz betrachtete, stand ebenfalls eine Organisation „unzweifelhaft hinter allem“, wobei er den „Russen“ und den „Unabhängigen“ eine große Rolle zuschrieb. Wer behauptete, das Heer sei seit

21) Das Original wurde dem Verf. von Frau Jarosch v. Schweder (München) zur Verfügung gestellt. Am 9. November schreibt Jarosch: „Leider Gottes hat man auf Grund der Vorgänge daheim sich daran gewöhnen müssen, all das (Ablehnung oder Annahme des Waffenstillstands) hinter der großen Frage zurückzustellen, ob es gelingen wird, den Sturz in die Anarchie aufzuhalten.“

22) Mein Kriegstagebuch, Berlin 1929, Bd. 2, S. 475.

23) Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890—1920, Tübingen 1959, S. 293.

24) Vgl. Spectator-Briefe, Tübingen 1924, S. 53: „Man hörte wieder die Anklagen gegen die Regierung, die sich von Wilsons Friedensphrasen habe betören lassen und um ihretwillen einen schon fast errungenen Sieg preisgegeben habe. Die ganze Legende kam wieder hoch, daß nur die Flaumacher der Heimat, die Juden und die Sozialdemokraten dem stolzen Heer das Rückgrat gebrochen hätten . . .“ (23. Mai 1919).

25) Am 30. Dezember 1918, abgedruckt ebd. S. 29.

26) Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 371 ff., korrekt nach: „Die Freiheit“, Nr. 1, vom 15. 11. 1918.

27) Vgl. Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 11, vom 26. 11. 1918.

28) Tagebuch (wie Anm. 21).

29) W. Fester (wie Anm. 14), S. 27.

30) Wie Anm. 25.

langem unterwühlt worden, erhielt von der Gegenseite schnell Unterstützung durch einen Wettlauf um die Priorität revolutionärer Aktionen: seit mindestens 1916, so konnte man wiederholt auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 18. Dezember hören³¹⁾, war für einen revolutionären Umsturz gearbeitet worden.

Wie diese Zeugnisse aus den ersten Revolutionswochen erkennen lassen, entstehen die beiden verwandten Bilder „Dolchstoß“ und „In den Rücken fallen“ aus der Beobachtung der Revolution und dem Versuch, ihre Bedeutung für diese Schlußphase des Krieges zu charakterisieren. Mit ihnen soll ausgedrückt werden, daß das Ergebnis der Revolution das Feldheer daran gehindert hatte, im Interesse erträglicher Friedensbedingungen weiterzukämpfen. In diesem Sinne finden wir das Bild bei dem Fortschrittsparteiler Müller-Meinigen, bei den Offizieren Graf Eulenburg und Beck, bei dem Burschenschafter Birk, finden es auch — nach dem Bericht des Schweizer Journalisten — in der britischen Öffentlichkeit. Bei keinem dieser Beispiele stoßen wir auf Illusionen darüber, daß es für Deutschland um mehr gehen konnte als darum, einen erträglichen Frieden zu sichern oder — im Urteil der Engländer — mit Anstand den Krieg zu verlieren.

Der „Dolchstoß“-Vorwurf stand im übrigen — wie gegen unsere bisherige Betrachtung einzuwenden ist — nicht isoliert, sondern im Zusammenhang vielfältiger Überlegungen über die Vorgeschichte der revolutionären Ereignisse und über das Verhältnis von Front und Heimat. Die politische Aktualität dieser Fragen konnte dabei — ohne daß Propaganda, von der später zu sprechen ist, beteiligt sein mußte — zu Unklarheiten und Verwischungen führen. Was das Bild an moralischer Verurteilung ausdrücken sollte, galt auch bald der verräterischen Gesinnung bei vorbereitenden Handlungen, deren Wirkung der eines Dolchstoßes eigentlich nicht gleichgesetzt werden konnte. Und andererseits wurde das Bild — sachlich zu unrecht, doch immerhin erklärbar — auch auf das übertragen, was ähnlich gewirkt hatte, ohne daß Verrat dahinterstand.

Die Vorwürfe über ein Versagen der Heimat gehören in diesen Zusammenhang. Zwar wurden sie später meist der „Dolchstoß“-Anklage gleichgesetzt, doch hätte es dafür, daß dieses Bild auftauchte, schon am Vorwurf verräterischer Absicht gefehlt. Das gilt nicht nur für einen Brief Groeners vom 1. November an

den Vizekanzler v. Payer³²⁾, in dem er von der „Gefährdung der Kampfkraft unserer Truppen durch die Ereignisse in der Heimat“ spricht, oder für seine Äußerungen im Kriegskabinetts am 5. November³³⁾: „Was wir von der Heimat erwarten, ist nicht Kritik und Polemik, sondern Stärkung und Stählung von Herz und Seele. Wenn nicht schleuniger Wandel geschieht, richtet die Heimat das Heer zugrunde“, und: „Der schlimmste Feind, dessen sich das Heer zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus.“ Es gilt auch für Feststellungen wie die der Evangelischen Kirchenzeitung vom 20. Oktober³⁴⁾: „Zusammenbruch hinter der Front — nicht Zusammenbruch unserer Heldenfront. Das ist das erschütternde Ereignis der letzten Tage... Die Heimat hat nicht durchgehalten“, und gilt sogar für Ludendorffs böses Wort aus den Tagen seiner Waffenstillstandsforderung³⁵⁾: „Ich habe aber S. M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir so weit gekommen sind. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen

32) Abgedruckt bei W. Groener, Lebenserinnerungen, Göttingen 1957, S. 442 f.

33) Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes, 3. Aufl., Berlin 1927 (Dok.-Nr. 100), S. 248. Diese auf der Fahrt von Spa nach Berlin formulierten Sätze richten sich nur gegen Zersetzung durch Propaganda usw. Erst die Nachrichten aus Kiel haben Groener in Berlin zu dem Entschluß geführt, die unmittelbare Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen zu fordern. Auf diese Ergebnisse geht es wohl zurück, wenn er noch 1938 (Lebenserinnerungen, s. Anm. 32, S. 466 f.) feststellen konnte: „Ich bin aber heute noch der Überzeugung, daß wir ohne Revolution an der Grenze Widerstand hätten leisten können; ob die Nerven der Heimat durchgehalten hätten für eine Verteidigung hinter dem Rhein, erscheint mir sehr zweifelhaft; militärisch war sie denkbar.“ — Mit welchen Mitteln noch 1958 in dieser Frage gearbeitet wird, zeigt das Buch von Ludwig Ritter v. Rudolph. Die Lüge die nicht stirbt (Nürnberg 1958, S. 32). Dort werden aus Groeners Vortrag Teile zitiert mit dem Kommentar, von „politischer Unterwühlung“ wisse er hier noch nichts — an Stelle der das Gegenteil beweisenden Sätze werden kurzerhand Auslassungspunkte gesetzt!

34) Zitiert bei Gottfr. Mehnert, Evangelische Kirche und Politik 1917—1919, Düsseldorf 1959, S. 85. Erst die Äußerung in der folgenden Woche (27. 10.) enthält einen, dann gleich sehr massiven Vorwurf des Verrats.

35) Tagebuch v. Thaers vom 1. 10. 1918 (Generalstabsdienst, wie Anm. 5), S. 235. Für den Zusammenhang von Politik und Kriegführung bei Ludendorff vgl. jetzt den von der bisherigen kriegsgeschichtlichen Literatur durch Unabhängigkeit sich unterscheidenden Aufsatz von Hans Meier-Welcker, Die deutsche Führung an der Westfront im Frühsommer 1918 (Die Welt als Geschichte, 21. Jg., 1961, S. 164—184).

31) Z. B. Richard Müller am 16., Ledebour am 17. 12.; abgedruckt: WUA IV, Bd. 5, S. 116 ff.

werden muß." Er dachte hierbei nicht an Verrat, sondern an Schwäche des Verteidigungswillens und Illusionen über eine Verständigungsbereitschaft der Feinde. Aus der gleichen Grundhaltung, die sich im Streit um die Kriegführung bis 1914 zurückverfolgen ließe, hatte Oldenburg-Januschau, der die starken Töne bevorzugte, schon im Februar 1918 gesagt, mit der „niederträchtigen Friedensresolution“ sei man „der Armee in den Rücken gefallen“^{35a)}. Doch im allgemeinen verurteilte man erst in der zugespitzten Situation im Oktober 1918 „Schwäche“ so scharf, und da andererseits diese Vorwürfe — beabsichtigt oder nicht — wie die des Verrats dazu beitrugen, die Verantwortlichkeit für die Niederlage zu verschieben³⁶⁾, argwöhnten die politischen Gegner hinter jeder Behauptung des „Versagens“ auch den Vorwurf des „Dolchstoßes“.

„Im Felde unbesiegt“

Die Entstehung eines anderen Schlagworts, bei der jedes Ubelwollen gegenüber den neuen Machthabern von vornherein ausscheidet, kann zeigen, wie die „Dolchstoß“-Vorstellung von der allgemeinen Stimmung der Revolutionswochen begünstigt wurde. Es war keine Ausnahme, sondern entsprach der Regel, als Friedrich Ebert heimkehrenden Truppen am Brandenburger Tor zurief³⁷⁾: „Kein Feind hat Euch überwunden!“ Wie die Formel „In den Rücken fallen“ in der Luft zu liegen schien, so drängte sich in der damaligen Situation offenbar auch das Wort „unbesiegt“ auf, wenn Vertreter der Heimat Frontsoldaten begrüßten. Unterschiede der politischen Überzeugung zeigten sich allein in Abstufungen dieser einen Formel: sie reichen von der Feststellung, die der Vollzugsausschuß des Soldatenrats bei der OHL am 21. November den Arbeiter- und Soldatenräten der Heimat nahelegte, die Truppen kämen „nicht als Sieger, aber auch nicht als Besiegte“³⁸⁾, bis zu dem Satz des Kriegsmin-

35a) Rede vor dem Bund der Landwirte (Erinnerungen, Leipzig 1936, S. 195); die gleiche Formel in einem Brief von der Ostfront vom 2. 8. 1917 (ebd. S. 183).

36) In Erkenntnis dieser Tendenz forderten führende Politiker der Mehrheitsparteien schon Anfang Oktober 1918 eine Klärung der Ursachen des militärischen Zusammenbruchs und eine Dokumentation der Vorgänge, die zur Absendung der Note an Wilson geführt hatten; vgl. dazu: Die Regierung des Prinzen Max von Baden, hrsg. von E. Matthias und R. Morsey (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus . . . , I. Reihe, Bd. 2), Düsseldorf 1962, Einleitung.

37) Fr. Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Bd. 2, Dresden 1926, S. 127 (10. Dezember 1918). Der kommentarlose Abdruck dieser Rede in der „Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung“ (Nr. 629, Abendausgabe 10. Dez.) stimmt bis auf die Aus-

nisters Scheüch am 18. Dezember in Berlin: „Mit dem Willen zum Sieg in den Krieg gezogen, kehrt Ihr, wenn wir auch von einer noch nie gesehenen Übermacht erdrückt wurden, doch als unbestrittene Sieger von der Walstatt zurück!“³⁹⁾

Siegfried Kaehler hat in einer kleinen Untersuchung⁴⁰⁾ über das Wort „Im Felde unbesiegt“ festgestellt, daß man von manchen Truppen „wahrheitsgetreu“ sagen konnte, sie seien „nicht besiegt und geschlagen“ heimgekehrt, daß also die Badische Vorläufige Volksregierung am 16. November mit Recht die Truppen der Vogesenfront mit diesen Worten begrüßte. Die Suche nach weiteren Beispielen, zu denen auf jeden Fall der aus Deutsch-Ostafrika heimkehrende General v. Lettow-Vorbeck gehören müßte, führt schließlich zu der Gegenfrage, auf welche Truppen das Wort — wenigstens in dem vordergründigen Sinne, in dem es hier gebraucht wurde — eigentlich nicht zuträfe. Wo hatten die Gegner Deutschlands denn kriegsentscheidende Siege errungen wie Königgrätz oder Sedan, die damals die Vorstellungen von einem wirklichen Sieg beherrschten?

Wie sich an dieser Gegenprobe zeigt, handelt es sich bei der Formel „unbesiegt“ in der damaligen Lage um eine Teilwahrheit, und zwar in doppelter Hinsicht. Wer das Wort auf einzelne Verbände bezieht, vergißt, daß deren Kampf nur in seiner Einordnung in die Gesamtkriegführung des Reichs und seiner Verbündeten sinnvoll war und daß Erfolg oder Mißerfolg daran gemessen werden mußten, was sie im Rahmen der Gesamtaufgabe bedeuteten. Als Urteil über den Kriegsverlauf liegt dem Wort „unbesiegt“ aber außerdem eine Sieg-Vorstellung zugrunde, die dem Charakter des Ersten Weltkriegs — einem Ringen von Völkern und Kräftepotentialen — und seiner möglichen Beendigung nicht mehr entsprach. Nur wenige sahen den Unterschied von Einzelleistung und Gesamtverlauf so

lassung eines hier unerheblichen Satzes („Hunderttausende ruhen . . .“) wörtlich mit dem Text der „Schriften . . .“ überein. Wenn Annelise Thimme darin dennoch eine „tendenziöse Wiedergabe . . . als Bestätigung der Dolchstoßlegende“ zu sehen glaubt (vgl. S. A. Kaehler, Studien . . . , S. 404, Anm. 102), dann zeigt dies eindrucksvoll, mit welchem Maß von Voreingenommenheit die Klärung unserer Fragen auch heute noch belastet ist.

38) Flugblatt; am 24. Nov. als WTB-Meldung (z. B. in: Die Rote Fahne, Nr. 11, 26. Nov.).

39) Nach: Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung Nr. 645, 19. 12. 1918. Im Reichsanzeiger (Nr. 299, 19. 12.) ist nur ein kurzer Auszug der Rede ohne diesen Satz wiedergegeben.

40) Abgedruckt in: Studien . . . (wie Anm. 8), S. 303 ff.

nüchtern wie der Generalleutnant Lequis: „Gesiegt haben wir in allen Himmelsrichtungen, den Krieg haben wir verloren.“⁴¹⁾ Wir können hier nicht weiterverfolgen, zu welcher eigentümlichen Formulierung es in der Folgezeit kam, wenn man an dem zu einem Kriterium „nationaler Gesinnung“ gewordenen Wort „Im Felde unbesiegt“ festhalten wollte und doch die Gesamtniederlage Deutschlands nicht übersehen konnte⁴²⁾, haben uns vielmehr auf die Frage zu beschränken, was dieses Wort zur „Dolchstoß“-Vorstellung beitrug. Zur gleichen Zeit, aber unabhängig vom „Dolchstoß“-Erlebnis der Front entstanden, mußte es unwillkürlich diese These stärken; der Schluß lag nahe: Wenn das Heer nicht besiegt, Deutschland aber trotzdem wehrlos dem Diktat der Feindmächte preisgegeben war, dann mußte die Schuld bei der Heimat liegen. Auch hier begünstigten Worte der Sieger das ohnehin naheliegende Denken im Optativ der Vergangenheit⁴³⁾. Churchills Äußerung: „Wir sind nur gerade durchgekommen“⁴⁴⁾ unterschied sich in der Unklarheit der Siegesvorstellung kaum von dem Wort, das der Vertraute Ludendorffs, Oberst Bauer öffentlich aussprach⁴⁵⁾: Deutsch-

land sei „nur um eine Nasenlänge geschlagen“ worden — als ob die Entscheidung in einem Weltkrieg mit der in einem Pferderennen, einem auf eine einseitige Einzelleistung fixierten Wettkampf, verglichen werden könnte.

Nach dem tiefen Sturz, als den weite Kreise in Deutschland die Ereignisse seit Anfang Oktober 1918 erlebt hatten, lag es nahe, daß gerade die Deutungen des Geschehens, nach denen die Niederlage Zufall war, Glauben fanden. Hierher gehört neben dem Wunschenken, mit dem man die verpaßten Siegeschancen wiederaufleben ließ, auch der Vorwurf gegen „Verräter“, deren Tat den Zusammenbruch erst unausweichlich gemacht hatte. Vielleicht wäre manches von dem, was wir bisher kennengelernt haben, im Laufe der Zeit aus der befangenen Sicht des Augenblicks gelöst, wäre die Berechtigung der Vorwürfe überprüft worden, sobald die Gesamtheit der Ursachen des Zusammenbruchs überblickt werden konnte; ebensogut konnten umgekehrt mit der Entfernung von den Kriegsnöten die Illusionen über vergangene Möglichkeiten noch wachsen. Zu ruhiger Überlegung blieb aber gar keine Zeit.

Die „Dolchstoß“-Propaganda im Revolutionsjahr 1918/19

Die propagandistische Auswertung der „Dolchstoß“-Vorstellung, zu der schon die zitierte Äußerung des Obersten Bauer im Frühjahr 1919 gehörte, hatte wegen der Wahlen für die Nationalversammlung bereits im Dezember 1918 eingesetzt. Für die Bedürfnisse des poli-

tischen Kampfes zurechtgemacht, begegnet uns die These etwa in folgendem Flugblatt⁴⁶⁾:

„Deutsches Volk wache auf!

Vergebens faßt Du Dich an den Kopf, wie ist das alles gekommen? Stand nicht unser Heer noch tief in Feindesland, nach den erstmaligen Rückzügen wieder neu gefestigt und abwehrbereit? Sprachen nicht deutliche Anzeichen von wachsender Not der Feinde, winkte nicht in erreichbarer Nähe die Palme eines ehrlichen und ehrenhaften Friedens?

Warum ist es dazu nicht gekommen?

Weil der Blödsinn einer Revolution uns die Waffen aus der Hand schlug und uns wehrlos und machtlos dem Feinde auslieferte . . .“

Es war aber nicht nur die neugegründete Deutschnationale Volkspartei, die in dieser Weise gegen die Sozialisten arbeitete. In

41) Zur Begrüßung der 5. Gardeinfanteriedivision (Reichsanzeiger Nr. 295, 14. Dez. 1918).

42) Selbst der General Walther Reinhardt, dem es weder an Einsicht noch an Mut fehlte, sprach 1923 von den „ungeschlagenen, aber überwältigten Heeren, die 1918 heimgekehrt“ seien (Offener Brief „An die Kameraden der Regimenter der alten Armee, deren Überlieferungen von den Truppenteilen der 5. Division gepflegt werden“). — Auch ein so kritischer Historiker wie Siegfried Kaehler begleitete 1932 eine Würdigung der historischen Leistung Hindenburgs als Reichspräsident mit dem Satz: „Nur der siegreiche Feldherr war dazu so befugt wie befähigt“ (Rede zur Reichsgründungsfeier am 18. 1. 1932 „Legende und Wirklichkeit im Lebensbild . . . Bülow“, jetzt Studien . . ., S. 240).

43) Über den „historischen Optativ“ vgl. Siegf. A. Kaehler, Der Wunsch als Vater der Historie, in: Deutsche Zeitung u. Wirtschaftszeitung, 19. 3. 1955 (Nr. 22).

44) Zitat aus „Sundy Pictorial“ vom 12. Januar 1919, in der Propaganda häufig benützt.

45) In der Broschüre „Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen?“ (Flugschriften des „Tag“ Nr. 2), Berlin 1919 (vor April), S. 49 u. 62. Vgl. dazu Anm. 59 a

46) Werbeblatt Nr. 28 der DNVP; ähnlich im Werbeblatt Nr. 29 (soweit nichts anderes vermerkt; nach Exemplaren in einer Privatsammlung des Verfassers). — Die offiziellen Aufrufe der DNVP vom 24. 11. u. 27. 12. 1918 enthalten dagegen den Dolchstoß-Gedanken nicht; der vom 27. 12. spricht an einer Stelle von den „unbesiegt heimkehrenden Kriegern“ (vgl. den Abdruck bei W. Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924, Düsseldorf 1956, S. 107—112).

einem Flugblatt des württembergischen Zentrums heißt es ⁴⁷⁾:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat im Verein mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften die Revolution planmäßig vorbereitet und durchgeführt. Wäre die Revolution nicht gekommen, dann wäre Deutschland jetzt nicht so hilflos . . .“

Diese Argumentation sprach an, was — wie wir gesehen haben — viele selbst dachten, auch solche, die durchaus nicht vorbehaltlose Verteidiger der alten Ordnung gewesen waren. Das Wort „Dolchstoß“ ist noch nicht sehr geläufig, immerhin wird im Wahlkampf zur Nationalversammlung die angebliche Äußerung des „englischen Generals Maurice“: „Die deutsche Armee ist von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht worden“ wiederholt zitiert ⁴⁸⁾. Im allgemeinen erscheinen nebeneinander die beiden Grundgedanken: Die Revolution hat Deutschland wehrlos gemacht. Und: Die Front ist seit Jahren von Verrätern unterwühlt worden. Die historische Relevanz der Taten, die man anprangert, wird entsprechend der Art solcher Propaganda gar nicht erörtert: für die Revolution selbst wird die ausschlaggebende Wirkung einfach behauptet, die revolutionäre Zersetzung in der vorangegangenen Zeit wird festgestellt — unter Berufung auf viele Selbstzeugnisse, bei denen eine Äußerung des USPD-Mitglieds Vater in Magdeburg zu kanonischem Ansehen gelangte ⁴⁹⁾ —, und es wird dem Wähler überlassen, den Schluß über die Wirkung selbst zu ziehen.

Es dauerte ein knappes Jahr, bis das Wort „Dolchstoß“ in der später geläufigen, die beiden Grundgedanken vermischenden Bedeu-

47) „Sozialdemokratie oder Zentrum?“, verantwortlich J. Andre, Stuttgart. Druck: Deutsches Volksblatt Stuttgart.

48) Deutschnationales Werbeblatt Nr. 11: „Augen auf! Ohren auf! Der englische General Maurice schreibt . . .“ In der Broschüre (ebenfalls vor der Wahl am 19. 1. 1919) von Richard Kunze „Die Schuldigen. Ein Wegweiser für alle, die nicht aufhören wollen, Preußen und Deutsche zu sein“, heißt es nach Zitaten der Sozialisten Richard Müller (vgl. Anm. 31) und Vater (Anm. 49): „Triumphierend schreibt daher der englische General Maurice in den ‚Daily News‘: ‚Die deutsche Armee . . .“ (S. 13).

49) Im Dezember 1918 hatte der Gastwirt Vater aus Magdeburg, „Exekutivmitglied“ der USPD, in einer Versammlung von Arbeiter- und Soldatenräten geäußert: „Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen. Seit dem 25. Januar 1918 haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet . . .“ (Näheres über Verleitung zur Fahnenflucht, gefälschte Papiere, Geld und Flugblätter). Erste Meldungen darüber: Deutsche Zeitung 15. 12., Korrespondenz der DNVP 19. 12. 1918.

tung allgemein bekannt wurde. Auseinandersetzungen auf verschiedenen Ebenen — im Parlament, in der Presse, in Versammlungen — haben dazu beigetragen. In der Nationalversammlung behauptete am 18. Februar 1919 der Abgeordnete v. Graefe ⁵⁰⁾ die ausschlaggebende Bedeutung der Revolution für das Ausmaß der Niederlage, indem er die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen am 11. November den Äußerungen des Verteidigungswillens in den Reichstagsreden vom 22. bis 26. Oktober gegenüberstellte. Daß in diesem Zeitraum Österreich-Ungarn und die Türkei kapituliert hatten, schien hiernach mit dem schrittweisen Zurückweichen vor den sich steigernden Bedingungen der Feindmächte nichts zu tun gehabt zu haben. Die Bamberger Erklärung des Alldeutschen Verbandes vom 16. Februar 1919 ⁵¹⁾ war noch deutlicher: Der Zusammenbruch falle „gewissenlosen Volksverrätern“ zur Last, „die sich offen als seine Urheber bekannt“ hätten, sowie den „Regierenden“, die nicht den Mut gefunden hätten, „dem drohenden Umsturz entgegentreten“.

Als Anfang Mai die Empörung über die Friedensbedingungen eine neue Welle der Erörterungen auslöste, war die „Dolchstoß“-These schon so ausgebaut, daß Troeltsch jetzt von einer verbreiteten „Legende“ sprechen konnte ⁵²⁾. Die Schrift des Obersten Bauer „Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen?“ ⁵³⁾, der hierfür eine Hauptrolle zukam, war in militärischen Kreisen schnell bekanntgeworden ⁵⁴⁾; in ihr fand man alles, was Zivilisten für die Not der Gegenwart verantwortlich machen konnte: das Versagen der Regierung gegenüber Mißstimmung, Streiks und Drückebergerei, die „Wühlarbeit der Heimat“, die Ära Hertling als „Periode des Winterschlafs“, den „moralischen Zusammenbruch der Heimat“, die Revolution als „Todesstoß“; und schließlich enthält sie auch die Behauptung, daß bei den „kriegsmüden Völkern“ der Entente „kein Mensch die Depression (hätte) aufhalten können“. Auch des britischen Gene-

50) Stenogr. Berichte über die Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Band 326, S. 153 A.

51) Broschüre und Flugblatt (mit Hinweis auf die in Anm. 31 erwähnten Äußerungen).

52) S. Anm. 24; vgl. auch den letzten Satz in Anm. 59a.

53) Vgl. Anm. 45. Bauer äußerte sich auch wiederholt in der Presse, z. B. im sog. roten „Tag“ Nr. 101 vom 13. Mai 1919; auch dort die „Nasenlänge“ (s. o.), der 9. November 1918 als „Fangstoß“.

54) Militärwochenblatt vom 29. 3. 1919 (Jg. 103, Nr. 115), Sp. 2111/12.

rals erinnert man sich in diesen Tagen⁵⁵): der letzte Angriff Fochs hätte „durchaus nicht zur völligen Vernichtung führen“ müssen, „das allein hat, wie General Maurice sehr richtig sagt, der Dolchstoß von hinten besorgt“. Wenn dieser Artikel fortfährt: „Etwas ganz anderes ist es ja, den Ursachen nachzugehen, die zu dem Meuchelmorde führten . . .“, dann zeigt dies, daß es dem Verfasser, einem Offizier, noch nicht darum geht, eine „Lebenslüge“ seines Standes oder überhaupt des Bürtums⁵⁶) aufzubauen.

In den Wochen bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages erscheint das Wort „Dolchstoß“ nun oft⁵⁷): je deutlicher man die „Folgen der Tat“ sah, desto häufiger erhielt das Urteil über sie die Form dieses Bildes; man sah andererseits die These, daß Deutschland habe weiterkämpfen können, bestätigt, als Conrad Haußmann am 12. Mai — natürlich allein, um auf Wilson einen moralischen Druck auszuüben — sagte^{57a}): Wenn man „am 5. und 9. November gewußt hätte, daß der Friede so aussähe, dann würde unser Heer . . . die Waffen nicht niedergelegt und unsere Arbeiter würden ausgeharrt haben“. Ludendorff war das Bild dagegen auch jetzt⁵⁸)

55) Hauptmann Ludwig Drees am 10. Mai 1919, ebd. Nr. 132, Sp. 2439/40. — Am 4. 2. (Nr. 93, Sp. 1667 f.) hatte sich der gleiche Verfasser erheblich vorsichtiger geäußert: „Der Sieg, der unseren Feinden schließlich zufiel, war kein militärischer, wir wissen es alle; an Erschöpfung und aus politischen Gründen aller Art erlag unsere Macht.“

56) Vgl. dazu Helmut Krausnick, Unser Weg in die Katastrophe von 1945 (Bericht über den Kirchentag, Berlin 1961, S. 228).

57) Professor W. Birk (vgl. bei Anm. 15) spricht im Juni 1919 vom „Gefühl einer beispiellosen Empörung über das Verhalten der Marine, die in des Vaterlandes höchster Not dem Landheer den Dolch in den Rücken stieß“ (WUA IV, Bd. 10, S. 220). — Hauptmann Anker in einem Aufsatz „Wie wir den Krieg verloren“ (Militärwochenblatt Nr. 147, 17. 6. 1919, Sp. 2739 f.): „Erfolgte jetzt in Ordnung der Rückzug in die Maasstellung, machten wir von dort aus Vorschläge zu einem Waffenstillstand, gestützt auf ein immer noch kampffähiges Heer, so ist doch sehr zu bezweifeln, ob unsere Feinde die Sprache gewagt hätten, die wir jetzt seit sieben Monaten von ihnen hören müssen, sowie ob sie jemals deutschen Boden betreten hätten. Aber die deutsche Heimat vollendete jetzt die Wühlarbeit der verfloßenen 1½ Jahre mit dem letzten großen ‚Dolchstoß in den Nacken‘ ihrer Armee, mit der Revolution.“

57a) Stenogr. Berichte (wie Anm. 50), Band 327, S. 1093 A.

58) Seine bis Ende Juni ergänzten Kriegserinnerungen kennen es nicht, obwohl in ihnen alle „Dolchstoß“-Erscheinungen erwähnt werden; nur einmal verwendet er das von Bauer gebrauchte Wort „Todesstoß“. — Für die im folgenden erwähnte Unterredung im Zusammenhang mit Plänen des Generals Hoffmann und des Industriellen Rechner vgl. W. Breucker (s. Anm. 20), S. 96.

nicht geläufig; offenbar erst nach dem Friedensschluß griff er in einer Unterredung mit dem Chef der britischen Militärmission Sir Neill Malcolm das „stabbed in the back“ auf.

Durch solche Einzeläußerungen in Artikeln, Broschüren und Privatunterhaltungen war das Wort noch nicht allgemein bekannt, war noch nicht zur Waffe im politischen Kampf geworden. Dazu kam es im Herbst 1919. Am 29. Oktober zitierte der Abgeordnete v. Graefe im Plenum der Nationalversammlung⁵⁹) am Anfang seiner Rede zum Heeresetat die Äußerungen des „englischen Generals Maurice“. Er sprach von dem Bild, das die Sage „als ein immer wiederkehrendes Symbol der deutschen Geschichte vorahnend verkündet habe, und gab der Überzeugung Ausdruck, „der Speer, der von dem Hagen diesem Siegfried von hinten in den Leib gestoßen worden ist“, sei von langer Zeit her geschmiedet worden. Am Ende seiner Rede zeigte Graefe die Legende als politische Waffe: „Der Tag wird kommen“, verkündete er, „wo das Volk dem Hagen fluchen und sich nach dem Siegfried zurücksehnen wird. Wir bekennen uns schon heute zu Siegfried und seinem Geschlecht und seiner kleinen Nachkommenschaft, der vorläufig noch so schwachen Reichswehr, . . . und beneiden nicht diejenigen, die sich an dem Pyrhussieg ihres Hagen freuen zu können glauben.“ Es war nicht böswillige Übertreibung, aber ein bezeichnendes Mißverständnis, als der folgende Redner Graefes angebliche Behauptung zurückwies, „die Armee sei von hinten erdolcht worden, die Revolution habe die deutsche Armee um den Sieg gebracht“. Heftige Proteste von rechts: „Wann hat er von Siegfried gesprochen?“^{59a}), zeigten, daß einer der schärfsten Vertreter der These gar nicht so weit ging, wie ihm hier von seinen Gegnern unterstellt wurde.

Es war eine fast schwach zu nennende Wiederholung Graefes, als Hindenburg drei Wochen später vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung⁶⁰) in einer vor-

59) Stenogr. Berichte (wie Anm. 50), Band 330, S. 3535 BC und 3547 B; auch in: Die Totengräber des Deutschen Reichsheeres (Deutschnationale Flugschrift Nr. 35).

59a) Ebd. S. 3557 B. — Auch Bauer (s. Anm. 45) behauptete trotz seines irreführenden Vergleichs mit dem Pferderennen die Möglichkeit eines Sieges nur für den Herbst 1914 und bestritt sie ausdrücklich für Frühjahr und Herbst 1918. Welche Vertreter einer Siegesthese Troeltsch im Mai 1919 (Anm. 24) meint, müßte noch geklärt werden.

60) Stenogr. Berichte über die öffentl. Verhandlungen des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Nationalversammlung, 15. Ausschuß, Berlin 1919, S. 699—701 (18. 11. 1919).

bereiteten Erklärung seine Klage über den fehlenden Willen zum Siege, über die „heimliche Zersetzung von Flotte und Heer“, über die „revolutionäre Zermürbung“ mit den Sätzen abschloß: „So mußten unsere Operationen mißlingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. Ein englischer General sagte mit Recht: ‚Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.‘“ Da es für ihn hier nach keines Beweises mehr bedurfte, wo die Schuld lag, führte er auch keinen Beweis dafür an. Und doch gab erst der Name Hindenburg dem Schlagwort das Gewicht, das es zu einer wirksamen Waffe in einem politischen Kampf machte, in dem sich der „siegreiche Feldherr“ rechts über den Parteien hielt. In seinen ebenfalls im Herbst 1919 entstandenen Erinnerungen⁶¹⁾ wählte er das geläufige mythologische Bild: „Wir waren am Ende! Wie Siegfried unter dem hinterlistigen Speerwurf des grimmen Hagen,

so stürzte unsere ermattete Front; vergebens hatte sie versucht, aus dem versiegenden Quell der heimatlichen Kraft neues Leben zu trinken“ — Worte, mit denen er dem deutschen Volk in seinem Testament auch noch 15 Jahre später die Niederlage deutete.

Für die Geschichte der „Dolchstoßlegende“, der wir uns nun zuzuwenden haben, bleibt festzuhalten: Es gab viele Menschen — ihre Zahl ist natürlich schwer genauer zu bestimmen —, die den November 1918 in einer Weise erlebt hatten, daß ihnen die Charakterisierung der Revolution als „Dolchstoß“ „aus der Seele gesprochen“ war; mit solchem Erlebnis verbunden konnten viele die „Dolchstoß“-These guten Glaubens vertreten und übernehmen. Dadurch wird unseres Erachtens die starke Wirkung der Legende besser erklärt als durch die verbreitete Vorstellung, es handele sich bei ihr allein um eine Erfindung politischer Spitzbuben.

Die Dolchstoßlegende in den zwanziger Jahren

Vor den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920, dem Abschluß der Revolutionsjahre und zugleich Beginn „normaler“ politischer Verhältnisse, gehörte die voll ausgebildete Dolchstoßlegende zu den häufig gebrauchten Wahlparolen zumindest der Deutschnationalen Volkspartei⁶²⁾. Ein Flugblatt „Der Dolchstoß von hinten“⁶³⁾, das die bisher bekannten, wenig beweiskräftigen Einzelbelege zusammenstellte, zeigt mit seinen Schlußsätzen, daß in der Vergrößerung des Wahlkampfes der Kreis der angeblichen Täter immer weiter gezogen und die Tat als einzige Ursache des gegenwärtigen Elends herausgestellt wurde: „Die Demokraten und Sozialdemokraten haben die Front erdolcht, sie haben damit über unser Volk den Erzbergerschen Schmach, Hunger- und Mordfrieden gebracht. Unser Elend ist ihr Werk. Gebt die Quittung für den Dolchstoß bei den Wahlen!“ Hier wird man gewiß nicht mehr von gutem Glauben sprechen wollen — bei allem Verständnis dafür, daß die Anpassung an die vermeintlichen Bedürfnisse der verabscheuten Massenagitation zunächst zu Mißgriffen führen konnte. Unter den Blüten, die der Eifer bürgerlicher Wahlkämpfer im Lande trieb, ist

für uns ein Stuttgarter Exemplar besonders aufschlußreich. Eine Sonderbeilage der Süddeutschen Zeitung⁶⁴⁾ verarbeitete alle bekannten Einzelbehauptungen in das Frage- und Antwortspiel einer „Schulprüfung im Jahre 2000“: Die Schüler Max und Karl kennen nach acht Jahrzehnten nicht nur den Ausspruch des britischen Generals Maurice und den des vor dem Untersuchungsausschuß auf ihn sich berufenden Hindenburg, nicht nur den großsprecherischen USPD-Führer Vater in Magdeburg und das naive Eingeständnis enttäuschter Hoffnungen durch Conrad Haußmann in der Nationalversammlung, sie verurteilen auch scharf die Schwäche der früheren Reichskanzler und die Illusionen des Prinzen Max. Der Lehrer kann zusammenfassen, „daß die demokratisch-sozialistische Regierung am Unglück des Versailler Friedensvertrages und damit am Unglück Deutschlands schuldig ist. Dies hat auch die Geschichtsschreibung seit Jahrzehnten einhellig festgestellt“. Indem der Parteistandpunkt des Jahres 1920 in ein Schulzimmer des Jahres 2000 verlegt wird, versucht man ihm den Anschein geläuterter Wahrheit zu verleihen.

Das Schlagwort des „Dolchstoßes“ wurde, wie bei seiner Mehrdeutigkeit nicht wunder neh-

61) Aus meinem Leben, Leipzig 1920, S. 403 (Einleitung vom September 1919). Das im folgenden erwähnte Testament wurde am 16. 8. 1934 in der Presse veröffentlicht.

62) Die Propaganda anderer Parteien müßte noch untersucht werden.

63) Werbeblatt Nr 141 (29. 5. 1920) der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle.

64) 22. Mai 1920 (vierseitig, zu Nr. 132): „Deutsches Volk! Erwache aus dem Taumel der Revolutionslügen! Begeistere dich wieder für Wahrheit und Gerechtigkeit! Untersuche die Ursachen deines Elends. Betrachtungen über unsere Zeit im Jahre 2000 — Eine Schulprüfung.“

men kann, in den folgenden Jahren je nach der politischen Entwicklung gegen wechselnde Ziele gerichtet. Die bürgerliche Rechte verlagerte den Schwerpunkt der Angriffe bald deutlich nach links. Hatte das Wort „Dolchstoß der Heimat“ sich bei ihr bisher auch gegen die Regierung — also Bethmann Hollweg und seine Nachfolger — gerichtet, die zu wenig für die Stärkung der deutschen Kraft und nichts gegen Defaitismus und zersetzende Propaganda getan hätten, so tritt diese Kritik — vielfach ja Selbstkritik der bisher führenden Schichten — bald zurück. Dies mag mit der Konsolidierung der innerdeutschen Verhältnisse zusammenhängen und mit der Möglichkeit, eine politische Ordnung ähnlich der vor 1914 wieder anzustreben. Andererseits hatte wohl auch die nun einsetzende kritische Auseinandersetzung mit dem Schlagwort, die uns im folgenden sowohl als Teil des politischen Kampfes wie als Anstoß für die Forschung zu beschäftigen hat, das Ergebnis, daß man den Vorwurf direkt nur noch gegen die Gruppen richtete, denen man verräterische Gesinnung und aktive Beteiligung zutraute. Die Fähigkeit, zwischen den verschiedenen sozialistischen Strömungen zu unterscheiden, war allerdings im bürgerlichen Lager Deutschlands noch nie stark ausgebildet, und in diesem Fall kam ein parteipolitisches Ereignis hinzu, das die „historischen“ Unterschiede noch verwischte: 1922 vereinigte sich die SPD mit Teilen der bisherigen Unabhängigen Sozialdemokraten, zu denen Männer wie Dittmann gehörten, den man für die Revolutionierung der Marine verantwortlich machte. Allein die Tatsache dieses Zusammenschlusses wurde der SPD als nachträgliche Billigung des „Verrats“ ausgelegt⁶⁵⁾.

Aus dieser Lage heraus wird die heftige Reaktion verständlich, welche die beiden „Dolchstoß“-Nummern der Süddeutschen Monatshefte unmittelbar vor den Wahlen im Mai 1924⁶⁶⁾ auslösten. Gegen eine Sammlung von Quellen und Berichten über „die bewußt und absichtlich auf die Zertrümmerung der deutschen Wehrmacht gerichteten Handlungen

65) Vgl. Paul Nikolaus Cossmann in seinem Schlußwort im Münchener Prozeß, abgedruckt E. Beckmann, *Der Dolchstoßprozeß*, München 1925, S. 194. — Im „Politischen Handwörterbuch (Führer-ABC)“ der DNVP (Berlin 1928, S. 719) heißt es: „Haben sie nachher sich nicht auch wieder mit der U.S.P.D. verbrüderet, und begehen sie nicht alljährlich den 9. November als ihren größten Feiertag?“

66) 21. Jg.; Heft 7 (April) „Der Dolchstoß“, Heft 8 „Die Auswirkung des Dolchstoßes“. Das Maiheft erschien, wie die Daten des Redaktionsschlusses zeigen, für die Wahl vorzeitig.

hinter der Front“⁶⁷⁾ war an sich nichts einzuwenden, wenn sie auch der SPD angesichts ihrer neuen Vereinigung unbequem sein mußte. Mit dem Schlagwort „Dolchstoß“ und seiner bildlichen Darstellung — das Titelblatt des Aprilheftes zeigte einen getöteten Soldaten, dem ein Riesendolch im Nacken steckte — wurde jedoch erneut der Streit aufgerührt, ob der „Dolchstoß“ die tödliche Wirkung, die in den Heften selbst vereinzelt behauptet und im übrigen stillschweigend unterstellt wurde, tatsächlich gehabt habe. Obwohl das Bild sich nur auf die eigentlichen Täter bezog, fühlten sich auch Gruppen getroffen, die selbst überzeugt waren, national im Sinne der jetzigen Ankläger gehandelt zu haben. Der mit dieser Veröffentlichung zusammenhängende Beleidigungsprozeß im Herbst 1925, der das Schlagwort noch einmal hochspielte, hatte dann immerhin das Ergebnis, daß die beteiligten Vertreter der „Dolchstoß“-These sie nur noch auf die USPD, nicht mehr auf die SPD anwandten und daß sie deren Tat nicht mehr — wie es einer wörtlichen Auslegung des Bildes entsprochen hätte — als die einzige, sondern nur als eine von mehreren Ursachen des Zusammenbruchs ansahen⁶⁸⁾. Noch wichtiger für die Zerstörung des Bildes war, daß sie an der tödlichen Wirkung nicht mehr festhielten⁶⁹⁾: „Nicht darauf kommt es an, ob die Handlungen gewirkt haben, sondern es kommt darauf an, ob es Handlungen waren, die vom Standpunkt der Moral und Ehre eines Volkes zu rechtfertigen waren.“ Was die politische Agitation aus dem Augenblickseindruck der Revolutionswochen gemacht hatte — die Verallgemeinerung zur Deutung des umfassenden historischen Vorgangs —, war damit als unhaltbar aufgegeben. Andererseits hatte die moralische Verurteilung neue Nahrung erhalten: es konnte weiterhin behauptet werden, daß Deutsche an der Zersetzung der deutschen Kampfkraft planmäßig gearbeitet und ohne jede Rücksicht auf nationale Interessen den Abbruch des Kampfes hatten erzwingen wollen.

Wie die Ergebnisse dieses Prozesses, so mußten auch die Arbeiten des von 1919 bis 1928 tagenden Untersuchungsausschusses des

67) Dies die Definition des einleitenden Aufsatzes (ebd. Heft. 7, S. 1).

68) Cossmann im Schlußwort, abgedruckt bei E. Beckmann (wie Anm. 65), S. 196 („USP-Dolchstoß ja, MSP-Dolchstoß nein“) und S. 201 („er sei sich klar, daß nicht mit der Waage und Elle gemessen werden könne, welche Ursache des Zusammenbruchs die wichtigste sei. Er meine, daß der Verlust des Glaubens am deutschen Recht die wichtigste war“).

69) Cossmanns Anwalt Graf Pestalozza, ebd. S. 191.

Reichstages mäßigend auf die politische Agitation wirken; und die Wahlpropaganda der Deutschnationalen im Jahre 1928 räumte diesem Vorwurf dann auch nur noch geringen Platz ein⁷⁰). Dagegen spielt er in der fortan wichtigeren nationalsozialistischen Agitation eine erhebliche Rolle, allerdings mit etwas anderem Inhalt. Die Haltung der NSDAP war auch in dieser Frage durch Hitlers Buch „Mein Kampf“ bestimmt, in dem er zwar auch die „Verräter“ hart verurteilt, aber mit gleicher Schärfe der Regierung vorwirft, sie habe versagt. Aus seiner Sicht war die Niederlage des Kaiserreichs „verdient“. Das Wort „Dolchstoß“ kommt in dem umfangreichen Buch nicht vor, nur an einer Stelle⁷¹) klingt die Vorstellung an — aber auch hier wendet er sich mindestens ebenso stark gegen die leichtfertige Fehleinschätzung der marxistischen Gefahr durch den Kaiser und die Reichsleitung: „Kaiser Wilhelm II. hatte als erster deutscher Kaiser den Führern des Marxismus die Hand zur Versöhnung gereicht, ohne zu ahnen, daß Schurken keine Ehre besitzen. Während sie die kaiserliche Hand noch in der ihren hielten, suchte die andere schon nach dem Dolche.“ Auf die „Dolchstoß“-Wirkung, die für die Gegenwart kaum noch bedeutsam war, kam es Hitler nicht an, dagegen geißelte niemand schärfer als er die verräterische Gesinnung der Marxisten, seiner politischen Gegner⁷²). Das in seiner Vieldeutigkeit geeignetere Schlagwort „Novemberverbrecher“ gab in der Propaganda der NSDAP vor 1933 die Antwort auf die Frage nach dem Ursprung des deutschen Elends — nicht selten

mit dem „Im Felde unbesiegt“ verbunden zu einer Behauptung, die selbst Ludendorff, Bauer und Graefe nicht aufgestellt hatten: im November 1918 sei der „Sieg zum Greifen nahe gewesen“⁷³).

Wie stark auch diese wirksam unters Volk gebrachten Parolen zur Verhetzung in den Jahren vor 1933 und damit zur Schwächung der den damaligen Staat tragenden Kräfte, auch zu einer illusionären Beurteilung der deutschen Lage beigetragen haben, die Bedeutung dieses Faktors für die Auflösung der Weimarer Republik sollte doch auch nicht überschätzt werden. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die nationalsozialistische Propaganda neben dem historischen „Dolchstoß“ genügend Anklagen aus der politischen Gegenwart enthielt, die in ihren Augen geeignet waren, die sozialistischen und demokratischen Gegner herabzusetzen und dem deutschen Volk klarzumachen, daß es von solchen Politikern die Rettung nicht erhoffen könne. Vor allem aber sollte uns die Kenntnis der mannigfachen „inneren“ Ursachen für die „Auflösung der Weimarer Republik“, die wir der Forschung des vergangenen Jahrzehnts verdanken, vor einem ähnlichen Irrtum bewahren, wie er der „Dolchstoßlegende“ selbst zugrunde liegt: zersetzende Parolen zu den Hauptursachen für den Zusammenbruch eines Staates zu rechnen. Nach unserer heutigen Kenntnis könnte man die Legende statt dessen einordnen als ein Symptom für die tieferliegenden Ursachen der inneren Zerrissenheit des Volkes⁷⁴), das allerdings ohne Zweifel selbst zur Verschärfung beitrug.

Auswirkungen der Dolchstoßlegende während des Dritten Reichs

Nach dem 30. Januar 1933 wechselt die Propaganda Hitlers die Angriffsrichtung. Die „Novemberverbrecher“ zu bekämpfen, war bald nicht mehr nötig; daran zu erinnern, daß

damals ein „Unrecht“ geschehen sei — wie es monarchistische Kreise taten —, konnte sogar unbequeme Folgen haben, es begünstigte die Forderung, das verletzte Recht wiederherzustellen. Gerade gegenüber dieser Tendenz trat

70) Vgl. dazu das Politische Handwörterbuch von 1928 (s. Anm. 65); unter dem Stichwort „Revolution“ sind zahlreiche Einzelnachrichten gesammelt, die Folgerung, die Aktionen hätten wie ein „Dolchstoß“ gewirkt, erscheint aber nur an wenigen Stellen, darunter an einer (S. 719) als Zitat aus einem Angriff des Sozialdemokraten Wolfgang Heine auf die USPD.

71) Adolf Hitler, Mein Kampf, 9. Aufl., München 1932, S. 225; S. 594: „Todesstoß“.

72) Ebd. S. 217, zum Munitionsarbeiterstreik: „Die Urheber dieses niederträchtigen Schurkenstreiches aber waren die Anwärter auf die höchsten Staatsstellen des Deutschlands der Revolution“; ferner: „elende und verkommene Verbrecher“ (S. 224); „Lumpen . . ., die im Sold der feindlichen Kriegspropaganda uns die Waffen entwandten, das moralische Rückgrat zerbrachen und das gelähmte Reich um dreißig Silberlinge verjobbten“ (S. 719).

73) Ein Beispiel bei S. A. Kaehler, Studien (wie Anm. 8), S. 315. Für Ludendorffs Auffassung vgl. seinen Brief vom 15. Okt. 1921: „Ich habe, glaube ich, mich nicht dahin ausgesprochen, das Heer sei im Herbst 1918 unbesiegt gewesen. Ich vertrete vielmehr die Ansicht, daß es bei einem Zuschuß von Kraft aus der Heimat, wenn auch nur in seelischer Beziehung, zu erfolgreichem Widerstand befähigt gewesen wäre, so daß wir diesen Frieden nicht anzunehmen brauchten, und auch das nicht mit dem Heer, wie es wirklich war“ (abgedruckt bei W. Breucker, wie Anm. 20, S. 181; ergänzend dort auch der Vorwurf der Zersetzung).

74) So Georg Kotowski, Die Novemberrevolution 1918, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (= Beilage zum „Parlament“ vom 7. 12. 1960), B 49/1960, S. 764. Für die nach 1945 vorherrschende Überbewertung vgl. Anm. 2.

nun die andere Seite der These wieder stärker hervor: der schon im „Mein Kampf“ erhobene Vorwurf gegen die „Schwäche“ der kaiserlichen Regierung im Weltkrieg, der vor 1933 wenig eingebracht und zudem die zeitweiligen Verbündeten von Harzburg verärgert hätte. Daß der Zusammenbruch nicht unverdient gekommen war, sprach Hitler nun immerhin wieder bei einer Gedenkfeier aus, bei der man eine Stellungnahme zum 9. November 1918 erwarten konnte: alljährlich am Abend des 8. November im Münchener Bürgerbräukeller⁷⁵⁾. Im Ausblick auf die Zukunft versicherte er den Alten Kämpfern, daß er ähnliche Fehler in einem Kriege nicht machen werde — davon sollte das deutsche Volk überzeugt sein⁷⁶⁾. Der Aufbau des totalitären Systems mit der Überwachung aller noch vorhandenen oppositionellen Strömungen gab der Führung des Dritten Reichs und ihrer Anhängerschaft die Gewähr dafür, daß in Zukunft ein „Dolchstoß“ nicht mehr möglich war. Das Wort „Zersetzung der Wehrkraft“, das die gemeinten Erscheinungen besser traf, zog als neuer Tatbestand des Kriegsstrafrechts eine wirksame Konsequenz aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges⁷⁷⁾; die Androhung der Todesstrafe auch für derartige „Zersetzung“ war eine einprägsame Warnung, die jeden Volksgenossen an seine Pflicht erinnerte, selber die Wehrkraft des deutschen Volkes zu erhalten und zu stärken.

75) 1933 (Schultheß' Europ. Gesch.-Kal., S. 235): die Revolution habe „die Gesetze von einst gebrochen“; 1934 (ebd. S. 255 f.); das „alte System“ habe „1918 ohne Kampf feige kapituliert“; 1938 (ebd. S. 184): das „Versagen der führenden politischen und militärischen Schichten des Volkes gegenüber den Elementen der Destruktion, der Unordnung und des Aufruhrs“.

76) 1939 (ebd. S. 234): „Was es damals geben konnte, ist in der Zukunft unmöglich. Wir werden, dafür bürgt vor allem die Partei, dafür sorgen, daß Erscheinungen, wie wir sie im Weltkrieg leider erleben mußten, nicht mehr . . . auftreten können.“ Vgl. auch seinen Aufruf vom 3. September 1939 (ebd. S. 194).

77) § 5 Abs. 1 der Kriegsstrafrechtsverordnung vom 17. August 1938 (veröffentlicht RGBl. 1939 I, 1455 ff. am 26. 8. 1939): „Wegen Zersetzung der Wehrkraft wird mit dem Tode bestraft: 1. Wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen sucht; 2. wer es unternimmt, einen Soldaten oder Wehrpflichtigen des Beurlaubtenstandes zum Ungehorsam, zur Widersetzung oder zur Tätlichkeit gegen einen Vorgesetzten oder zur Fahnenflucht oder unerlaubter Entfernung zu verleiten oder sonst die Manneszucht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu untergraben; 3. [Selbstverstümmelung].“

Ein vorbeugender Erfolg im Sinne Hitlers ist in den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges nicht zu leugnen. Erst seit 1942 wurde Hitlers Machtstellung stärker von „Zersetzung“ bedroht⁷⁸⁾. In einem System, das darauf angelegt ist und mit zunehmender Ausweitung seiner Fronten immer mehr darauf angewiesen zu sein glaubt, alle Kräfte in den Dienst des Krieges zu stellen, kann jedes Zurückbleiben hinter den geforderten gemeinsamen Anstrengungen als „Verrat“ empfunden werden⁷⁹⁾. Mit dem Wandel der Kriegstechnik in Richtung auf „absolute“, „totale“ Waffen kam jedoch ein ganz neuer Maßstab in die Beurteilung von Sabotage der Kriegsproduktion: im Wettlauf um die Wunderwaffen, von denen so viel gesprochen wurde, konnten vereinzelte Sabotageakte und Verrat von Produktionsplänen und -stätten eine wirkliche oder vermeintliche Siegeschance zunichte machen, an die man auch dann noch glauben konnte, wenn alle üblichen Anzeichen einer Niederlage — große Verluste (auch ganzer Armeen), Lähmung des Verkehrs und der Produktion konventioneller Waffen, Schutzlosigkeit gegen herkömmliche Angriffe — gegeben waren. Die Sorge vor einer zweiten „Dolchstoßlegende“, die bei allen Planungen der Widerstandsgruppen sich meldete⁸⁰⁾, wird vor diesem Hintergrund der nationalsozialistischen Propaganda besonders verständlich. Während so die Überzeugung, dem neuen Deutschland müsse das Verhängnis einer zweiten Legende mit innerer Verfeindung und Selbsttäuschung erspart werden, die Widerstandskämpfer zu zusätzlichen und zum Teil hemmenden Vorkehrungen zwang, hatte die Gegenseite sich von der alten Vorstellung, 1918 habe allein der Dolchstoß den Zusammenbruch herbeigeführt, schon lange gelöst.

78) Vgl. die Angaben über die Tätigkeit der Gestapo in diesen Jahren in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 9. Jg. (1961), S. 997, Anm. 10, und S. 1001, Anm. 22—24; Zahlen über Hinrichtungen bei G. Weisenborn, Der lautlose Aufstand, Hamburg 1953, S. 259.

79) Am 1. September 1939 hatte Hitler im Reichstag erklärt: „Ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen! So wie ich selber bereit bin, jederzeit mein Leben für mein Volk und für Deutschland einzusetzen, so verlange ich dasselbe auch von jedem anderen! Wer aber glaubt, sich diesem nationalen Gebot, sei es direkt oder indirekt, widersetzen zu können, der fällt! Verräter haben nichts mit uns zu tun!“ — Zur veränderten Lage in einem totalitären System vgl. auch Margret Boveri, Der Verrat im XX. Jahrhundert, Hamburg 1956, Bd. 2, S. 9 f.

80) Vgl. hierzu Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt 1958, S. 82; Eberhard Zeller, Geist der Freiheit, München o. J., S. 159; Gerhard Ritter, Carl Goerdeler . . ., Stuttgart 1955, S. 342, 345, 393, 396.

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Attentats vom 20. Juli 1944 spricht Hitler im Rundfunk zwar von einer kleinen Gruppe, die geglaubt habe, „wie im Jahre 1918 den Dolchstoß in den Rücken führen zu können“, und die Formel wird in den folgenden Tagen oft wiederholt⁸¹⁾. Doch im Haß gegen die jetzigen „Verräter“ konnte Himmler die alte Legende zum Jahre 1918 geradezu umkehren: am 3. August 1944 erwähnte er vor den höchsten Führern der Partei in einer Anklage gegen den Generalstab „eigenartige Erscheinungen“ in der militärischen Führung während des Ersten Weltkriegs, die nur als Verrat gedeutet werden könnten und denen er eine ausschlaggebende Wirkung für den Zusammenbruch zuschrieb⁸²⁾, während man früher „selbstverständlich“ in der Propaganda die Revolution als „Aufstand der Untermenschen . . . , der Deserteure, der Juden, der Asozialen, der Kriminellen“ „absolut in den Vordergrund“ geschoben habe. Also nicht mehr allein „Dolchstoß der Heimat“ gegen die Front oder Zersetzung durch bolschewistische Propaganda, auch nicht nur Schwäche der Führungsschicht oder Illusionen gegenüber den Wilsonschen Lockungen, sondern Verrat des Generalstabs.

Das Schlagwort ist jetzt also nur noch ein Mittel der Propaganda ohne inneren Zusammenhang mit der Beurteilung des Zusammenbruchs von 1918. Die Tat des 20. Juli wird mit dem „Dolchstoß“ offenbar nur verglichen, um das Gefühl nationaler Solidarität anzusprechen, das nach damals verbreiteter Ansicht 1918 mit verhängnisvollen Folgen verletzt worden war. Indem ein Gelingen des Attentats — nach seinem Scheitern — einem „Dolchstoß“ gleichgestellt wurde, erhöhte man außerdem Hitlers Bedeutung für den Sieg Deutschlands — man bezeichnete ihn gewissermaßen als das Lebenszentrum der Nation⁸³⁾ — und

81) Keesings Archiv der Gegenwart 1944, S. 6456; Goebbels am 26. Juli: „Verbrecherische Ehrgeizlinge, die . . . der kämpfenden Front in den Rücken fallen wollen“ (ebd. S. 6465).

82) Vgl. dazu den Abdruck der Rede und den Kommentar Theodor Eschenburgs: Vjh. f. Zeitgesch. 1 (1953), S. 363 f. und 361. Die Revolution sei zwar „eine kommunistische, bolschewistische, sozialdemokratische“ gewesen, aber „in diesem engsten Gremium“ müßten sie sich über die andere Seite klar sein. Im einzelnen erwähnte er den Verlust der Marneschlacht, der „mit normalen Mitteln und normalem Verständnis“ nicht zu erklären sei, ferner: daß die Meuterei in der französischen Armee nicht erkannt, daß wirksame Panzerabwehrgeschütze planmäßig fehlgeleitet wurden, daß man den Kaiser am 9. November im Stich ließ.

83) Feldmarschall v. Brauchitsch schrieb am 20. August 1944: „Sie haben einen Dolchstoß zu führen versucht, dessen Gelingen den Untergang Deutschlands bedeutet hätte“ (Keesings Archiv der Gegen-

nährte zugleich die erwünschte Vorstellung von einem kleinen verächtlichen, außerhalb der Volksgemeinschaft zu denkenden Täterkreis. Nach dem Zusammenbruch erweitert sich dagegen — wie 1918 — bei den Anhängern des beseitigten Systems die Bedeutung des Wortes. Wie in der Novemberrevolution das Suchen nach Ursachen des Zusammenbruchs schnell vom „Dolchstoß der Revolution“ zum „Dolchstoß“ zersetzender Propaganda in den vorangegangenen Jahren führte, so nach 1945 vom 20. Juli über Akte von Sabotage oder Spionage mit vermeintlich kriegsentscheidender Bedeutung zur psychologischen Stärkung des Feindes und psychologischen Schwächung der deutschen inneren Front⁸⁴⁾. Entsprechend den Forderungen eines totalitären Systems wird dabei Verrat am Maßstab „totaler“ Hingabe an den „Führer“, eine Schädigung der Kampfkraft am Maßstab „totaler“ Ausnutzung des Kriegspotentials gemessen, zu dem auch die seelischen Kräfte jedes einzelnen gehören.

Demgegenüber gehört es in der breiten deutschen Öffentlichkeit nach 1945 zum politischen Dogma, daß die These vom „Dolchstoß im Jahre 1918“ eine Legende sei, deren Verbreitung schweren Schaden angerichtet hat. Die Persönlichkeiten, die sich jetzt vorwiegend für die undankbare Aufgabe des Wiederaufbaus zur Verfügung stellten, glaubten aus ihrer Erfahrung vom Ende der Weimarer Republik die verhängnisvolle Schädigung der Demokratie durch diese Legende zu kennen; wer sie noch vertreten hätte, wäre — auf Grund eines verständlichen Kurzschlusses — in den Verdacht antidemokratischer Tendenzen gekommen. Diese Wendung zu grundsätzlicher Verurteilung einer lange anerkannten Ansicht hängt in vielfältiger Weise mit den Erfahrungen zusammen,

wart 1944, S. 6494). — Ley kam am 23. Juli zu dem grotesken Umkehrschluß, das Scheitern des Umsturzversuchs sei „nicht nur eine gewonnene Schlacht, sondern der gewonnene Krieg“ (ebd. S. 6458).

84) Hans-Helmuth Knütter, Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland (= Bonner Historische Forschungen, Bd. 19), Bonn 1961, S. 160, führt neben den im Text erwähnten folgende Handlungen von Gegnern des Systems an, die zur Niederlage geführt haben sollen: Schuld und Mitschuld am Ausbruch des Krieges, Verrat von Atomgeheimnissen, fahrlässige oder absichtliche Tötung deutscher Soldaten, Vernachlässigung kriegsentscheidender Angelegenheiten zugunsten der Putschpläne, direkte oder indirekte Unterstützung des Bolschewismus, fahrlässige oder absichtliche Erschütterung der Front im Osten und Westen. Gesamttendenz der Erörterungen ist: unter dem gemeinsamen Druck des äußeren Feindes und der Widerstandsbewegung war die Niederlage unausweichlich.

die das deutsche Volk seit 1933 gemacht hatte; darauf ist im folgenden zurückzukommen. Der Begriff „Dolchstoßlegende“ verflacht aber nun selbst im häufigen Gebrauch zu einem Schlagwort, das mit dem Wort der zwanziger Jahre nur noch die Absicht gemein hat, jede Kritik an einer unpopulären, aber notwendigen Politik als böswillig und gefährlich für die innere

Geschlossenheit einer bedrohten Gemeinschaft zu kennzeichnen, ob es sich nun um Angriffe auf die deutsche Bundesregierung wegen ihres Verhaltens gegenüber den Deutschlandnoten Stalins im Frühjahr 1952⁸⁵⁾ oder um Kritik an Präsident Kennedy wegen seiner Zurückhaltung in den Tagen nach dem 13. August 1961 handelt.

Die wissenschaftliche Überprüfung der „Dolchstoß“-These in den zwanziger Jahren

Doch haben wir uns nun dem Weg zuzuwenden, den die wissenschaftliche Behandlung des „Dolchstoß“-Problems seit 1919 genommen hatte. Dem Historiker fiel die Aufgabe zu, die aus dem Erlebnis der Revolution entstandene Deutung — die der politische Agitator freudig aufgegriffen hatte, weil sie ihm im Kampf um die Wählerstimmen Erfolg versprach — zu überprüfen, indem er seine Fragen stellte und auf Grund eines dementsprechend gesammelten Materials beantwortete. Für solche Arbeit war das Klima der ersten beiden Jahrzehnte wenig günstig, weder in den Jahren bis 1933, als die Deutung des Zusammenbruchs wegen ihrer Aktualität heftig umstritten war, noch in der Zeit nach 1933, in der der „Dolchstoß“ als ein Dogma der herrschenden Partei galt.

Einige der ersten Arbeiten standen sogar unmittelbar unter dem Einfluß der Politik, es waren Gutachten für den Untersuchungsausschuß des Reichstags, dem im Rahmen seiner Arbeit über die Ursachen des Zusammenbruchs⁸⁶⁾ auch die Aufgabe zugefallen war, den 1922 verstärkten Streit um den „Dolchstoß“ zu beenden. Bei der Auswahl der Bearbeiter — General v. Kuhl, Oberst Bernhard Schwertfeger, Professor Hans Delbrück, Dr. Ludwig Herz, Simon Katzenstein — hatte auch ihre vermutliche Stellung zum Problem eine Rolle gespielt, und bei der Diskussion ihrer Gutachten mußten manche Äußerungen der Ausschußmitglieder den Eindruck verstärken, daß es sich um eine politische Streitfrage handelte: oft genug schlug der Parteistandpunkt durch, wenn auch die proportionale Beteiligung der Fraktionen die Gewähr bot, daß eine einseitige Sicht nicht dominierte. Unter diesen Umständen ist der Zweifel berechtigt, ob hier überhaupt wissenschaftlich gearbeitet werden konnte.

Entscheidend für den Wert der Arbeit war, daß der Ausschuß seine Einstellung grundsätzlich änderte. Schon die Nationalversammlung

hatte den ursprünglichen Plan, nach dem ein Staatsgerichtshof einen Schuldspruch fällen sollte, nicht verwirklicht, sondern den Ausschuß mit dem Auftrag eingesetzt, zu bestimmten Fragen „Feststellungen“ zu treffen. Wichtiger war noch, daß sich auch bei den Mitgliedern an Stelle der „ursprünglichen Absicht, nach Schuldigen zu suchen“, das Ziel durchsetzte, „die historischen Grundlagen für die Beurteilung der Dinge durch die kommenden Geschlechter“ zu schaffen⁸⁷⁾. Die größte Belastung für eine wissenschaftlich fruchtbare Arbeit eines derartigen Gremiums bestand jedoch darin, daß dem Reichstag am Ende der Beratungen ein Beschluß vorgelegt werden sollte, dem unvermeidlich eine politische Bedeutung zukam. Aber nachdem der Ausschuß sich darüber klargeworden war, daß Mehrheitsbeschlüsse über historische Fragen nur begrenzten Wert haben konnten⁸⁸⁾, näherte er sich den Formen historischer Forschung, für die eine Darlegung der Parteistandpunkte — auch durch die Mitglieder des Ausschusses — Quellenwert hatte, insbesondere wenn es um die Klärung der herrschenden Auffassungen und Motive ging. Johann Viktor Bredt⁸⁹⁾

85) Z.B. Eugen Gerstenmaier am 1. 2. 1958 gegen Dehler und Heinemann (abgedruckt: Union in Deutschland, 12. Jg., 1958, Nr. 6); C. G. Ströhm, Die neue Dolchstoßlegende, Christ und Welt, 6. 10. 1961.

87) Joh. Viktor Bredt, in: WUA IV, Bd. 8, S. 10.

88) Der deutschnationale Abgeordnete Albrecht Philipp (selbst Historiker im Schuldienst), der den 4. Unterausschuß von 1925 bis 1928 mit großer Objektivität leitete, ohne seinen Standpunkt zu verleugnen, hatte schon 1924 festgestellt: „Die auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen etwa gefällten Schuldurteile . . . können daher lediglich vorläufigen Charakter haben und bedeuten weniger bleibende Ergebnisse . . . als wie den Spiegel der zur Zeit herrschenden Auffassungen über Ereignisse und Personen, deren geschichtliche Stellung und Bedeutung noch den Mittelpunkt des politischen Streites bildet.“ Da die Voraussetzungen des „zeitlichen Abstands“ und der „Loslösung aus dem politischen Rahmen“ fehlten, liege der Wert der Arbeit „in der Sammlung und Sichtung neuen Tatsachenstoffes für die zukünftige Geschichtsforschung“ (WUA IV, Bd. 1, S. 293 f.).

89) Staatsrechtslehrer und Mitglied des Reichstags; Zitate: WUA IV, Bd. 8, S. 9.

86) Gutachten: WUA IV, Bd. 6; Diskussionen ebd. Bd. 4 u. 5. Es handelt sich hierbei stets um den 4. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses.

zeigte Vorteil und Nachteil fehlender Distanz: es sei schon viel, wenn der Ausschuß „das erforsche und festhalte, was aus der Nähe besser erkannt werden kann als aus der Ferne“. Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit unter derartigen Umständen waren ihm voll bewußt: „Wir sind heute gewissermaßen im zweiten Stadium und können schon daran denken, unsere eigenen Erlebnisse im Rückblick zusammenzufassen und zu bewerten. Die originalen Urkunden und unmittelbaren Aufzeichnungen erscheinen uns schon als Quelle der historischen Erkenntnis, und die gewonnene Entfernung ermöglicht schon eine Verbindung dieses Materials mit der eigenen Beobachtung. Die heutige Anschauung aber wird der kommenden Geschichtsschreibung auch wieder nur als Quelle der Erkenntnis dienen.“ Auch die — gewiß nicht unproblematische — Möglichkeit und Auswirkung der zeitgeschichtlichen Forschung, die sie von der Arbeit über andere Epochen unterscheidet, wird gesehen: direkt oder indirekt, durch Fragen und durch Ergebnisse, die noch lebenden Akteure zu Äußerungen zu veranlassen, Quellen also nicht nur zu erschließen und auszuwerten, sondern auch zum Fließen zu bringen⁹⁰⁾. Zeugen verhörte der Ausschuß allerdings nur selten und für wenige Bereiche; dagegen bilden seine Verhandlungen selbst ein eindrucksvolles Beispiel für die Chancen wie für die Gefahren einer historischen Forschung, die sich das politische Engagement der Beteiligten dienstbar zu machen versteht, aber ständig in Gefahr ist, von ihm mißbraucht zu werden.

Die Auseinandersetzung mit dem „Dolchstoß“ belebte die erheblich breiter angelegten Arbeiten über die Ursachen des Zusammenbruchs stark, war aber auch eine Gefahr für sie. Obwohl sich bald herausgestellt hatte, daß das Bild fragwürdig war, und deshalb vorgeschlagen wurde, das Wort „auszumerzen“⁹¹⁾, tauchte es als populäre Abkürzung doch immer wieder auf. Die übersteigerte These, die selbst nur ein Ergebnis politischer Propaganda war — die Behauptung, die Revolution habe einen Sieg vereitelt, die revolutionäre Agitation allein habe den Zusammenbruch verursacht — wurde allerdings nicht ernsthaft vorgebracht. Der eigentliche Gegenstand der Diskussion war die schwächere These, die wir als Erleb-

90) Vgl. H. Rothfels, Sinn und Aufgabe ... (wie Anm. 1), S. 14 f., über die Möglichkeit der Befragung „als Wünschelrute des Hervorlockens“, ferner zum folgenden über das „Betroffensein“ des Zeithistorikers als „Gefahr“ wie als „eine durch Miterleben aufschließende Hebelkraft der Erkenntnis, eines Verstehens für die Lage der Handelnden wie der Leidenden“.

91) WUA IV, Bd. 4, S. 260 (Abg. Joos).

nis der Revolutionswochen bei Persönlichkeiten ganz verschiedener Richtung festgestellt haben — die Revolution habe ein Weiterkämpfen für erträgliche Waffenstillstands- und Friedensbedingungen unmöglich gemacht, Agitation und Streiks hätten erheblich zum Absinken der Kampfkraft beigetragen. Für sie wurden die Fragen präzisiert und ein großer Teil des damals verfügbaren Materials aufgearbeitet. Einige Mißverständnisse wären vermieden worden, wenn sich der Vorschlag des Abgeordneten Philipp⁹²⁾ durchgesetzt hätte, von „Dolchstoß“ nur im Zusammenhang mit dem Ereignis der Revolution zu sprechen, für die zersetzende Propaganda dagegen das Bild der „Vergiftung“ zu wählen. Mit dieser Unterscheidung, der übrigens jetzt auch Hindenburg im Unterschied zu seiner Aussage von 1919 zustimmte⁹³⁾, hätte man sich noch mehr dem Sprachgebrauch des November 1918 genähert, als Beck von „Bazillenträgern“ schrieb, Groener zur Abwehr „Serumspritzer“ zu den Truppenteilen schickte.

Es war ein Erfolg wissenschaftlichen Bemühens, daß Anhänger wie Gegner der These sich sowohl über das Vorhandensein wie über den Umfang der Gruppen, die revolutionäre Propaganda betrieben hatten und die einen Frieden um jeden Preis hatten erzwingen wollen, weitgehend einig wurden. Doch blieb dies Ergebnis auch im Rahmen dessen, was beide Seiten politisch erreichen wollten oder zugestehen konnten: wer die Wirkung des „Dolchstoßes“ bestritt, konnte unbesorgt die Existenz solcher Gruppen zugeben; ihr Nachweis genügte andererseits denen, die ihre Tätigkeit nicht nur als schädlich, sondern auch als verwerflich verurteilten. Es lag an solchen politischen Absichten, aber auch an grundsätzlichen Unterschieden der Geschichtsauffassung, wenn in der eigentlich wichtigen Frage, welche Wirkung diese Tätigkeit auf den Kriegsverlauf und auf den Abschluß des Waffenstillstands und Friedens gehabt habe, keine Einigkeit erzielt werden konnte. In dieser Frage verfiengen sich Ausschußmitglieder und Gutachter auch immer wieder in der Argumentation von Anklage und Verteidigung. Wenn der Sachverständige Herz⁹⁴⁾ auf den Widerspruch hinwies, der in den beiden Fas-

92) Ebd. S. 15.

93) Schriftliche Mitteilung von Dr. Albrecht Philipp (Borna) an den Verf. über ein Schreiben Hindenburgs vom 11. 3. 1924. Im November 1919 hatte er (s. Anm. 60) von „Dolchstoß“ gerade im Zusammenhang mit „revolutionärer Zermürbung“ gesprochen. — Für das folgende vgl. bei Anm. 29, ferner W. Groener, Lebenserinnerungen, S. 472.

94) WUA IV, Bd. 6, S. 201.

sungen der These liege, „zu sagen, daß ein Heer durch Agitation so verseucht gewesen sei, daß es geschlagen wurde, und zugleich zu sagen, trotz dieser Zersetzung der Kampffähigkeit des Heeres hätte man weiterkämpfen müssen und können“, dann konnte er damit gewiß zwei überspitzte Propagandathesen des politischen Gegners in Frage stellen, lenkte aber zugleich von den Problemen ab, deren Klärung hätte weiterführen können.

Politische Rücksichten verhinderten schließlich auch, daß die Ergebnisse des Ausschusses in seiner Entschließung⁹⁵⁾ voll zur Geltung kamen. Da der Reichstag im Frühjahr 1928 vor Neuwahlen stand und eine Diskussion im Plenum den Ertrag der achtjährigen Arbeit wieder gefährdet, wenn nicht zerstört hätte, waren alle Beteiligten daran interessiert, daß ein einstimmiger Beschluß zustande kam, der seinerseits nur durch Neutralisierung der Streitpunkte erreicht werden konnte. Nimmt man jedoch Gutachten und Protokolle als Ganzes, dann ist der Ertrag nicht gering, wenn ihm auch die volle Auswirkung auf die Öffentlichkeit in der erhitzten Atmosphäre der folgenden Jahre versagt war. Die Frage, die der Geschichtswissenschaft durch das Erlebnis der Revolutionsmonate und seine Formulierung in einem Schlagwort gestellt wurde, war zumindest indirekt beantwortet: die einseitige Deutung des Zusammenbruchs, die sich viele Menschen während der Revolution aus zeitbedingter Perspektive zurechtgelegt hatten, mußte abgewandelt, andere wichtige Mitursachen mußten anerkannt werden. Soweit die „Dolchstoß“-Vorstellung auf dieser Auffassung beruht hatte, war sie widerlegt.

Zwei Werke entgegengesetzter Richtung führten noch im Jahre 1928 die Diskussion über die Ergebnisse hinaus, mit denen der Ausschuß sich hatte begnügen müssen. Während Arthur Rosenberg als Frucht seiner Mitarbeit im Untersuchungsausschuß eine Geschichte der „Entstehung der deutschen Republik 1871 bis 1918“ schrieb, in der er die „Dolchstoß“-These nur gelegentlich und stets mit negativem Vorzeichen erwähnte und im übrigen indirekt widerlegte⁹⁶⁾, präziserte Hans Herzfeld mit dem Thema „Die deutsche Sozial-

95) Ebd. Bd. 4, S. 1 ff. Für die abschließenden Verhandlungen vgl. Bd. 5, S. 242 ff.

96) 1. Aufl. 1928; vgl. zur Dolchstoßfrage in der 2. Aufl. (Frankfurt 1955) S. 222, 227, 239, 244, 264 ff., ferner 147, 167, 172. Seine Kritik am Kaiserreich läßt ihn einen Teil der These geradezu umkehren: „Weil Deutschland im September 1918 den Krieg militärisch endgültig verloren hatte, darum konnte die innerpolitische Umwälzung im Oktober und November das Kriegsende nicht verbessern“ (S. 178 f.).

demokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg“⁹⁷⁾ eine der Fragen, mit denen die damalige Diskussion noch vertieft werden konnte. Er bezeichnete klar die Schwächen im Verfahren des Untersuchungsausschusses und des Münchner Amtsgerichts: das Problem, „wieweit Kräfte aus dem eigenen Schoße der Nation aktiv und bewußt zu dem Zusammenbruch Deutschlands im Kriege beigetragen haben“, sei dadurch verdunkelt worden, daß man „dieser Teilfrage nach einem der Gründe der nationalen Katastrophe die Frage nach der Summe aller ihrer Gründe“ entgegengehalten habe. Außerdem warnte er davor, aus „Verantwortung gegen den lebenden Staat“ „die Erkenntnis der Sache“ politischen Bedürfnissen unterzuordnen, das hieße in diesem Fall: „vorhandene Gegensätze der Gegenwart“ zu „mildern“ oder „offenzuhalten“. In seiner eigenen Untersuchung, die die politische Wirksamkeit aller sozialdemokratischen Gruppen einbezog, wurde weder das Versagen der Reichsleitung noch die Wirkung der elementaren Kriegsnot übersehen; trotzdem kam die Formulierung des Ergebnisses dem „Dolchstoß“-Bild in beiden Bedeutungen sehr nahe: Der „Stoß“, den die revolutionäre sozialistische Politik „in jahrelangem Ringen dem deutschen Kampfwillen zu versetzen gesucht hat und schließlich mit dem abschließenden Erfolg der Revolution vor dem Feinde versetzt hat“, habe seine Wirkung getan. Dieses Urteil, das von den Vertretern der gemäßigten „Dolchstoß“-Thesen als wissenschaftliche Bestätigung aufgefaßt werden konnte, maß das Verhalten der Revolutionäre unerbittlich an den Pflichten nationaler Solidarität; die Folgerung, daß von dieser Politik geschichtlich „nur die lähmende Zersetzung der deutschen Widerstandskraft“ geblieben sei, entsprach einer verbreiteten politischen Überzeugung der Zeit.

Die Arbeiten von Herzfeld und Rosenberg bezeichnen zusammen den Stand der Diskussion in den Jahren vor 1933. Auch Friedrich Meineckes Feststellung, die These sei „eine tendenziöse Karikatur des Hergangs“ mit einem „Körnchen Wahrheit“, ließ nach wie vor Raum für unterschiedliche Ansichten, welche Bedeutung dem „Dolchstoß“ nun wirklich zukomme⁹⁸⁾.

97) Leipzig 1928. Das folgende Zitat S. VII; vgl. ferner S. 158—195.

98) Fr. Meinecke, Die Revolution. Ursachen und Tatsachen; in: Handwörterbuch des deutschen Staatsrechts, hrsg. v. Anschütz u. Thoma, Tübingen 1929, S. 111. — Der Große Brockhaus, 15. Aufl. (1930), referierte ohne eigene Stellungnahme die These und ihre Ablehnung als Legende.

Die Überformung der Dolchstoßlegende in der NS-Geschichtsauffassung

Während des Dritten Reiches war die „Dolchstoß“-These nicht Gegenstand eingehender Untersuchung; in allgemeinen Darstellungen wurde sie meist übernommen⁹⁹⁾, wenn auch gelegentlich indirekt eingeschränkt. Im Schlußband des amtlichen kriegsgeschichtlichen Werkes, der sich auch für 1918 fast ausschließlich auf operative Entscheidungen und Ereignisse sowie auf die Beziehungen zwischen OHL und Reichsleitung beschränkt, findet sich lediglich an zwei Stellen ein Satz mit dem Wort „Dolchstoß“¹⁰⁰⁾, fast als wollten die Verfasser einer Pflicht der Pietät genügen oder ihr nationales Gewissen beruhigen. Die Probleme eines „Dolchstoßes“ sind dabei (wie in dem ganzen Werk) so wenig behandelt, daß die These weder gestützt noch — wie behauptet¹⁰¹⁾ — unausgesprochen widerlegt wird. Auch für eindeutig nationalsozialistische Geschichtslehrbücher stand die „Dolchstoß“-These keineswegs im Mittelpunkt. Ein Grundriß, der an einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt erarbeitet wurde¹⁰²⁾, führte den Umschwung der militärischen Entscheidung, die im Frühjahr 1918

„auf des Messers Schneide“ gestanden habe, auf das Eintreffen frischer amerikanischer Truppen zurück, eine Wirkung der „marxistischen Propaganda“ auf die Front stellte es erst für die Zeit nach dem 8. August 1918 fest, als „Aussicht auf einen militärischen Sieg“ nicht mehr bestanden habe. Nicht anders hatten früher die Gegner der These argumentiert. Als Kapitelüberschrift erscheint dann zwar „Der Dolchstoß in den Rücken des im Felde unbesiegten deutschen Soldaten“, doch faßt sie entsprechend dem nationalsozialistischen Verständnis der „landesverräterischen Tätigkeit der überstaatlichen Mächte“ sehr verschiedenartige Ursachen der Niederlage zusammen: Die Friedensresolution als gemeinsame Tat der „freimaurerischen, marxistischen und politisch-katholischen Kräfte“, die Herrschaft der „jüdischen Finanzmacht“ über die deutsche Wirtschaft, deren Auswirkungen — „die Verknappung der Lebensmittel und das Schieber- und Kriegsgewinnlertum“ — den Siegeswillen ebenso zermürben wie „die jüdische Gedankenwelt“, die sich in Pazifismus, zersetzenden Flugschriften, Organisation der Fahnenflucht, Streiks und Erpressung der preußischen Wahlrechtsreform äußert.

Der Wandel der Maßstäbe und der Fragestellung zwischen 1930 und 1950

Vergleichen wir nach diesem Blick auf eine nationalsozialistisch überformte „Dolchstoß“-These ihre letzte freie Erörterung vor 1933 mit den Stellungnahmen seit 1945, dann stoßen wir auf Unterschiede der Betrachtungsweise, die unter dem Gesichtspunkt der Wechselwirkung von Geschichte und Gegenwartsbewußtsein unser besonderes Interesse verdienen. Daß die Legende ganz in den Vordergrund der wissenschaftlichen Erörterung rückte wie schon in den der publizistischen,

ist leicht zu verstehen und soll uns dabei nicht näher beschäftigen: das Erlebnis der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs stellte neue Aufgaben und warf neue Schuldfragen auf, deren Beantwortung die Historiker voll in Anspruch nahm. So wurde in der Neubewertung jener Jahre die Geschichte der „Dolchstoßlegende“ zum Beispiel einer historisch verhängnisvollen Verfälschung der Sprache¹⁰³⁾, ohne deren Korrektur das politisch-historische Denken nicht gesunden konnte. Für den „Dolchstoß“ selbst, auf dessen Erörterung in der Zeit nach 1945 sich der Vergleich beschränken soll, hatte das zur Folge, daß er eigentlich nur noch dann vom Lichtkegel eines Scheinwerfers aus dem Dunkel herausgeholt wurde, wenn dieser für die Vorgeschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkriegs eingesetzt war. Daß er unabhängig von dieser fragwürdigen, von Mißverständnis und bösem Willen genährten Nachwirkung ein Jahrzehnt lang ein Anstoß oder wenigstens ein Gesichtspunkt wissenschaftlicher Diskussion gewesen war, schien vergessen zu sein.

Ein erster Vergleich der vor 1933 und nach 1945 vorherrschenden Urteile erinnert an den

99) Beispiele bei S. A. Kaehler, Studien (wie Anm. 8), S. 314—317.

100) Oberkommando des Heeres, Der Weltkrieg 1914—1918, Bd. 14, Berlin 1944 (herausgegeben vom Bundesarchiv 1956), S. 763: „Die Revolution war tatsächlich der ‚Dolchstoß‘ in den Rücken des gewiß bereits ermatteten, aber doch noch keineswegs widerstandsunfähigen Heeres“; S. 768: „Und doch hat nicht die gesunkene Kampfkraft der Front, sondern die Revolution in der Heimat, der ‚Dolchstoß‘ in den Rücken des kämpfenden Heeres, dazu gezwungen, am 11. November 1918 das feindliche Waffenstillstandsdiktat anzunehmen, ohne die letzten Mittel erschöpft zu haben.“

101) Vorbemerkungen des Bundesarchivs in Bd. 13 des gleichen Werkes (ohne Seitenzahl).

102) Aufriß der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert (Von der Französischen Revolution bis zur nationalsozialistischen Revolution), 2. Aufl., Leipzig-Berlin 1938. Für das folgende S. 75 f., ferner S. 81—84.

103) Vgl. dafür vor allem S. A. Kaehler, Neuere Geschichtslegenden (wie Anm. 8).

gleichzeitigen Wandel in der Beurteilung der deutschen Weltpolitik vor 1914, auf den Peter Rassow 1951 hingewiesen hat¹⁰⁴): eine ältere Auffassung habe in der Umgestaltung einiger europäischer Großmächte zu Weltmächten einen Vorgang gesehen, an dem Deutschland ganz selbstverständlich teilzunehmen hatte, so daß sein Straucheln auf einzelne nachweisbare Fehler der deutschen Politik zurückgeführt werden konnte, während eine neuere Auffassung das Weltmachtstreben Deutschlands zwar als subjektiv durchaus berechtigt anerkenne, sein Scheitern aber mit dem Vorhandensein objektiv vorhandener Hindernisse erkläre. In ähnlicher Weise hat sich das Urteil über die innerdeutsche Entwicklung gewandelt. Während lange Zeit die „nationale Einheitsfront“ als selbstverständliches und erreichbares Ziel galt, das nur aus subjektivem Versagen gegenüber dieser Aufgabe — Fehlern der einen, Verrat der anderen Seite — nicht erreicht wurde, scheint sich nun eine Auffassung durchzusetzen, die das Streben nach dieser Einheitsfront und deren Erhaltung zwar als durchaus verständliches Ziel ansieht, ihr Nichterreichen vor 1914 und ihren raschen Verfall danach aber aus gleichsam objektiven Gegebenheiten der politisch-sozialen Struktur Deutschlands erklärt. Die Beurteilung des „August 1914“ bietet gewissermaßen die Gegenprobe: Galt er vielen Zeitgenossen als der ideale Zustand des deutschen Volkes, der nach langen Irrungen endlich erreicht und nur durch böse Kräfte wieder zerstört worden war, so findet man heute die Tendenz, in ihm einen — von den meisten gewiß als vorwiegend glücklich beurteilten — Ausnahmezustand zu sehen, der nur unter den besonderen Umständen einer plötzlich aufgetauchten Gefahr erreicht werden konnte und vorübergehend die inneren Spannungen überdeckt hatte, die den deutschen Staat gefährdeten und die nachhaltig zu bannen in der von Bismarck geschaffenen Ordnung nicht möglich gewesen war.

Sofern es sich hier um eine andere Einschätzung der Chancen für die erwähnten beiden Ziele deutscher Politik handelt — für die Stellung als Weltmacht wie für die nationale Einheitsfront im Kriege —, ist das Erlebnis des Dritten Reiches daran beteiligt. Hitler hatte vieles erprobt, was der mit dem Schicksal hadernden Generation nach 1918 immer nur eine Möglichkeit gewesen war, auf die verzichtet zu haben nachträglich Zweifel an

104) Im Vortrag „Schlieffen und Holstein“, Historische Zeitschrift 173 (1952), S. 299 f., jetzt auch in: Die geschichtliche Einheit des Abendlands, Köln 1960, S. 237 f.

der Richtigkeit der eigenen Politik erregen konnte — ob wir nun an radikale außenpolitische Ziele oder an die konsequente Organisation des Volkes für den Krieg und im Kriege denken. In einer Betrachtung der Geschichte Deutschlands als National-, Verfassungs- und Kulturstaat hat es jüngst Theodor Schieder¹⁰⁵) als „mögliches Fazit aus den Erfahrungen unserer Generation“ bezeichnet, ganz allgemein „die Unvollendetheit ohne Hoffnung auf Vollendung als die Grundkategorie unserer Geschichte“ hinzunehmen. Gegenüber dieser Tendenz stellt sich von unserem Beispiel her die Frage, wo für den Historiker die Grenze liegt zwischen einem zulässigen, ja fruchtbaren Einbeziehen späterer Erfahrungen, die seine Einsicht in die Möglichkeiten einer historischen Situation vertiefen, und anachronistischen Maßstäben auf Grund unzulässiger Analogieschlüsse.

Der Wechsel der Betrachtungsweise hängt jedoch enger mit einer veränderten Fragestellung zusammen. Heute interessiert nicht mehr in erster Linie Schuld und Versagen der im Ersten Weltkrieg wirkenden Generation, sondern das Verhältnis von „gesellschaftlichen Bewegungskräften“ und „staatlich-politischer Ordnung“¹⁰⁶) und seine Bedeutung für Stärke und Nachlassen der Leistung im Kriege. Die Fruchtbarkeit dieser neuen Sicht erweist sich — wie hier eingefügt werden kann — auch daran, daß wir mit ihr zugleich jene Erscheinung besser verstehen können, die bei einer isolierten Prüfung der „Dolchstoß“-These überhaupt nicht erfaßt würde, obwohl sie zu den Vorgängen im November 1918 wesentlich dazugehört: die eigentümliche Lähmung, mit der die führenden Schichten den revolutionären Ereignissen gegenüberstanden. Offenbar haben in der damalige Lage auch sie unter der Spannung der unausgetragenen Gegensätze gelitten, hat auch ihnen die volle Überzeugung von der Gerechtigkeit der bestehenden Ordnung gefehlt, die ihnen die Kraft gegeben hätte, sich über die „mysteriösen“ Schießverbote hinwegzusetzen und jene „wenigen Kompanien“ zu bilden, die — wie es im historischen Optativ bald formuliert werden sollte — „dem ganzen Spuk ein Ende machen“ konnten.

Vergleichen wir diese Frage nach der politisch-sozialen Struktur Deutschlands und ihrer Auswirkung auf die Kampfkraft im Kriege mit dem Ausgangspunkt und dem Gang der Erörterungen um den „Dolchstoß“, dann be-

105) Grundfragen der neueren deutschen Geschichte, Historische Zeitschrift 192 (1961), S. 8—12.

106) Vgl. dazu Th. Schieder, ebd. S. 11.

stätigt sich an diesem Beispiel der „Dreischritt“, in dem sich nach Hermann Heimpels Beobachtung die historische Forschung „fast gesetzmäßig“ von der Schuldfrage über die Ursachenfrage zur Strukturfrage zu bewegen pflegt¹⁰⁷). Da sich in diesem Fortschreiten neben einer auch politisch bedingten Tendenz zu sozialgeschichtlicher Vertiefung ganz allgemein eine innere Dialektik der modernen Geschichtswissenschaft zu äußern scheint, die von dem Erreichen neuer Standorte, dem Gewinnen neuer Perspektiven bestimmt wird und sich auch an der Behandlung althistorischer und mediaevistischer Themen in den letzten Jahrzehnten nachweisen ließe, interessiert uns der Anteil des einzelnen Historikers besonders. Zum ersten Schritt zumindest, der Frage nach der Schuld, gehört eine starke innere Anteilnahme, die häufig mit der Erlebnishäufigkeit des Zeitgenossen und der in ihr sich politisch stellenden Schuldfrage zusammenhängt. Eine wissenschaftliche „Dolchstoß“-Diskussion, die solchen Schuldvorwurf zum Gegenstand hatte, konnte entstehen, weil auch Historiker hier zunächst nach Schuld fragten, andere sie bestritten. Nach vier Jahrzehnten finden wir eine veränderte Sicht: das Einbeziehen der gegnerischen Gesichtspunkte hat, sofern es nicht bei dogmatisch verhärteter Auffassung blieb, bei den zeitgenössischen Historikern zu einer Distanzierung von ihrer ursprünglichen Ansicht geführt, bei den nachgewachsenen Generationen zu einem distanzierten Bemühen um Verständnis der untersuchten Haltungen. „Das politische Ja und Nein zu den Figuren des Dramas“ scheint sich — wie Karl Dietrich Erdmann es als Ergebnis zeitgeschichtlicher Arbeit fordert — „in ein wissenschaftliches Verstehen“ zu verwandeln, „das nach den Gründen fragt, warum die Menschen so verschieden handeln, und sich nicht scheut vor dem Vorwurf, daß alles verstehen alles verzeihen heiße“¹⁰⁸).

Dieser Dreischritt, der sich mit dem wechselnden zeitlichen und inneren Verhältnis des Forschers zu einer zeitgeschichtlichen Frage als schrittweise Distanzierung von der eigenen Auffassung vollziehen kann, verschränkt sich allerdings in diesen Jahrzehnten mit einer Umschichtung der Werte, die allein „unserer“ Zeitgeschichte zugehört. An einem vergleichbaren Beispiel, der Widerstandsbewe-

gung gegen Hitler im Zweiten Weltkrieg, sei zunächst gezeigt, was es für deren Beurteilung bedeuten konnte, daß in den vergangenen Jahrzehnten „die Rangordnung der Werte sich zurechtrückte und ethisch-religiöse Postulate an Stelle politisch-säkularisierter wieder an die oberste Stelle traten“¹⁰⁹). Äußerlich betrachtet und vom Standpunkt der jeweiligen Staatsführung aus beurteilt haben „Dolchstoß“ und Widerstand gemeinsame Züge, und in ihrer Bedeutung für den Kriegsverlauf und das Kriegsende werden sie selbst von so entgegengesetzten Richtungen wie der westdeutschen und der sowjetzonalen Geschichtswissenschaft annähernd gleich eingeschätzt: beide messen ihnen einen gewissen Einfluß bei, jedoch keinen entscheidenden. Beim Urteil über ihre innere Rechtfertigung zeigt sich die Abkehr vom Maßstab nationalstaatlicher Loyalität, der dem früheren Urteil über den „Dolchstoß“ zugrunde lag. Der Widerstandsbewegung gegen Hitler wird in der westdeutschen Geschichtswissenschaft allgemein zugebilligt, daß sie sich bei ihren Aktionen — auch denen, die formal einem „Dolchstoß“ gleichgesetzt werden könnten — an Werten orientierte, die den Vorrang verdienten vor dem Herrschaftsanspruch Hitlers, der sich auch bei verbrecherischen Maßnahmen auf eine bedingungslose nationale Loyalitätspflicht berief. Die sowjetzonale Geschichtswissenschaft mißt nicht in gleicher Weise an den Werten von Recht und Menschlichkeit; sie beurteilt den Widerstand nur positiv, sofern sie in ihm einen „Kampf der friedliebenden Arbeiterklasse gegen den Faschismus“ sehen kann.

In der Beurteilung des „Dolchstoßes“ unterscheiden sich die beiden Richtungen dagegen nicht nur durch eine andere Wertordnung. Die marxistisch-leninistischen Historiker rühmen den Kampf der Revolutionäre von 1918, allerdings nicht als „Dolchstoß“, sondern vorwiegend als ein Zeichen wachsenden proletarischen Bewußtseins. Obwohl sie diese Aktionen als „Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“¹¹⁰) mit einer Sorgfalt registrieren, über die sich jeder Anhänger der „Dolchstoßlegende“ gefreut hätte, wird die Frage nach ihrer Wirkung auf die Kriegszeitung und den Bestand des Kaiserreiches — dem „Dolchstoß“ — meist überhaupt nicht ge-

107) Geschichte und Geschichtswissenschaft, in: Vjh. f. Zeitgeschichte, 5. Jg. (1957), S. 8.

108) Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vjh. f. Zeitgeschichte, 3. Jg. (1955), S. 3. — Vgl. auch Hans Herzfelds Stellungnahme zu seinem Werk von 1928: Die moderne Welt, Bd. 1, S. 168, Braunschweig 1952.

109) H. Rothfels, Opposition gegen Hitler (wie Anm. 80), S. 11.

110) So der Titel einer vierbändigen Dokumentation von Leo Stern (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 4/I—IV, Berlin 1959); vgl. ferner das in Anm. 26 erwähnte Werk.

stellt, da die Niederlage des „deutschen Imperialismus“ als der Verkörperung der „reaktionärsten, überlebtesten gesellschaftlichen Kräfte“ und als eines Verfechters der „menscheneindlichsten Ziele“ „gesetzmäßig und unvermeidbar“¹¹¹⁾ war. Allein an ihrer Bedeutung für die Revolution interessiert, nicht dagegen an ihrem Einfluß auf den deutschen Staat, hat man bisher trotz des häufigen Nachweises einer „revolutionären Massenbewegung“ deren „Dolchstoß“-Wirkung nicht näher untersucht und sie auch nicht als „verdienstvoll“ herausgestellt¹¹²⁾. Nur sofern man einen bürgerlichen Mißbrauch dieser Fragestellung verhindern will, geht man überhaupt auf sie ein^{112a)}.

In Wirklichkeit sind die nichtmarxistischen Historiker jedoch von dieser Art des Urteilens weiter entfernt, als es eine die bewußte Parteilichkeit voraussetzende Geschichtswissenschaft für möglich hält. Sie verurteilen die revolutionäre Agitation und Aktion nicht mehr wie in den zwanziger Jahren — die Maßstäbe, die solchem Urteil zugrunde lagen, gelten nun als Selbstaussage der behandelten Zeit —, sie preisen sie aber auch nicht, wie es als Folge einer opportunistischen Sympathie für die überlebende Partei denkbar wäre. Ein Vergleich mit den früheren Arbeiten zeigt, daß ein grundsätzlich anderes Verhältnis zu den Vorgängen entstanden ist, eine Distanz, und zwar nicht vorwiegend zeitlicher, sondern sachlicher Art. Einer der Grün-

111) W. Ulbricht, Zur Eröffnung der ersten sozialistischen Militärakademie..., Berlin 1959, S. 9 f., und: Begründung der Thesen über die Novemberrevolution, Einheit 1958, S. 1427.

112) Am weitesten geht Albert Schreiner, Zs. f. Geschichtswissenschaft, 6. Jg. (1958), S. 22, der sie einen „die deutsche Niederlage wesentlich mitbestimmenden“ Faktor nennt.

112a) Dies wird nachträglich durch J. Petzold (s. Anm. 4a) bestätigt. Für ihn ist das Wesentliche am „Dolchstoß“-Streit die „Verfälschung der nationalen Interessen des deutschen Volkes“; nicht nur die Anhänger, auch die Kritiker der Legende hätten im „revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Krieg“, der allein diesen Interessen entsprochen habe, „Verrat“ gesehen. Trotz so klarer ideologischer Position ist auch bei P. noch das bekannte Dilemma spürbar: einerseits nennt er es eine „Lüge“ (S. 16) zu behaupten, der revolutionäre Kampf habe „die Niederlage verursacht“, und brandmarkt alle, die ihre „Gesetzmäßigkeit“ verschleiern wollen (S. 20, 49, 114, 124); andererseits wendet er sich im Interesse einer Tradition der Revolution mit Lenin-Zitaten über die erfolgreiche „Zersetzung“ entschieden dagegen, „daß die revolutionäre Bewegung des deutschen Proletariats keinen Einfluß auf die militärische Niederlage“ ausgeübt habe (S. 18 f.), und kritisiert jeden, der die „revolutionären Aktionen als spontane Folgen der... Niederlage“ (Scheidemann) zu „diskrimi-

de dafür ist gewiß, daß die Forderung nationalstaatlicher Loyalität, deren Vorrang eine Voraussetzung des „Dolchstoß“-Streites war, infolge ihrer Überspannung im totalitären System ihre Kraft verloren hat; und insofern ist die erwähnte Umschichtung der Werte auch an dieser Veränderung beteiligt.

Wichtiger sind allerdings wohl doch die machtpolitischen Veränderungen. Die Frage einer Selbstbehauptung Deutschlands als Großmacht, um die es noch 1918 ging, hat überhaupt jene Aktualität verloren, die eine wertende Stellungnahme fordert oder zu ihr verleitet; durch den Verlauf des Zweiten Weltkriegs ist sie endgültig verneint worden. Während Anfang der dreißiger Jahre, ja noch 1942 eine Entwicklung, die die Niederlage Deutschlands im Jahre 1918 rückgängig gemacht hätte, zumindest für möglich gehalten wurde — das Geschehen also im Bewußtsein vieler Zeitgenossen noch an der geschichtlichen Wirklichkeit dieser Entscheidung „herumbosselte“¹¹³⁾ —, ist sie heute für uns ein „Fait accompli“. Wünsche oder Befürchtungen können aus einer Beschäftigung mit diesen Vorgängen nicht mehr entstehen, denn die heutigen Entscheidungen fallen auf einem anderen, durch die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Niveau.

Aus solcher Distanz würde eine Wiederaufnahme des Themas, deren Bedingungen und Möglichkeiten wir uns abschließend bewußt zu machen haben, die „Dolchstoß“-These von

nieren“ (S. 94) oder sonst ihre Bedeutung zu schmälern (S. 80, 85, 87, 120) versucht. Zu der für ihn sekundären Frage ihrer Wirkung sagt er zusammenfassend: „Beide Faktoren beeinflussten sich... wechselseitig. So schwächten ohne Zweifel die revolutionäre Tätigkeit der Spartakusgruppe und die großen Streikbewegungen während des Krieges die Positionen der deutschen Imperialisten und Militaristen. Die militärischen Niederlagen wiederum bewirkten einen Stimmungsumschwung an der Front und in der Heimat“ (S. 112, ähnlich S. 19). Das entspricht sachlich etwa der gemäßigten „Dolchstoß“-These vom November 1918 (s. o. S. 129 f.), zu der bürgerliche Historiker Ende der zwanziger Jahre zurückkehrten, doch weniger in Anpassung an die politische Lage (wie Petzold S. 100 meint) als durch Kritik an politischen Übertreibungen. Im Unterschied dazu schätzten bisher marxistisch-leninistische Historiker den subjektiven Faktor geringer ein; Petzolds neue Auffassung entstammt einer gesteigerten Parteilichkeit — er bekennt sich „voll Stolz zum revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Krieg“ (S. 20) — und der Überzeugung, daß die internationalen Verpflichtungen des Proletariats sich mit den „nationalen Interessen eines Volkes“ decken. Aus politisch bedingter Aufwertung des „Nationalen“ ist auch seine Polemik gegen „das Gerede von der Überlebtheit der Nationalstaaten“ zu erklären (S. 122).

113) Ausdruck Hans Freyers (Weltgeschichte Europas, Wiesbaden 1948, Bd. 1, S. 150).

vornherein in die Untersuchung der politisch-sozialen Ordnung eingliedern, könnte sich ihr als einer Aussage der einen beteiligten Partei dann aber auch in ganz anderer Weise als bisher zuwenden. Das sei hier am „Dolchstoß“-Bild vorläufig skizziert: Die Vorstellung von einem Täter und einem von ihm getöteten Opfer widerspricht so stark dem äußeren, im Weltkrieg lange bewußt genährten Bild des gemeinsam kämpfenden Volkes, daß sich die Frage aufdrängt, was ihr Auftauchen über das Bewußtsein von der politisch-sozialen Lage Deutschlands am Ende des Ersten Weltkriegs aussagt. Weit hinaus über die Vorwürfe des „Flaumachens“, die sich bis in den Herbst 1914 als eine Vorformung des „Dolchstoß“-Erlebnisses zurückverfolgen ließen, wird mit dem Bild der Zerfall der geforderten unerläßlichen Einheit festgestellt und damit die Einsicht in die Niederlage ausgedrückt. Der Augenblick, in dem dies den politisch Mitlebenden bewußt wurde, trat zu verschiedenen Zeitpunkten zwischen dem 29. September und 11. November und in ganz verschiedenen Situationen ein — jeweils

dann, wenn sie erkannten, daß ihr bis dahin oft schwer aufrecht erhaltener Wille zum Durchhalten sich dem Willen zum Einlenken oder den durch diesen geschaffenen Verhältnissen beugen mußte. Diesen Augenblick spiegeln selbst die Erinnerungen von Männern, die von ihren Gegnern in die Nähe der „Novemberverbrecher“ gestellt wurden: Prinz Max von Baden schreibt über die „Auführer auf der Flotte“, sie hätten „der nationalen Verteidigung das Rückgrat gebrochen“¹¹⁴), Groener mußte sich dieser Einsicht wenige Tage später beugen, als die Unruhen sich immer weiter ausbreiteten. Es bedarf keiner Phantasie, sich die Situationen für dieses Erlebnis vorzustellen: für die Offiziere, die sich zum Kampf in der Heimat anboten, war es der ablehnende Bescheid mit Rücksicht auf die revolutionäre Situation, für andere das Schießverbot, für die noch kämpfende Truppe meist die Nachricht über Revolution und Waffenstillstand. Für einen ausländischen Beobachter dagegen konnte es der Augenblick sein, als er erkannte, daß die für noch widerstandsfähig gehaltenen Deutschen aufgaben.

Anmerkungen zum Problem der Distanz in der zeitgeschichtlichen Forschung

Die neue Distanz bringt nicht nur den Vorteil unabhängiger Beurteilung, sie bedeutet auch, daß der Historiker sich aus einer stark veränderten Umwelt heraus um ein Verständnis der Vorgänge bemühen muß und kann. Anders als die unmittelbar Beteiligten überblickt er die weitere Entwicklung: das lenkt die Aufmerksamkeit auf die siegreichen Kräfte und kann in Frage und Ergebnis zu deren Überschätzung führen. Die Formen, zu denen sich der politische und militärische Kampf inzwischen entwickelt hat, schärfen seinen Blick für deren erste Ansätze, die den Zeitgenossen des Jahres 1918 noch nicht vertraut waren, schwächen aber auch sein Gefühl für die damalige Wirksamkeit von Normen, die heute als überholt gelten. Daß der letzte Reichskanzler der Monarchie eine Revolutionierung der feindlichen Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt „politischer Reinlichkeit“ für höchst bedenklich ansah¹¹⁵), mag im Zeitalter des Kalten Krieges und revolutionärer Kampfführung Erstaunen erregen, der Historiker des „Dolchstoßes“ wird sich jedoch klarmachen müssen, daß 1918 solche Auffassung nicht selten war. In ähnlicher Weise könnte es das Verständnis beeinträchtigen,

wenn der heutige Ost-West-Gegensatz unmittelbar einer Interpretation der damaligen Sorge vor der bolschewistischen Gefahr zugrunde gelegt würde oder die heutige Eingliederung der Staaten in übernationale Organisationen den Maßstab beeinflusste, an dem das damalige Handeln im Sinne einer Selbstbehauptung des deutschen Nationalstaats beurteilt wird.

Diese letzte Phase im Wandel des Verhältnisses zum „Dolchstoß“, in der sich die besonderen Bedingungen zeitgeschichtlicher Forschung offenbar verflüchtigen, veranschaulicht uns also zwei Arten von Distanz. Die eine, vorwiegend zeitlich bestimmte wird erkennbar, sobald ein unmittelbares Verständnis der Vergangenheit nicht mehr möglich ist, sobald es notwendig wird, sich in die vergangene Zeit „hineinzusetzen“. Die Übereinstimmung, deren Verlust wir hier beobachten, beruhte auf einer Gemeinsamkeit in den Grundanschauungen der Zeit; sie umfaßt daher alle Bereiche gleichzeitiger geschichtlicher Wirklichkeit. Zeitliche Nähe ist für sie entscheidend, das Kriterium des Begriffs Zeitgeschichte im Sinne eines Zeitver-

115) Prinz Max v. Baden, Erinnerungen (wie Anm. 114), S. 478, Anm. 1.

114) Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart 1927, S. 575; für Groener s. Anm. 33.

hältnisses. Die Reichweite solcher Übereinstimmung läßt sich jedoch nicht mit einer feststehenden Zahl von Jahren angeben, wie es bei einer formalen Auslegung der Bezeichnung „Epoche der Mitlebenden“ möglich sein müßte; auch sie unterliegt vielmehr dem geschichtlichen Wandel, oder genauer: sie hängt von dessen Tempo ab.

Die zweite Art Distanz unterscheidet sich von der ersten in gleicher Weise wie der Begriff Current History von dem der Contemporary History: entscheidet im einen Fall das Zeitverhältnis, so im andern der „Aggregatzustand“ des geschichtlichen Geschehens, um das wir uns bemühen. Nur gegenüber einem abgeschlossenen Wirkungszusammenhang besteht eine Distanz, aus der heraus es möglich ist, ein Geschehen nicht nur in seinem äußeren Verlauf zu erfassen, sondern in seinen Wirkungen zu deuten. Diese heute zum „Dolchstoß“ gewonnene Distanz fehlte 1930 und noch 1942, und zwar nicht, weil noch zahlreiche Akteure des Jahres 1918 lebten¹¹⁶⁾ oder weil die Quellen nur begrenzt zugäng-

lich waren¹¹⁷⁾ — Faktoren, die gewiß zu den Erschwerungen zeitgeschichtlicher Arbeit gehören —, sondern weil die mit „Dolchstoß“ bezeichneten Taten zwar nicht in ihrem äußeren Verlauf, aber in ihrer historischen Bedeutung noch „im Fluß“ waren — dem Einfluß gegenwärtiger Entscheidungen ausgesetzt, für die es andererseits selbst etwas bedeutete, ob die „Dolchstoß“-These anerkannt oder verworfen wurde. In dieser Form der Gegenwärtigkeit von Vergangenen, die sich von der dem Historiker vertrauten unterscheidet, ist es vor allem begründet, wenn Aussagen über Zeitgeschichte — gemessen an der Aufgabe historischer Erkenntnis — nur vorläufig gemacht werden können. Mit der ihr gegenüber gebotenen Erkenntnishaltung nähert sich die zeitgeschichtliche Forschung den anderen Wissenschaften, deren Gegenstand menschliche Wirksamkeit in der eigenen Gegenwart ist; mit diesen teilt sie auch die besondere Verantwortlichkeit, die mit jeder Aussage über gegenwärtiges Geschehen verbunden ist.

116) Überbetont bei Harry Pross, *Zeitgeschichte als publizistische Aufgabe*, in: *Vor und nach Hitler* (Freiburg 1962), S. 17.

117) Bei Peter Rassow entscheidend für „Die Grenze zwischen Geschichte und Gegenwart“ (abgedruckt in: *Die geschichtliche Einheit des Abendlandes*, Köln 1960, S. 106 ff.).